

Partizipative Transfer Communities

Band 1: Innovations- und Digitalisierungsförderung für eine nachhaltige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der kommunalen Infrastruktur durch Analyse von Problemfeldern und Entwicklung von lösungsorientierten Erfolgsmodellen (HKA).

Kommunale Innovationssysteme als neue Dimension des Wissens- und Technologietransfers (PART-COM)



to us
m

Innovations- und Digitalisierungsförderung für eine nachhaltige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der kommunalen Infrastruktur durch Analyse von Problemfeldern und Entwicklung von lösungsorientierten Erfolgsmodellen

I. Einleitung

- Gesamtziel des Projektes
- Ziele Teilvorhaben 1

II. Schlüsselthemen

- Konzeptentwicklung einer plattformbasierten Ideen-Community
- PART-COM-Beteiligungsscore
- Impact- und Erfolgskriterien gelungener Öffentlichkeitsbeteiligung
- Die Konfliktfelder der Öffentlichkeitsbeteiligung als Abwärtsspirale

I. Einleitung

Gesamtziel des Projektes

Das übergeordnete Ziel des Projekts PART-COM ist es, Bürger:innen als aktive Mitgestalter:innen in kommunale Innovationsvorhaben einzubinden. Im Rahmen dieses Projekts sollten Methoden der Partizipation und Co-Innovation genutzt werden, um aktuelle Forschungsergebnisse der Verbundpartner bedarfs- und verwertungsorientiert zu implementieren und zur Anwendung zu bringen. Diese Methoden sind darauf ausgelegt, das intellektuelle Potenzial der Bürgerinnen und Bürger für den Wissens- und Technologietransfer zu mobilisieren und ihre Fähigkeiten bei der konkreten Ausgestaltung technischer und prozessbezogener Innovationsvorhaben in Kommunen und Städten produktiv einzusetzen. Der Schwerpunkt des Projekts lag dabei auf der prototypischen Erprobung von Themen im Bereich der kommunalen Verkehrs- und Bauinfrastruktur.

Das Projekt PART-COM besteht aus zwei Teilvorhaben:

1. Innovations- und Digitalisierungsförderung für eine nachhaltige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der kommunalen Infrastruktur durch Analyse von Problemfeldern und Entwicklung von lösungsorientierten Erfolgsmodellen (HKA).

2. Etablierung von Präventionskonzepten im kommunalen Infrastrukturmanagement (KIT)

Dieser Band widmet sich ausschließlich dem ersten Teilvorhaben: der Innovations- und Digitalisierungsförderung für eine nachhaltige Öffent-

lichkeitsbeteiligung im Rahmen der kommunalen Infrastruktur durch Analyse von Problemfeldern und Entwicklung von lösungsorientierten Erfolgsmodellen. Weitere Informationen zum gesamten Projekt sowie zum zweiten Teilvorhaben, das unter der Leitung des Karlsruher Instituts für Technologie durchgeführt wurde, finden Sie auf unserer Website unter www.part-com.de.

Ziele Teilvorhaben 1:

Dieses Teilvorhaben beschäftigt sich mit der Entwicklung von Ansätzen, um digitale und physische Beteiligungsstrategien für Bürger:innen zu fördern. Ziel ist es, eine möglichst transparente, zielgruppenorientierte und interaktive Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten und Verantwortlichen in kommunalen Infrastrukturprojekten zu unterstützen – über den gesamten Projektlebenszyklus hinweg.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Berücksichtigung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Im Rahmen des Projekts wurden Ansätze entwickelt, die flexibel anwendbar sind und sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse als auch praktische Impulse liefern.

Dazu zählen im Wesentlichen vier Ergebnisse, die innerhalb dieses Bandes als Artikel dargestellt werden.

- Konzeptentwicklung einer plattformbasierten Ideen-Community (Seite 4)
- PART-COM-Beteiligungsscore (Seite 23)
- Impact- und Erfolgskriterien gelungener Öffentlichkeitsbeteiligung (Seite 34)
- Die Konfliktfelder der Öffentlichkeitsbeteiligung als Abwärtsspirale (Seite 49)

Konzeptentwicklung einer plattformbasierten Ideen-Community

Beteiligungsplattform: Warum eigentlich?

Die Ära der Digitalisierung ist gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden Wandel in nahezu allen Lebensbereichen. Dieser Wandel führt zu einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise, wie Bürger:innenbeteiligung organisiert und umgesetzt wird. Die fortschreitende digitale Transformation bietet nicht nur neue Werkzeuge zur Effizienzsteigerung, sondern eröffnet auch innovative Möglichkeiten für die Gestaltung von Partizipationsprozessen. Digitale Technologien besitzen das Potenzial, Bürger:innenbeteiligung in einer Weise zu revolutionieren, die in der analogen Welt nur schwer vorstellbar war.

Digitale Beteiligungsplattformen sind zentrale Elemente dieser Revolution. Sie stellen eine zeitgemäße Alternative bzw. Ergänzung zu traditionellen Beteiligungsformaten dar, indem sie den Bürger:innen die Möglichkeit bieten, sich flexibel und ortsunabhängig in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Gewährleistung von Zugänglichkeit und Nutzerfreundlichkeit solcher Plattformen kann dazu beitragen, dass eine breitere und vielfältigere Bevölkerungsschicht an Beteiligungsprozessen teilnimmt. Dies fördert nicht nur eine inklusivere Demokratie, sondern kann auch zu einer Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen beitragen, indem ein

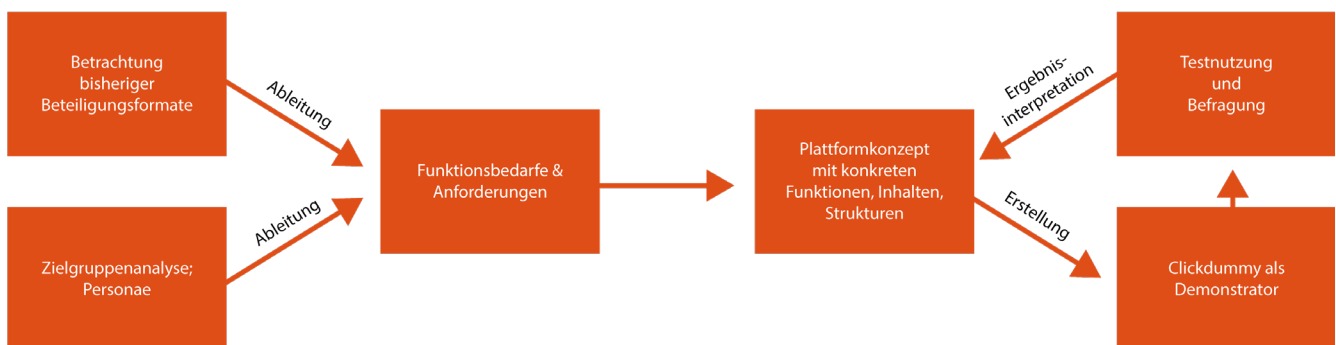
breiteres Spektrum an Perspektiven und Ideen einbezogen wird.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil digitaler Plattformen besteht in der Möglichkeit der Echtzeit-Kommunikation. Die zeitnahe Rückmeldung der Bürger:innen sowie die Möglichkeit der Teilnahme an Umfragen und Meinungsäußerungen fördern die Transparenz politischer Prozesse, senken Teilnahmehürden und stärken das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Institution. Gleichzeitig können Verwaltungseinheiten und Entscheidungsträger schnell und effektiv auf die geäußerten Anliegen reagieren, was die Bearbeitung von Anfragen und Anliegen beschleunigt.

Des Weiteren gestatten digitale Beteiligungsplattformen eine detaillierte und umfassende Analyse von Bürger:innen-Feedback und -beteiligung. Moderne Analysetools ermöglichen die Identifikation von Mustern und Trends in den Feedbacks, wodurch eine fundierte Entscheidungsfindung auf Basis von gesammelten Daten und realen Bedürfnissen gewährleistet wird. Die Fähigkeit zur Analyse großer Datenmengen sowie die Durchführung von Trendanalysen gewährleisten, dass politische Entscheidungen nicht lediglich auf subjektiven Einschätzungen, sondern auf fundierten, quantitativen Informationen basieren.

Beteiligungsplattform: Wie?

Die Entwicklung des Konzepts für die digitale Bürger:innenbeteiligungsplattform erfolgte in mehreren methodischen Schritten, welche sorgfältig aufeinander abgestimmt wurden, um eine fundierte und nutzerzentrierte Lösung zu erarbeiten.



Quelle: PART-COM

Zu Beginn des Projekts wurde eine umfassende Literaturrecherche durchgeführt mit dem Schwerpunkt auf der Analyse bestehender digitaler Beteiligungsformate und Plattformlösungen. Das Ziel dieser Untersuchung bestand darin, durch die Analyse von Best- und Worst-Practice Beispielen, wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen, die in die Konzeption der neuen Plattform einfließen sollten. Die Analyse lieferte Erkenntnisse zu gängigen Erfolgsfaktoren sowie potenziellen Herausforderungen bei der Konzeption und Implementierung digitaler Beteiligungstools.

Einen weiteren wesentlichen Bestandteil der Methodik bildete eine detaillierte Zielgruppenanalyse, welche in diesem Fall die Bürger:innen darstellten. In Anbetracht der Heterogenität der Gruppe wurde eine Segmentierung in kleinere,

spezifische Nutzergruppen vorgenommen, um die potenziellen Verwendungsgründe für die Plattform zu ermitteln. Die erstellten Personae dienen der Visualisierung und Veranschaulichung der jeweiligen Nutzergruppen. Die Erstellung von Personae ermöglichte außerdem eine systematische Erfassung und Berücksichtigung der Bedürfnisse und Erwartungen unterschiedlicher Nutzerprofile.

Die aus der Literaturrecherche und der Zielgruppenanalyse gewonnenen Erkenntnisse wurden miteinander verknüpft, um konkrete Funktionsbedarfe und Anforderungen an die Plattform zu definieren. Die Anforderungen wurden im kollaborativen Tool Miro visualisiert, sodass eine logische Verknüpfung von Funktionsbedarfen, Anforderungen sowie ersten Mock-Ups und Skizzen

möglich war. Der visuelle und strukturierte Ansatz resultierte in der sukzessiven Entwicklung eines in sich verknüpften Plattformkonzepts.

Im Anschluss an die Konzeptualisierung erfolgte eine Validierung, um die theoretischen Überlegungen hinsichtlich ihrer praktischen Anwendbarkeit zu evaluieren. Aufgrund der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes wurde auf eine einfache Online-Umfrage verzichtet. Anstelle der einfachen Online-Umfrage wurde ein Clickdummy erstellt, welcher als Demonstrator fungierte. Dieser veranschaulichte zentrale Funktionen und Anwendungsszenarien der Plattform und ermöglichte den Proband:innen eine realitätsnahe Testnutzung. Die Verwendung des Clickdummys führte zu einer verbesserten Verständnisqualität der Plattforminhalte und -struktur seitens der Teilnehmenden, was sich positiv auf die Qualität ihrer Rückmeldungen in der anschließenden Befragung auswirkte.

Die Testnutzung wurde im Rahmen einer Straßenbefragung durchgeführt. Der Ablauf beinhaltete die Nutzung des Clickdummys, gefolgt von der Beantwortung gezielter Fragen. Diese Methode ermöglichte eine konkrete Evaluierung der Funktionen, Inhalte, Struktur sowie der allgemeinen Nutzungsbereitschaft der entwickelten Plattform [PEN 22].

Der Clickdummy ist öffentlich zugänglich und über folgende Seite zu erreichen: www.part-com.de/95.php

Beteiligungsplattform: Ganz konkret

Im Folgenden wird das konkrete Konzept erläutert, welches im Rahmen des PART-COM-Forschungsprojekts entwickelt wurde. Hierbei wird sowohl auf übergeordnete Anforderungen an die Plattform, als auch auf die konkreten Plattformbereiche eingegangen.

Zunächst verfolgt das PART-COM-Plattformkonzept einen ganzheitlichen Anspruch. Entsprechend sollen so viele Tools und Funktionalitäten wie möglich implementiert werden, um ein umfassendes Nutzererlebnis zu ermöglichen. Dies umfasst sowohl bestehende Tools, als auch die Integration neuartiger Ansätze. An dieser Stelle explizit zu erwähnen ist die Darstellung als App sowie die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung von Bürger:innen. Weiterhin soll die Plattform für verschiedenste Städte nutzbar sein und die gleichen Funktionen aufweisen. Es ist der Anspruch, eine zentrale Anlauf- bzw. Begegnungsstätte für interessierte Bürger:innen in ganz Deutschland zu schaffen. Der Wunsch der Bürger:innen für eine solche zentrale und übergeordnete Plattform ist seit Jahren existent und bekannt [REN 12].

Eine weitere übergeordnete Anforderung besteht darin, einen schnellen, einfachen und lebensbezogenen Zugang zu schaffen. Es ist als unwahrscheinlich anzusehen, dass vielbeschäftigte und zeitlich eingebundene Bürger:innen von sich aus proaktiv auf die Suche nach digitalen Beteiligungsformaten gehen. Es bedarf dementsprechend gewisser Schnittstellen bzw. Landing Pages, die z. B. mittels QR-Code-Scan erreicht werden können.

Diese QR-Codes könnten etwa an Informationsplakaten, Bauzäunen, Parkeingängen o. ä. angebracht sein und Bürger:innen auf den Bereich der Plattform bringen, der dem jeweiligen Projekt gewidmet ist, an dem der QR-Code physisch angebracht ist. Weiterhin sollte eine Benachrichtigungsfunktion auf der Plattform existieren, bei denen Bürger:innen automatisch über sie betreffende Projekte informiert werden [PEN 22].

Eine ebenso wichtige Anforderung an die Plattform ist der Fokus auf die Bildung von Communitys. Diese füllen die Plattform mit Leben und sind elementar für deren Wachstum. Entsprechend wurden in das PART-COM-Konzept verschiedene communitybildende Funktionalitäten implementiert. Hierzu gehören Diskussionsforen, Kommentarfunktionen und die Möglichkeit, Beiträge mit Likes bzw. Dislikes zu versehen oder gar zu melden.

Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der plattformbasierten Communitybildung zu nennen ist, ist der der Profilerstellung. Grundsätzlich besteht die Wahl zwischen öffentlichen, halb offenen und geschlossenen Communitys. Während erstere vollkommen zugänglich für die Öffentlichkeit ist, erlaubt letztere der Öffentlichkeit keinerlei Einsicht oder Interaktionsmöglichkeiten. Dies ist ausschließlich den angemeldeten Nutzern vorbehalten. Im Falle des PART-COM-Plattformkonzepts hat man sich für die Konzeption einer halb-offenen Lösung entschieden. Da angenommen wird, dass viele Bürger:innen die Inhalte, Funktionen und Nutzungsvorzüge einer solchen Plattform zunächst nicht

kennen, kam eine geschlossene Plattform bzw. Community nicht in Frage. Zu groß wäre die Hürde, die Bürger:innen nehmen müssten, um am Beteiligungsgeschehen teilzunehmen. Dies würde die Bildung einer aktiven Community in großem Maße hemmen. Eine gänzlich öffentliche Community wurde aus Gründen der Qualitätssicherung der geleisteten Beiträge ebenfalls verworfen [PEN 22]. Eine weitere zentrale Anforderung, die sich aus der Analyse bisheriger Beteiligungsformate und der Beschaffenheit der jeweiligen Zielgruppen der Beteiligungsplattform PART-COM ableiten lässt, ist die einer mobilen Version. Erstaunlicherweise gibt es für kaum ein bestehendes digitales Beteiligungsformat eine umfassende App-Version in den gängigen Stores zu erwerben. Zumeist lassen sich lediglich einzelne Funktionen wie Mängelmelder aufs Smartphone oder ein anderes mobiles Endgerät herunterladen. Vor dem Hintergrund der ca. 62,6 Millionen Smartphone-Nutzer:innen in Deutschland sind die Gründe dafür bisher nicht zu erklären [TEN 22].

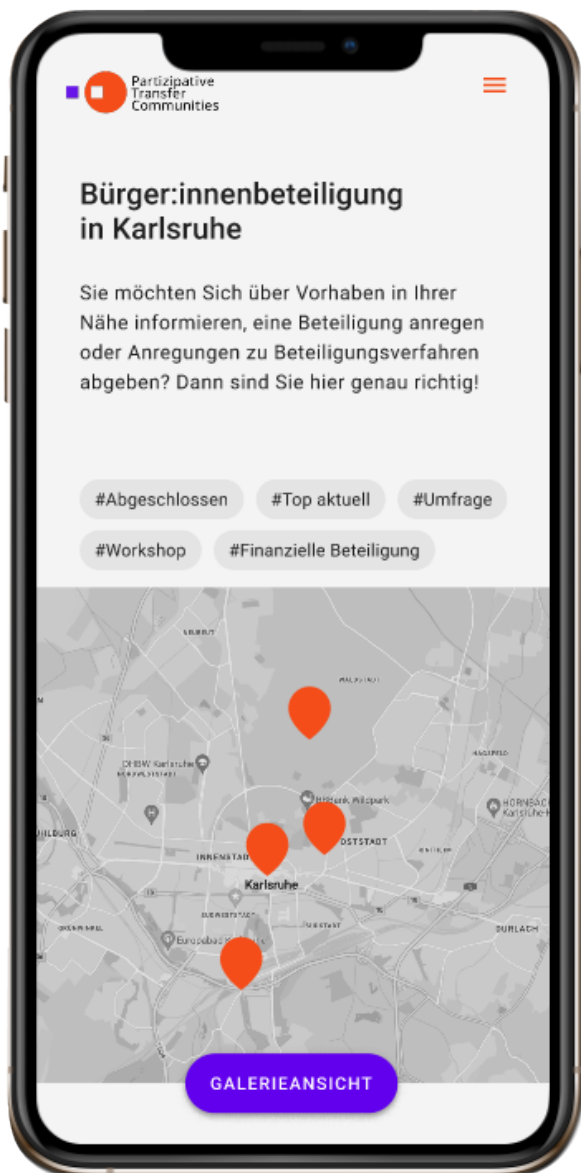
Nachdem nun einige der zentralen übergeordneten Anforderungen und die daraus erwachsenen Funktionalitäten dargelegt wurden, wird im Folgenden ein Blick auf die konkreten Plattformbereiche geworfen. Hierbei sind zunächst die Start- und Projektseiten zu erwähnen. Zentrales Element der Startseite ist eine Kartenansicht, auf der laufende und geplante Vorhaben in Form von Pins angezeigt werden. Hierdurch können Nutzer:innen auf einen Blick erkennen, welche Vorhaben gerade in ihrer Nähe stattfinden oder geplant sind. Um das Nutzererlebnis zu optimieren, wird anhand der GPS-Daten des Nutzers

Fact-Box:

Communitys und deren Interaktionen sind von elementarer Bedeutung für Plattformen und deren Wachstum. Die Nutzer:innen der Plattform (also die Community) treten in plattformbasierten Geschäftsmodellen nicht mehr nur als Nachfragende auf.

Sie fragen Inhalte, Produkte oder Dienstleistungen zwar nach, fungieren jedoch gleichermaßen als Anbietende eben jener und erhöhen so das Interaktionsvolumen bzw. die Interaktionsvernetzungen auf der Plattform. Es sollte also darauf geachtet werden, die Plattform so zu gestalten, dass Interaktionen innerhalb der Community so gut wie möglich gefördert werden. Darüber hinaus hat die Community einer Plattform eine qualitätssichernde Rolle. [PAR 18]

direkt der entsprechende Kartenausschnitt angezeigt werden. Weiterhin wird die Funktion implementiert, mittels gewisser Filter die Projekte anhand verschiedener Projektkategorien anzeigen zu lassen. Diese Filter sind durch Hash-tags oberhalb der Karte angedeutet.



Quelle: [KUR 22]

Unterhalb des erklärenden Textbausteins finden sich vier Dropdown-Elemente, die die Nutzer:innen in Fragenform auf weitere Bereiche der Plattform führen. So öffnet ein Klick auf die Frage „Wie kann ich mich beteiligen“ eine



Quelle: [KUR 22]

Übersicht und Erklärung der verschiedenen Beteiligungskategorien *Mitwirken*, *Anregen* und *Investieren*, in die die einzelnen Beteiligungsformate auf der „PART-COM-Plattform“ eingeteilt werden. Ein Klick auf die jeweilige Kategorie führt den Nutzenden unmittelbar in den Bereich der Plattform.

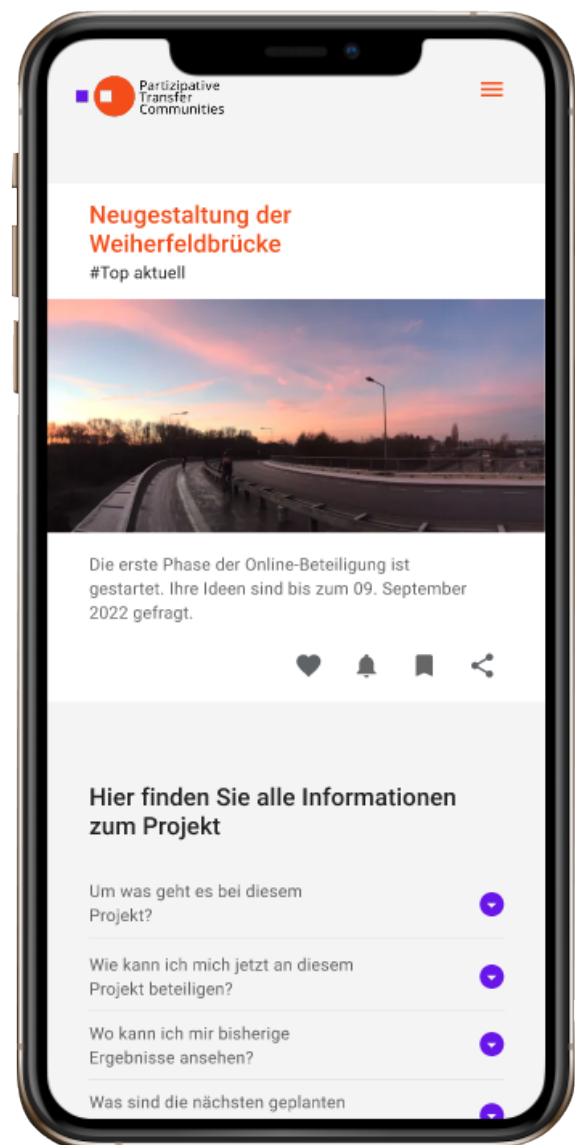
Eine weitere Möglichkeit zur Navigation bietet die Menüleiste rechts oben auf der Startseite, bei der Nutzende durch Klicks ebenfalls zu den drei Beteiligungskategorien *Mitwirken*, *Anregen*

und *Investieren*, sowie zur Anmeldung oder Registrierung und zurück auf die Startseite gelangen kann.

Bei der Gestaltung der Startseite wurde explizit darauf geachtet, dass die verschiedenen Bereiche der Plattform auf verschiedene Art und Weise zugänglich sind.

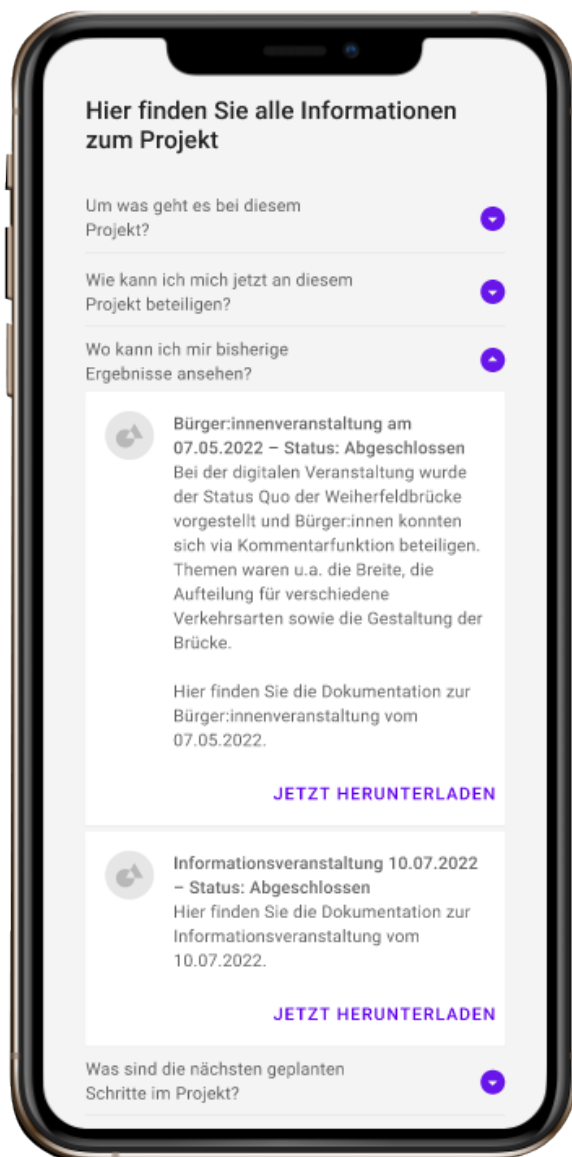
Anstehende Projekte und Vorhaben sind, wie eingangs bereits erwähnt, auf der Karte der Startseite in Pin-Form abgebildet. Durch einen Klick auf den jeweiligen Pin wird der Nutzende auf die entsprechende Projektseite geführt. Selbiges gilt für die verfügbare Galerieansicht, auf die der Nutzende per Klick unter der Karte wechseln kann. Weiterhin besteht die Möglichkeit, über einen Klick auf das Dropdown-Element auf der Startseite „Wo finde ich aktuelle und geplante Projekte?“ auf die jeweiligen Projektseiten zu gelangen. Darüber hinaus lassen sich Projektseiten direkt über QR-Codes finden, die am Ort der Projektumsetzung angebracht werden können.

Auf der Projektseite sieht der Nutzende zunächst den Titel des Vorhabens über einem ausgewählten Projektbild. Unterhalb des Bildes wird die aktuelle Projektphase kurz und prägnant ange teasert. Weiterhin haben die Bürger:innen per Klick auf verschiedene Icons die Möglichkeit, direkt und einfach auf das Projekt zu reagieren. So können sie es beispielsweise liken, teilen, speichern oder sich für regelmäßige Benachrichtigungen anmelden. Durch diese einfache und schnelle Interaktionsform soll die Nutzerschaft zur aktiven Nutzung der Plattform und entsprechend zur Bildung von Communitys angeregt werden.



Quelle: [KUR 22] und [SCH 16]

Zentrales Element der Projektseite sind vier Dropdown-Elemente. Dort werden den Nutzer:innen – wie auf der Startseite in Fragenform – alle relevanten Informationen zum Projekt präsentiert. So wird ein allgemeiner Überblick über das Projekt und die relevanten Hintergründe vermittelt, die aktuellen Beteiligungs-möglichkeiten präsentiert, bisherige Ergebnisse zusammengefasst und die geplanten nächsten Schritte aufgezeigt [PEN 22].



Quelle: [KUR 22]

Der Bereich *Mitwirken* stellt eine weitere Möglichkeit dar, auf die im vorigen Abschnitt erläuterten Projektpages zu gelangen. Allerdings werden die einzelnen Projekte in diesem Bereich anhand der Art der aktuell laufenden Beteiligungsformate gegliedert. Dieser Aufbau ermöglicht es Nutzer:innen, die bestimmte Beteiligungsformate bevorzugen, auf einen Blick zu erkennen, bei welchen Projekten sie sich im Rahmen ihrer Beteiligungspräferenzen aktuell beteiligen können. Zunächst ist geplant, die Projekte bzw. aktuellen Beteiligungs-

formate in diesem Bereich in vier Kategorien einzuteilen. Die ersten drei Kategorien stammen aus der Betrachtung bisheriger digitaler Beteiligungsformate und stellen die häufigsten Arten der Beteiligung dar. Konkret sind dies Umfragen, Ideenwettbewerbe und Live-Workshops. Die vierte Kategorie soll ergänzend alle weiteren Beteiligungsformate umfassen, die sich nicht in die ersten drei Kategorien einteilen lassen.

Der nächste größere Bereich der konzipierten Plattform ist der Bereich *Anregen*. Dieser befasst sich mit proaktiveren Formen der Bürger:innenbeteiligung. Hier haben Bürger:innen die Möglichkeit, von sich aus Input zu liefern. Durch diesen Bereich soll eine Umgebung für Bürger:innen geschaffen werden, in der sie, unabhängig von geplanten Vorhaben von kommunaler Seite, im Rahmen einer kreativen Community an der Verbesserung ihrer Lebenswirklichkeit arbeiten können. Neben der Meldung von Mängeln soll es Bürger:innen in diesem Bereich ebenfalls möglich sein, grundsätzliche Verbesserungsvorschläge zur Gestaltung des städtischen bzw. kommunalen Umfelds einreichen zu können. Diese können verschiedenste Themengebiete betreffen und unterschiedlichen Ausmaßes sein. Für Kommunen hat dies den Vorteil, von der Bevölkerung wertvolle Hinweise zu Verbesserungspotentialen zu erhalten, ohne explizit danach fragen zu müssen. So kann ein produktiver Austausch zwischen den beiden übergeordneten Zielgruppen der Plattform gefördert werden, der einen Mehrwert für beide Seiten bringt. Die Anliegen von Bürger:innen können effizienter und gebündelt kommuniziert werden, direkt an die verantwortlichen Stellen auf

Crowdfunding

Das Prinzip des Crowdfundings beschreibt die Bereitstellung finanzieller Mittel einer großen Anzahl an Personen zur Umsetzung von Projekten, Investitionsvorhaben oder Produktideen.

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel findet klassischerweise über das Internet statt. Durch die große Zahl der (potentiellen) finanziellen Unterstützer entstand im deutschen Sprachgebrauch der Begriff „Schwarmfinanzierung“ als Synonym des englischen Begriffs Crowdfunding [BEN 21]. Grundsätzlich lassen sich im Rahmen der Schwarmfinanzierung vier unterschiedliche Ausprägungen des Crowdfundings feststellen. Unterschieden werden die Ausprägungen hinsichtlich der Art der Gegenleistung sowie der Art des bereitgestellten Kapitals:

Gegenleistungsbasiertes Crowdfunding:

- Nicht monetäre Gegenleistung für finanziellen Beitrag zum Projekt
- Z. B. Exklusiver Ersterhalt der entwickelten Produkte, Gutscheine, werbewirksame Dankleistungen

Eigenkapitalbasiertes Crowdfunding:

- Verwendung der gesammelten Finanzmittel zur Eigenkapitalerhöhung des Initiators
- Anleiheähnlicher Charakter
- Nachrangdarlehen, Genussrechte, stille Beteiligungen

Kreditbasiertes Crowdfunding:

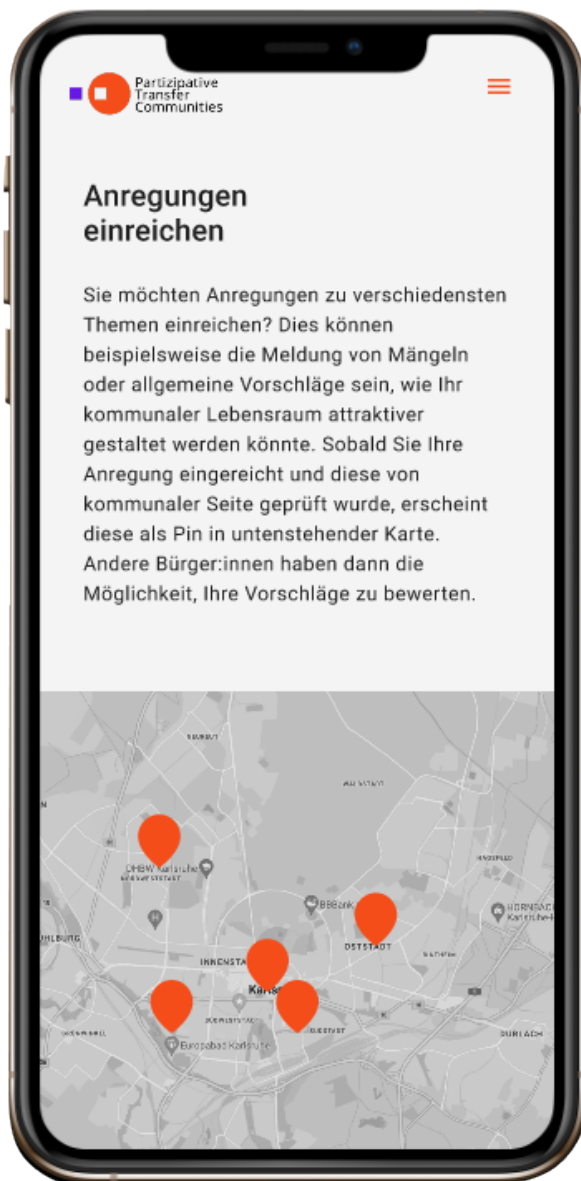
- Keine Gewinnbeteiligung
- Rückzahlung des Betrags nach festgelegter Zeit inklusive fester Verzinsung

Spendenbasiertes Crowdfunding :

- Keine materielle oder monetäre Gegenleistung
- Ähnlich zur klassischen Spendentätigkeit

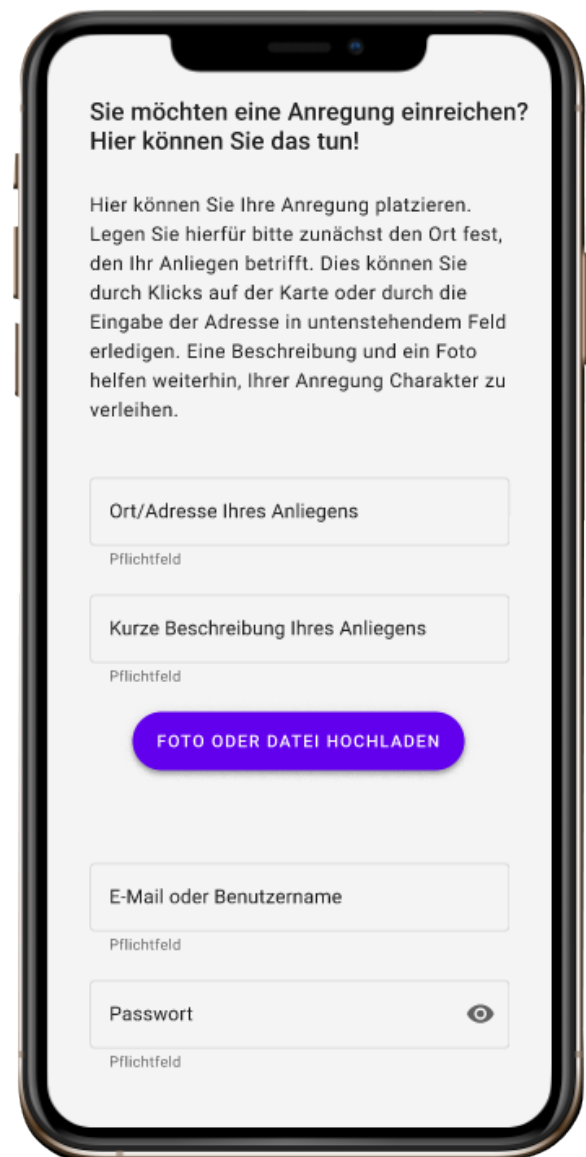
[ACK 19]

kommunaler Seite weitergeleitet werden und im Optimalfall schnell und für beide Seiten zufriedenheitsstiftend umgesetzt werden.



Quelle: [KUR 22]

Zentrales Element des Bereichs wird, wie auf der Startseite, eine Karte sein. Auf dieser sind die gemeldeten Mängel bzw. Verbesserungs- und Projektvorschläge in Form von Pins dargestellt. Nach Klick bzw. Hovern über den Pin erscheint eine Kurzansicht des jeweiligen Inhalts. Hier haben Bürger:innen die Möglichkeit, in Form von Likes bzw. Dislikes zu inter-



Quelle: [KUR 22]

agieren. Weiterhin ist geplant, eine Kommentarfunktion in Form eines offenen Forums für jeden Verbesserungs- bzw. Projektvorschlag in die Seite zu integrieren. So kann ein freier und kreativer Austausch zwischen Bürger:innen gefördert und Projekte gemeinsam angestoßen werden.

Der Bereich *Investieren* stellt einen Kontrast zu den bisher vorgestellten Bereichen bzw. Funktionen und Beteiligungsmöglichkeiten dar. Diese sind, zumindest teilweise, von der Betrachtung bisheriger digitaler Beteiligungsplattformen

inspiriert. Die finanzielle Beteiligung von Bürger:innen an Kommunalprojekten steckt in Deutschland allerdings noch in den Kinderschuhen und ist daher kein gängiger Bestandteil von Öffentlichkeitsbeteiligungsplattformen.

Zur Validierung des Plattformkonzepts wurde der Bereich *Investieren* mit zwei fiktiven Beispielprojekten gefüllt – eines davon im Stil des spendenbasierten Crowdfundings und eines im Stil des eigenkapitalbasierten Crowdfundings bzw. Crowdinvestings (stille Beteiligung).

Im diesem Bereich angekommen, werden dem Nutzenden zunächst die verschiedenen finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten dargelegt. Darunter befindet sich ein Slider, der eine Projektübersicht mit Titel, Bild und einer Kurzbeschreibung zeigt. Weiterhin ist die Art der finanziellen Beteiligung durch ein Hashtag gekennzeichnet. Durch „Wischen“ bzw. einen Klick auf die Pfeile an den äußeren Bildschirmrändern lässt sich zwischen den Projektvorschauen hin und her wechseln. Folgende Abbildungen zeigt die Umsetzung des Bereichs Investieren im Clickdummy.

Nach einem Klick auf „Projekt Anzeigen“ öffnet sich die Seite des jeweiligen Crowdfunding-Projekts. Dort sind neben Titel, Bild und Kurzinformation (hier nicht abgebildet), die bereits in anderen Abschnitten erwähnten Icons zum Liken, Speichern, Teilen bzw. Projekt verfolgen (Benachrichtigungen erhalten). Unterhalb sind Dropdown-Elemente platziert, die das Projekt näher beschreiben, um potentielle Spender:innen bzw. Investor:innen mit den nötigen Informationen zu versorgen. Durch einen Klick auf



Quelle: [KUR 22] und [JÄG 20]

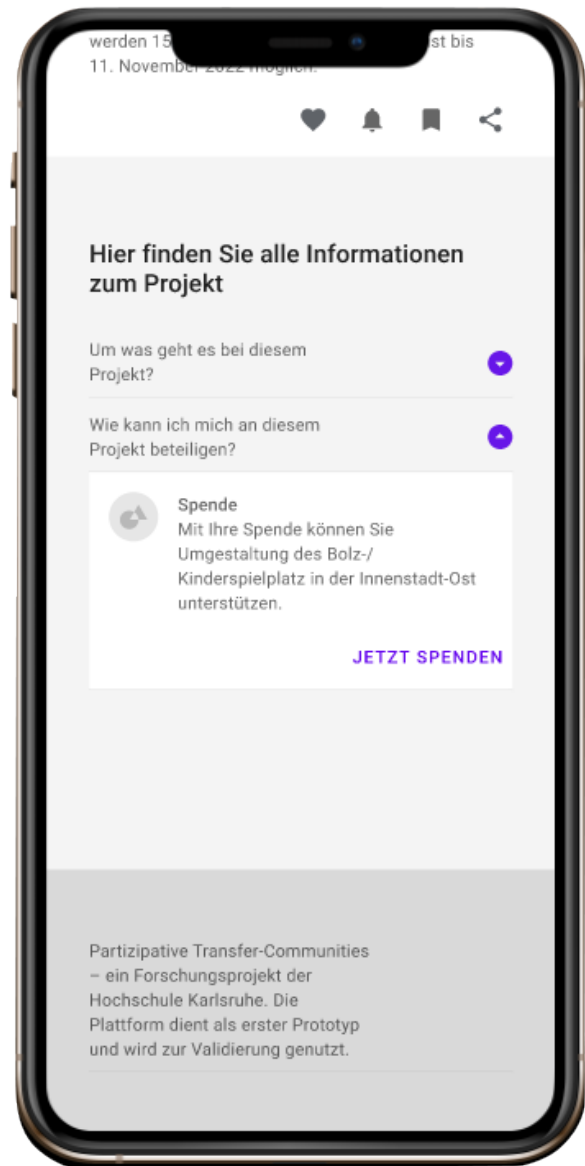
„Jetzt Spenden“ wird der Spenden- bzw. Investitionsvorgang in Gang gesetzt. Dort erhalten Nutzer:innen weitere Informationen zum konkreten Ablauf des jeweiligen Beteiligungsformats, rechtlichen Rahmenbedingungen und den möglichen Bezahlweisen. Weiterhin kann er – je nach Art der finanziellen Beteiligung – die von ihm gewünschte Beteiligungshöhe festlegen.

Eine interessante Verbindung besteht zwischen spendenbasierten Crowdfunding-Projekten und dem Bereich *Anregen*.



Quelle: [KUR 22]

So ist es denkbar, dass Bürger:innen eine Anregung zur Umgestaltung bzw. Restaurierung oder Verbesserung eines bestimmten Bereiches platzieren, diese von kommunaler Seite geprüft wird und – nach entsprechender Freigabe – zum spendenbasierten Crowdfunding-Projekt ausgerufen wird, um die benötigten Mittel zur Umsetzung zu generieren. So würde ein Vorschlag aus der Community durch die Community finanziert werden, dank der Community umgesetzt werden und einen Mehrwert für die Community mit sich bringen.



Quelle: [KUR 22]

Beteiligungsplattform – Reaktionen?

Um die der Validierung zugrunde liegende Situation so realistisch wie möglich zu gestalten, wurde ein Setting gewählt, das dem wahrscheinlichen Szenario eines potentiellen Erstkontakts mit der Plattform am ehesten entspricht. Hierbei wurden Passanten in der Karlsruher Karlstraße dazu aufgefordert, einen auf einem großen Aufsteller angebrachten QR-Code zu scannen, der sie direkt zum Clickdummy führte. Die Befragung der

Bürger:innen fand direkt im Anschluss an deren Testnutzung des Clickdummys statt. Hierdurch wurde gewährleistet, dass den Testpersonen die jeweiligen Funktionen bzw. Bereiche der Plattform im Moment der Befragung präsent sind und deren Antworten eine angemessene Güte aufweisen. Insgesamt konnten im Rahmen des Pretests 61 Personen befragt werden.

Hinsichtlich der Befragungsergebnisse ist zunächst hervorzuheben, wie positiv das Erhebungsdesign auf die Befragten wirkte. Die Umsetzung mit einem Aufsteller und QR-Code wurde mehrfach für seine Originalität gelobt. Es ist davon auszugehen, dass das Interesse, welches dieses ungewöhnliche Befragungssetup bei vielen Passanten auslöste, generell dazu genutzt werden kann, Nutzer:innen auf Öffentlichkeitsbeteiligungsplattform zu locken. Hinsichtlich der verschiedenen Bereiche, Funktionen, Inhalte und der Struktur des Plattformkonzepts fiel das Feedback grundsätzlich positiv aus. So wurde der Informationsgehalt auf den jeweiligen Projektseiten der Use-Cases mit 4,1 von 5 möglichen Bewertungspunkten als weitgehend positiv bewertet. Auch die communitybildenden Funktionen wie *Projekt verfolgen* oder die Like-/Dislike-Funktionen erhielten positive Bewertungen. Der Bereich *Anregen* wurde mit einer Durchschnittsbewertung von 4 Punkten ebenfalls als positiv eingestuft. Hinsichtlich der Teilnahme an Beteiligungsprojekten im Bereich *Mitwirken* wurde die Online-Umfrage als sinnvollstes Tool eingestuft. Die weiteren Optionen erhielten ebenfalls positive Bewertungen. Die Möglichkeit, sich finanziell an Projekten zu beteiligen wurde mit

einer Bewertung von über 3 Wertungspunkten ebenfalls als durchschnittlich sinnvoll eingestuft. Für die Neuartigkeit des Ansatzes ist dies ein durchaus ansprechendes Ergebnis. Die Intuitivität bei Nutzung sowie das Design der Plattform wurden mit 3,9 Wertungspunkten ebenfalls positiv bewertet.

Beteiligungsplattform – Klingt gut, aber?

Es gilt zu beachten, dass im Rahmen des PART-COM-Forschungsprojektes lediglich die funktionsorientierten, inhaltlichen und strukturellen Elemente des Plattformkonzepts entwickelt wurden. Weitere Aspekte der Plattformimplementierung, wie weitere praktische Validierungen oder die technische Umsetzung wurden im Rahmen des Projekts nicht behandelt. Gleiches gilt für grundsätzliche Fragestellungen, die im weiteren Verlauf der Plattformentwicklung von Relevanz wären, wie die Wahl der Strategie zum erfolgreichen Plattformlaunch, die Festlegung von Governance-Richtlinien und die Implementierung bestimmter Matching-Algorithmen. Die PART-COM Plattform hat das dargelegte Konzeptstadium entsprechend nicht verlassen.

Ein Grund hierfür liegt in der mangelnden Bereitschaft der Kommunen, in die praktische Umsetzungsphase einzusteigen. Viele Kommunen verfügen bereits über eigene Plattformlösungen und sahen daher keinen unmittelbaren Bedarf an einer weiteren Lösung. Bei Kommunen, die noch keine eigene Plattformlösung implementiert haben, fehlten oft die notwendigen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen, um

sich am Projekt zu beteiligen und die Implementierung voranzutreiben. Ein weiteres Hindernis war die starke Konkurrenz durch kommerzielle Anbieter, die bereits bewährte Plattformen anbieten und die wesentlichen Funktionen abdecken. Diese Thematik wurde in zahlreichen Experteninterviews thematisiert. Diese Faktoren trugen maßgeblich dazu bei, dass das entwickelte Konzept nicht in eine funktionsfähige Plattform überführt wurde.

Beteiligungsplattform – Also?

Obwohl eine Weiterentwicklung und praktische Implementierung des PART-COM-Beteiligungsplattformkonzepts im Projektrahmen aus den genannten Gründen nicht erfolgte, ist festzuhalten, dass digitale Beteiligungsplattformen ein elementarer Bestandteil zeitgemäßer Beteiligungskonzepte sind. Sie flexibilisieren Beteiligungsprozesse in zeitlicher, räumlicher und effizienzbezogener Hinsicht und schaffen Möglichkeiten, kommunale Öffentlichkeitsbeteiligung auf ein neues Level zu heben. Hierfür stehen Kommunen eine Vielzahl an Lösungen und Tools zur Verfügung, um ihre Beteiligungsplattform an die individuellen lokalen Bedürfnisse anzupassen.

Spannend zu beobachten wird sein, inwieweit neuartige Ansätze und Technologien die Vielfalt und das Angebot digitaler Beteiligungsplattformen in Zukunft verändern werden. Hierbei ist natürlich in erster Linie das Themenfeld der künstlichen Intelligenz zu erwähnen. Diese wird große Auswirkungen auf die Funktionen, Tools und Möglichkeiten digitaler

Beteiligungsplattformen haben. Darüber hinaus ist auch die bereits erwähnte finanzielle Beteiligung von Bürger:innen ein Konzept, welches künftig vermehrt auf digitalen Beteiligungsplattformen implementiert werden könnte, um eine neue Dimension der Öffentlichkeitsbeteiligung flächendeckend zu streuen.

Zu bedenken gilt es in diesem Kontext jedoch, dass zunächst die aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten sinnvoll und flächendeckend implementiert werden müssen. In vielen Kommunen wird Öffentlichkeitsbeteiligung immer noch unzureichend durchgeführt. Hier muss zuvorderst Grundlagenarbeit betrieben werden, bevor die Implementierung innovativer Tools und Technologien vorangetrieben wird. Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass digitale Beteiligungsplattformen keineswegs als Ersatz herkömmlicher physischer Beteiligungsformate gesehen werden dürfen. Viele Menschen haben, gerade nach der Corona-Pandemie, das Bedürfnis, sich in Persona vor Ort zu treffen und auszutauschen. Digitale Beteiligungsplattformen sollten entsprechend als sinnvolle Ergänzung im Beteiligungsportfolio verwendet werden [GRE 23]. Um die Gewährleistung dieses Aspekts zu sichern, ist die Berücksichtigung bestimmter Kriterien erforderlich. Die Implementierung und der Betrieb einer funktionierenden Beteiligungsplattform sind mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden. Nach dem erfolgreichen Launch der Plattform ist insbesondere die Betreuung derselben von essentieller Bedeutung. Die Aufbereitung und Bereitstellung von Inhalten, die Reaktion auf Kommentare und Anregungen der Bürger:innen sowie die allgemeine

Verwaltung der Plattform sind wesentliche Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. Daher ist es für Kommunen unerlässlich, sich gründlich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob sie über die erforderlichen Ressourcen verfügen, um eine Beteiligungsplattform eigenverantwortlich zu konzipieren, zu implementieren und zu betreuen [BUR 23]. Die Möglichkeit einer Kooperation mit kommerziellen Anbietern sollte entsprechend sorgfältig evaluiert werden. Diese können die Konzeption und Implementierung einer maßgeschneiderten Plattformlösung übernehmen oder die gesamte Koordination und Planung der Beteiligungsaktivitäten auf der Plattform betreuen.

Sofern sich eine Kommune dazu entscheidet, aktiv an der Konzeption einer Beteiligungsplattform mitzuwirken, kann das in diesem Artikel dargestellte Vorgehen als Handlungsempfehlung herangezogen werden. Das methodische Vorgehen erweist sich als geeignet, um ein erstes Konzept zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist eine detaillierte Analyse der kommunalen Ressourcen, Bedarfe und Anforderungen unerlässlich, um diese mit den dargestellten Schritten zu kombinieren und auf diese Weise ein Konzept zu entwickeln, das den Anforderungen aller Zielgruppen gerecht wird. Um die Plattform aus dem Konzeptstadium herauszuheben, sollten dann, über das in diesem Artikel geschilderte Vorgehen hinaus, Erhebungen mit größeren Stichproben durchgeführt werden, um ein valideres Feedback zur Plattform zu erhalten und das Plattformkonzept entsprechend zu optimieren. Weiterhin sind grundsätzliche Fragestellungen hinsichtlich der

Implementierung von digitalen Plattformen zu bedenken. Beispiele hierfür sind etwa die Konstruktion der exakten Plattformarchitektur, das Design effizienter Matching-Algorithmen sowie die Entwicklung einer Launch-Strategie. Letztere könnte eine schrittweise Inbetriebnahme der Plattform beinhalten. So ist es denkbar, die Plattform anhand eines oder mehrerer populärer Projekte in Betrieb zu nehmen, um Nutzer:innen-Interesse zu generieren. Im Laufe der Zeit kann die Plattform dann mit weiteren Projekten, Bereichen und Funktionen erweitert werden, um das Interesse der initialen Nutzer:innen zu erhalten und neue Nutzer:innen zu generieren.

Tools und Funktionen Digitaler Beteiligungs- plattformen

1. Informationsbereitstellung

- **Dokumentensammlung:** Bereitstellung von relevanten Dokumenten, Studien, Plänen, und Protokollen.
- **News und Updates:** Aktuelle Informationen über laufende Projekte und Partizipationsprozesse.
- **Interaktive Karten:** Geografische Visualisierung von Projekten und Planungen.
- **FAQ-Sektionen:** Antworten auf häufig gestellte Fragen zu Projekten und Beteiligungsverfahren.
- **Glossare:** Erklärungen von Fachbegriffen und Konzepten.

2. Beteiligungstools

- **Online-Umfragen:** Erhebung der Meinungen und Präferenzen der Bürger:innen zu bestimmten Themen
- **Diskussionsforen:** Plattformen für den Austausch und die Diskussion unter den Bürger:innen und mit Entscheidungsträger:innen.
- **Ideensammlungen:** Möglichkeit für Bürger:innen, eigene Ideen und Vorschläge einzureichen.
- **Abstimmungen:** Funktion, um über verschiedene Vorschläge oder Maßnahmen abzustimmen.
- **Kommentarfunktionen:** Möglichkeit, direktes Feedback zu Projekten oder Dokumenten zu geben.
- **Workshops und Webinare:** Online-Veranstaltungen zur Information und Diskussion.

Literaturverzeichnis

[ACK 19] – Ackermann, E.; Bürger, R.; Rockel, J.; Becker, A.; Duttmann, S. (2019): Kommunales Crowdfunding im Freistaat Sachsen – Neue Wege in der Finanzierung kommunaler Projekte. Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie IMW, Leipzig

[BEN 21] – Bendel, O. (2021): Crowdsourcing. In: Gabler Wirtschaftslexikon. Abgerufen am 28.07.2022 unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/crowdfunding-53556/version-384623>

[BUR 23] – Burgbacher, M. (2023): Experteninterview zu digitalen Beteiligungsplattformen im Rahmen des Forschungsprojekts PART-COM

[GRE 23] – Gregorius, J. (2023): Experteninterview zu digitalen Beteiligungsplattformen im Rahmen des Forschungsprojekts PART-COM

[JÄG 20] – Jäger, M. (2020): Gruselig: Prominenter Platz verkommt zum „Lost Place“ – Stadt Köln reagiert. In: Express. Abgerufen am 18.08.2022 unter <https://www.express.de/koeln/lost-place-koeln-innenstadt-sportplatz-24350?cb=1658850046188>

[KUR 22] – Kuru, N. (2022): Kein Titel; PART-COM Clickdummys auf Figma im Rahmen des Forschungsprojekts PART-COM

[PAR 18] – Parker, G et al. (2018): Platform Revolution – How Networked Markets Are Transforming The Economy – And How To Make Them Work For You; W.W. Norton & Company, New York, London

[PEN 22] – Penka, J. (2022): Konzeptentwicklung einer plattformbasierten Ideen-Community zur Umsetzung von bürgerorientierten partizipativen Ansätzen in der kommunalen Infrastrukturplanung; Masterthesis an der Hochschule Karlsruhe

[REN 12] – Renkamp, A. (2012): Symposium – Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben; In: Bertelsmann-Stiftung.de. Abgerufen am 07.06.2022 unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unser-projekte/abgeschlossene-projekte/beteiligung-bei-infrastrukturprojekten/projektnachrichten/buergerbeteiligung-bei-planungsvorhaben>

[SCH 16] – Schäfer, T. (2016): Sonnenaufgang Weiherfeldbrücke. Abgerufen am 05.08.2022 unter <https://thomas-schaefer.info/tag/sonnenaufgang/>

[TEN 22] – Tenzer, F. (2022): Statistiken zur Smartphone Nutzung in Deutschland. In: Statista.de. Abgerufen am 09.08.2022 unter https://de.statista.com/themen/6137/smartphone-nutzung-in-deutschland/#topicHeader__wrapper

PART-COM- Beteiligungsscore

Kurz und Knapp

Mit der zunehmenden Demokratisierung der Wissenschaft wächst die Bedeutung der Bürger:innen innerhalb von Forschungs- und Innovationsvorhaben. Der Wunsch der Bevölkerung nach aktiver Mitgestaltung soll durch den Ausbau der Öffentlichkeitsbeteiligung nachhaltig erfüllt werden. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des Forschungsprojekts PART-COM ein Bewertungskonzept entwickelt, das die Qualität der Bürger:innenbeteiligung in deutschen Kommunen erfasst. Hierzu wurde ein Indikatorenkatalog aufgestellt, der die zentralen Aspekte erfolgreicher Öffentlichkeitsbeteiligung abbildet. Hierbei wurde bewusst darauf geachtet, die Bürger:innen in den Fokus zu stellen. Aus diesem Grund wird die Bewertung der einzelnen Indikatoren des Katalogs direkt durch eben jene erfolgen. So entsteht eine Bewertung der Öffentlichkeitsbeteiligung von Kommunen aus Sicht der Bürger:innen. Ziel des Bewertungssystems ist es, den Kommunen eine fundierte Grundlage zur Evaluation und Verbesserung ihrer Beteiligungspraktiken zu bieten und somit eine nachhaltige Optimierung zu ermöglichen.

Beteiligungsscore – Warum eigentlich?

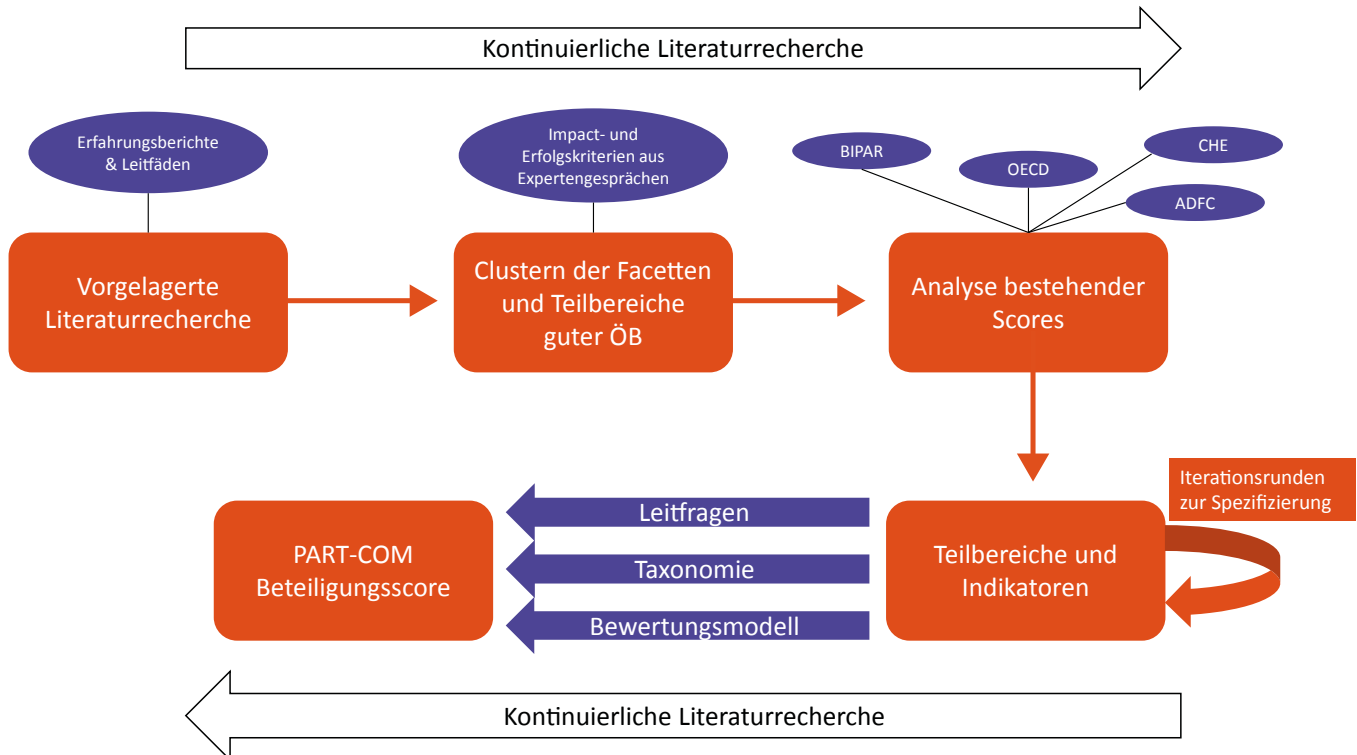
Trotz der wachsenden Bedeutung von Bürger:innenbeteiligung und den zahlreichen Initiativen zur Stärkung partizipativer Prozesse gibt es zwischen den Städten und Kommunen erhebliche Unterschiede in der Qualität und Wirksamkeit dieser Beteiligungsformate. Während einige Kommunen fortschrittliche und gut durchdachte Beteiligungsmöglichkeiten bieten, kämpfen andere noch immer mit mangelnder Transparenz, unzureichender Repräsentativität und geringer Bürgernähe. So haben beispielsweise zahlreiche der 40 bevölkerungsreichsten Städte Deutschlands bis heute keine Beteiligungsplattformen, während andere in dieser Hinsicht glänzen [GRE 23]. Diese Diskrepanzen unterstreichen die Notwendigkeit eines standardisierten Bewertungsinstruments, das nicht nur die Qualität der Bürger:innenbeteiligung misst, sondern auch eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Kommunen herstellt.

Das neu entwickelte Score-Konzept, welches im Zentrum dieses Artikels steht, unterscheidet sich von bestehenden Modellen, die häufig auf die Einschätzung durch externe Dienstleister oder die Selbstevaluation der Kommunen setzen. Stattdessen basiert das Konzept auf der direkten Bewertung durch die Bürger:innen, die an den Beteiligungsprozessen (nicht) teilgenommen, oder aber aus bestimmten Gründen nicht teilgenommen haben. Diese bürgernahe Perspektive ermöglicht eine authentische und praxisorientierte Einschätzung, die den tatsächlichen Bedürfnissen und Erfahrungen der Bevölkerung entspricht.

Darüber hinaus dient der Score den Kommunen als wertvolles Benchmarking-Tool. Durch den Vergleich der Ergebnisse können Städte und Kommunen gezielt Verbesserungspotenziale identifizieren und voneinander lernen. Der Score fungiert nicht nur als Maßstab für Qualität, sondern dient auch als Auszeichnung für Kommunen, die in der Bürger:innenbeteiligung herausragende Leistungen erzielen. Gleichzeitig kann er Druck auf jene Kommunen ausüben, die noch nicht die erforderlichen Standards erfüllen, ihre Beteiligungspraktiken zu optimieren [FFF 23]. Dadurch trägt der Score nicht nur zur Förderung einer nachhaltigen Bürgerbeteiligung, sondern auch zur Schaffung eines gerechten und transparenten Partizipationsumfelds in Deutschland bei.

Beteiligungsscore – Wie?

Die methodische Grundlage der Entwicklung des Öffentlichkeitsbeteiligungsscores bildet eine gründliche zweiteilige Literaturrecherche. Während in einem ersten vorgelagerten Recherche teil zahlreiche Leitfäden und Erfahrungsberichte aus dem Spektrum der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie verschiedene Scores aus verschiedenen Forschungsbereichen und Disziplinen betrachtet wurden, hatte der zweite Recherche teil einen fortlaufenden und kontinuierlich prozessbegleitenden Charakter. So konnte gewährleistet werden, aktuelle Entwicklungen und Erkenntnisse in den Score miteinfließen zu lassen.



Quelle: PART-COM

In einem nächsten Schritt wurden die verschiedenen Teilbereiche und Facetten der Öffentlichkeitsbeteiligung geclustert und auf ihre Relevanz für die Zielgruppe der Bürger:innen hin untersucht. Hierbei waren insbesondere Erfahrungsberichte abgeschlossener Beteiligungsformate und die durch Expertengespräche mit bürger-nahen Stakeholdern herausgearbeiteten Impact- und Erfolgskriterien guter Öffentlichkeitsbeteiligung von großem Wert. Die hieraus gewonnen Erkenntnisse wurden im Anschluss durch eine eingehende Analyse bestehender Scores aus verschiedenen Forschungsbereichen bzw. Disziplinen ergänzt. An dieser Stelle insbesondere zu erwähnen sind der OECD Better Life Index, das CHE-Hochschulranking, der ADFC-Fahrradklima-Test sowie das BIPAR-Evaluationsverfahren guter Bürger:innenbeteiligung [ZIN 24]. Diese Scores wurden genauestens hinsichtlich ihrer verschiedenen Dimensionen und Teilaspekte sowie der zugrunde liegenden Datenerhebungsmethoden und Bewertungsmodelle untersucht.

Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in einem nächsten Schritt verdichtet und sind in konkrete Teilbereiche und zugehörige Indikatoren des PART-COM-Beteiligungsscores eingeflossen. Die entstandenen Teilbereiche und Indikatoren wurden im weiteren Projektverlauf in mehreren Iterationen weiterentwickelt und konkretisiert.

Die fertigen Teilbereiche und Indikatoren des Scores wurden anschließend durch konkrete Leitfragen, ein klar definiertes Bewertungsmodell sowie eine exakte und widerspruchsfreie Taxonomie ergänzt. Dies gewährleistet, dass die Bewertung durch die Bürger:innen ohne Missverständnisse durchgeführt werden kann.

Um die Weiterentwicklung und Implementierung des Scores über den Projektzeitraum hinaus zu vereinfachen, wurde weiterhin eine genaue Handlungsanleitung formuliert. Diese beinhaltet die Durchführung von Pretests zur Validierung der Teilbereiche und Indikatoren, der Datenerhebungsmethode und dem Bewertungsmodell sowie einen Fahrplan zur Umsetzung.

Forschungsergebnisse: Beteiligungsscore – Ganz konkret

Bei der konkreten Identifizierung bzw. Definition der Teilbereiche und Indikatoren wurde bewusst Wert daraufgelegt, den Score möglichst nutzerorientiert zu gestalten. Dies impliziert, dass der Fragen- bzw. Indikatorenkatalog derart konzipiert wurde, dass die Bürger:innen ausschließlich zu den Bereichen der Öffentlichkeitsbeteiligung befragt werden, zu denen sie eine fundierte Bewertung abgeben können. Des Weiteren war es von Bedeutung, den Umfang des Indikatorenkatalogs zu begrenzen, um eine angemessene Befragungsdauer zu gewährleisten. Dies führt zu der Konsequenz, dass einige zwar relevante, jedoch in diesem Score redundante Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Konzeption des Scores keine Berücksichtigung fanden. Ein Beispiel hierfür ist die sinnvolle Einbettung der Öffentlichkeitsbeteiligung in den Budget- und Ressourcenplan der jeweiligen Kommune. Dabei sollte die Öffentlichkeitsbeteiligung sowohl monetär als auch personell angemessen im Haushaltsplan berücksichtigt werden, was Grundvoraussetzung für eine gelungene Beteiligung ist. Da den Bürger:innen jedoch kaum Einblick in die

finanziellen und personellen Ressourcen der Kommunen gewährt wird, wäre eine Bewertung der angemessenen Einplanung der Öffentlichkeitsbeteiligung in den Haushaltsplan von Kommunen im Rahmen des entwickelten Scores nicht zielführend.

Aus Tabelle 1 ist die Liste der Teilbereiche inklusive Indikatoren des PART-COM-Beteiligungsscores zu entnehmen. Auf die Implementierung der zugehörigen Leitfragen und der Taxonomie wird an dieser Stelle verzichtet.

Um die oben erwähnten Leitfragen bzw. die Taxonomie zu erläutern, wird nun exemplarisch der Teilbereich Zeitpunkt näher betrachtet. Für diesen Teilbereich wurden drei Indikatoren festgelegt – *Frühzeitigkeit*, *Projektbezogene Beteiligung* und *Allgemeine Beteiligung*. Um den Bürger:innen die Bedeutung der Indikatoren unmissverständlich aufzuzeigen, wurden sie genau definiert und mit Leitfragen untermalt. So wird der Indikator *Frühzeitigkeit* per Definition dann erfüllt, wenn die erste Beteiligung zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also bevor die ersten Entscheidungen getroffen wurden, stattfindet. Die zugehörigen Leitfragen lauten entsprechend:

„Werden die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Projekte eingebunden?“

„Werden die Bürgerinnen und Bürger bereits vor Projektstart eingebunden?“

„Werden die Bürgerinnen und Bürger einbezogen, bevor Entscheidungen getroffen wurden?“

Der Indikator *Projektbezogene Beteiligung* bezieht sich, wie der Name schon sagt, auf die Beteiligung an spezifischen Projekten. Hierbei ist auf eine sinnvolle und kontinuierliche Beteiligung entlang des Projektverlaufs zu achten. Diese Anforderung findet sich entsprechend in der Leitfrage wieder:

„Werden die Bürgerinnen und Bürger während der Projekte kontinuierlich eingebunden?“

Der Indikator *Allgemeine Beteiligung* erfasst die Beteiligungsbemühungen der Städte und Kommunen über spezifische Einzelprojekte hinaus. Die entsprechenden Leitfragen lauten wie folgt:

„Werden die Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb konkreter Projekte in das Thema der Bürgerbeteiligung eingebunden?“

„Werden die Bürgerinnen und Bürger über neue Projekte auf dem Laufenden gehalten?“

„Werden Bürgerinnen und Bürger in die Planung einbezogen, welche Projekte angegangen werden sollen?“

Durch die explizit ausformulierten Leitfragen wird über den gesamten Fragenkatalog hinweg gewährleistet, dass die bewertenden Bürger:innen die jeweiligen Indikatoren und Teilbereiche in derselben Art und Weise interpretieren und entsprechend vergleichbar bewerten. So werden Bürger:innen in der Lage sein, den Fragenkatalog ohne Anleitung zu beantworten und die Beteiligungsbemühungen ihrer Kommune ohne externe Erklärung zu bewerten.

Teilbereich	Indikatoren
Transparenz	● Indikatoren ● Informationszugang ● Ergebnissrückmeldung
Kommunikation	● Feedback ● Spezifische Kommunikation ● Allgemeine Kommunikation ● Aufsuchende Kommunikation
Beteiligungskultur	● Informationsaufbereitung ● Anlaufstelle für Partizipation ● Grad der Einflussnahme ● Netzwerk der Akteure
Zeitpunkt	● Frühzeitigkeit ● Projektbezogene Beteiligung ● Allgemeine Beteiligung
Beteiligte	● Repräsentation der Bevölkerung ● Neutralität ● Bildungsangebot
Umgang der Akteure	● Umgangsformen
Verfahrensqualität	● Moderation
Ergebnisverwertung	● Zielsetzung ● Dokumentation ● Zielerreichung
Nachhaltigkeit	● Langfristige Entwicklung der Beteiligungsformate ● Teilnahmebereitschaft ● Akzeptanz der Projekte
Zufriedenheit	● Zufriedenheit

Tabelle 1: Teilbereiche und Indikatoren des PART-COM-Beteiligungsscores

Die Bewertung erfolgt – primärdaten-basiert – durch die Bürger:innen über eine Umfrage, bei der eine fünfstufige Skala verwendet wird. Jeder Indikator jedes Teilbereichs wird zwischen eins (schlecht) und fünf (sehr gut) bewertet, mit klar festgelegten Endpunkten zur Orientierung. Diese Eckpunkte sind in Form ausformulierter Statements definiert. So sind, um bei obigem Beispiel zu bleiben, die Eckpunkte des Indikators *Projektbezogene Beteiligung*:

5: „Relevante Bürgerinnen und Bürger werden projektspezifisch, kontinuierlich und vollumfänglich eingebunden.“

und

1: „Relevante Bürgerinnen und Bürger werden projektspezifisch nur vereinzelt und lückenhaft beteiligt.“

Den Zwischenstufen sind keine expliziten Statements zugeordnet. Sie bieten Interpretationsspielraum, um die subjektive Wahrnehmung der Befragten abzubilden und eine fließende Bewertung zu ermöglichen. Für eine intuitive Bedienung der Umfrage werden Schieberegler eingesetzt, um die Bewertung einfach und präzise auf einer kontinuierlichen Skala einzustellen. Die Gesamtbewertung der Bürger:innenbeteiligung wird durch die Addition der Einzelbewertungen aller Indikatoren berechnet. Diese kumulative Bewertung liefert einen umfassenden Überblick über die Qualität der Bürgerbeteiligung in der untersuchten Kommune [ZIN 24].



PART-COM Bürgerbeteiligungsscore

Teilbereich: Transparenz

1. Informationszugang:

Werden den BuB alle notwendigen Informationen einfach zugänglich zur Verfügung gestellt?

Kann dauerhaft/kontinuierlich auf die Informationen zugegriffen werden?

Gibt es verschiedene Medien über die die Informationen abgerufen werden können?

1: Es werden keine Informationen proaktiv und über alle relevanten Kanäle zugänglich zur Verfügung

5: Notwendige Informationen werden barrierefrei, zeitnah, kontinuierlich und vollumfänglich zur Verfügung gestellt, über alle relevanten und zugänglichen Kanäle



4

Quelle: [ZIN 23]

Beteiligungsscore – Klingt gut, aber:

Zunächst ist festzuhalten, dass der entwickelte Score als theoretisches Konzept zu betrachten ist, dessen praktische Anwendbarkeit noch nicht nachgewiesen wurde. Dies hat eine Einschränkung der vorliegenden Ergebnisse zur Folge. Aufgrund dieses Umstands kann der entwickelte Score derzeit keine Garantie auf Vollständigkeit und Validität bieten.

Dies betrifft insbesondere die Vollständigkeit und Validität des Indikatorenkatalogs. Diesbezüglich sind in erster Linie die Teilbereiche zu nennen, die gegenwärtig lediglich durch einen einzelnen Indikator beschrieben werden. In diesem Zusammenhang ist zu eruieren, ob eine Differenzierung dieser Bereiche erforderlich ist, um die Aussagekraft des Scores zu optimieren.

Des Weiteren wurden im Rahmen der Konzeption, wie bereits erwähnt, einige Indikatoren guter Öffentlichkeitsbeteiligung bewusst nicht berücksichtigt. Die Begründung hierfür liegt in dem eindeutigen Fokus des Scores auf die Bürger:innen.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass den einzelnen Teilbereichen und Indikatoren bislang keine Gewichtung zugeordnet wurde. Die Gewichtung ist jedoch von entscheidender Bedeutung, um die relative Bedeutung der verschiedenen Aspekte der Bürger:innenbeteiligung angemessen zu reflektieren. Es ist vorgesehen, diese Gewichtung im Rahmen eines Folgeprojekts in Zusammenarbeit

mit Bürger:innen sowie Kommunen zu entwickeln.

Des Weiteren ist zu prüfen, ob der entwickelte Score auf ausreichendes Interesse bei den jeweiligen Zielgruppen (Bürger:innen, aber auch Kommunen) stößt und somit einen realen Mehrwert zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland beitragen kann [FFF 23].

Beteiligungsscore – Was nun?

Um die im vorigen Abschnitt thematisierten Limitationen des Scores schrittweise zu beheben, sind die folgenden Schritte für ein mögliches Folgeprojekt zu befolgen.

Im Rahmen dessen ist zu evaluieren, ob die Inhalte adäquat, von Relevanz und für die Bürger:innen verständlich und aussagekräftig dargelegt sind. In diesem Zusammenhang wird der Indikatorenkatalog bzw. die daraus entwickelte Umfrage einer begrenzten Anzahl an Probanden präsentiert, welche die aufgeführten Aspekte beispielhaft beantworten. In der Folge wird der Score im Rahmen individueller Befragungen auf etwaige Schwachstellen und Verständnisprobleme hin untersucht. Die aus den Pretests gewonnenen Erkenntnisse werden anschließend zusammengetragen, analysiert und verwendet, um die jeweiligen Bereiche des Scores zu optimieren. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, dass der Score im Rahmen der Pretests um neue Teilbereiche bzw. Indikatoren ergänzt wird. Es ist von essentieller Bedeutung, das Spannungsfeld zwischen inhaltlicher Vollständigkeit und einer

realistischen Bearbeitungsdauer präzise zu beobachten, um die praktische Umsetzung des Scores bzw. der damit einhergehenden Befragungen nicht zu gefährden. In diesem Kontext ist eine Incentivierungs- und Verbreitungsstrategie zu entwickeln, um eine Teilnahme von Bürger:innen sowie von Kommunen am Score zu fördern.

Nach Abschluss der Pretests erfolgt eine Erprobung des Scores am konkreten Beispiel mehrerer Testkommunen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass unterschiedlich große Kommunen als Testpartner gewonnen werden. Auf diese Weise kann die Skalierbarkeit des Scores überprüft werden. Zudem kann ein Gespür für das allgemeine Interesse am Beteiligungsscore entwickelt werden. Auch aus diesen Erkenntnissen lassen sich weitere Schlüsse bezüglich des Optimierungspotenzials des Scores bzw. der Einteilung der Kommunen in verschiedene, anhand ihrer Größe definierte Bewertungskategorien ziehen.

Das genaue Befragungsdesign für die Testerprobungen sollte in enger Abstimmung mit den entsprechenden Kommunen entworfen werden, um eine optimale Anpassung an die lokalen Gegebenheiten zu gewährleisten. In der vorliegenden Phase der praktischen Validierung kommt den Bürger:innen, die die Bewertung vorgenommen haben, eine wesentliche Funktion als Sparringspartner zu. Auf diese Weise lassen sich weitere Optimierungspotenziale und -bedarfe aufdecken. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Frage der Gewichtung der einzelnen Teilbereiche und Indikatoren zu klären. Nach der Einarbeitung des in diesem Rahmen gesammelten

Feedbacks kann der Score finalisiert und für ein flächendeckendes Roll-out vorbereitet werden [ZIN 24].

Beteiligungsscore – Also?

Trotz der relativ frühen Phase, in der sich der PART-COM-Beteiligungsscore zu Projektende befindet, lässt sich festhalten, dass eine fundierte Grundlage geschaffen wurde, die bei Weiterverfolgung in einem Folgeprojekt und der Beachtung bzw. Befolgung der oben aufgeführten Schritte einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz und Qualität der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland leisten kann. Vor allem der Fokus auf die Bürgerinnen und Bürger als Stakeholder und Bewerter der Öffentlichkeitsbemühungen hat innovativen Charakter und stellt einen bewussten Perspektivwechsel in dieser Thematik dar. Diese These bestätigen erste Reaktionen zu dem erstellten Konzept, welche im Rahmen von Workshops mit verschiedenen Kommunen sowie Experteninterviews eingeholt wurden.

Definition Pretest

Pretests wurden ursprünglich in der Marktforschung und im Marketing entwickelt und stellen ein Verfahren zur Überprüfung der Verwendbarkeit von Erhebungsinstrumenten dar.

Im Rahmen von Pretests werden insbesondere Schwierigkeiten bei Frage- oder Antwortmöglichkeiten von Fragebögen sowie die Optimierung von Marketing- und Werbemaßnahmen vor Kampagnenstart untersucht.
[WÜB 18]

Reaktionen aus Workshops und Interviews zum geplanten PART-COM-Beteiligungsscore:

- „Ein Anlass für Kommunen, Prozesse zu hinterfragen und zu optimieren.“
- „Ein sinnvolles Instrument, um Vergleichbarkeit in diesem vielschichtigen Themenkomplex zu schaffen.“
- „Bietet Kommunen die Möglichkeit, sich abzuheben und zu profilieren.“
- „Legt Fokus auf Realwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger anstatt subjektiver Bewertung der Beteiligungsbemühungen durch die Durchführenden.“
- „Bietet eine zusätzliche Kommunikationsschnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen.“

Literaturverzeichnis

[FFF 23] – Liedtke, D. et al. 2023: Experteninterview mit Fridays For Future Karlsruhe zur Beteiligungspraxis in Deutschland aus Sicht einer Bürger:innenbewegung

[GRE 23] – Gregorius, J. 2023: Experteninterview zu digitalen Beteiligungsplattformen im Rahmen des Forschungsprojekts PART-COM

[WÜB 18] – Wübbenhorst, K. 2018: Pretest; Gabler Wirtschaftslexikon; Aufgerufen am 07.08.2024 unter - <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/pretest-42784/version-266126>

[ZIN 24] – Zink, M. 2024: Entwicklung eines Scores zur Bewertung der Bürgerbeteiligung in deutschen Kommunen; Masterthesis an der Hochschule Karlsruhe

Impact- und Erfolgskriterien gelungener Öffentlichkeitsbeteiligung

1 Einleitung

1.1 Hintergrund und Relevanz des Themas

Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht es Bürger:innen, ihre Meinungen und Anliegen in politische oder planerische Entscheidungen einzubringen. Dabei dient die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht nur der Transparenz oder Legitimation von Entscheidungen, sondern kann auch zur Qualität und Nachhaltigkeit der Ergebnisse beitragen. Trotz der breiten Anerkennung der Bedeutung von Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es allerdings immer noch erhebliche Herausforderungen bei der Umsetzung. Die Frage, welche Kriterien eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung auszeichnen, ist daher von zentraler Bedeutung. Nur durch das Verständnis und die Identifikation solcher Kriterien kann die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung weiterentwickelt und optimiert werden.

Im Zentrum dieser Diskussion steht der Impact – also die tatsächliche Wirkung – und der Erfolg – also das planerisch-organisatorische Gelingen – von Beteiligungsprozessen. Während der Impact sich auf die Effekte der Beteiligung auf politische und planerische Entscheidungen und deren langfristigen Veränderungen bezieht, beschreibt der Erfolg den Grad der Zufriedenheit der beteiligten Akteure, insbesondere der Bür-

ger:innen, mit dem Prozess, den Aktivitäten und deren Ergebnissen. Es stellt sich innerhalb des Projekts somit die Frage: Welche Kriterien sind ausschlaggebend, damit Öffentlichkeitsbeteiligung nicht nur formell, sondern auch inhaltlich gelingt und nachhaltige positive Effekte erzielt?

Erfolg: *das Eintreten eines beabsichtigten Ziels*

Impact: *die Auswirkung einer Entscheidung*

1.2 Zielsetzung und Fragestellung des Artikels

Ziel dieses Artikels ist es, zentrale Impact- und Erfolgskriterien gelungener Öffentlichkeitsbeteiligung zu identifizieren und zu validieren. Hierbei soll sowohl die Perspektive der Expert:innen aus Theorie und Praxis als auch die Sicht der Bürger:innen berücksichtigt werden. Folgende zentrale Fragestellungen leiten damit die Untersuchung:

1. Welche Kriterien werden von Expert:innen als wesentlich für den Erfolg und den Impact von Öffentlichkeitsbeteiligung angesehen?

2. Inwiefern stimmen diese Kriterien mit den Erwartungen und Erfahrungen der Bürger:innen überein?

Diese Fragen sind nicht nur von theoretischem Interesse, sondern haben auch praktische Relevanz für die Gestaltung zukünftiger Beteiligungsverfahren. Die Ergebnisse sollen einen Aufschluss darüber geben, wie Öffentlichkeitsbeteiligung so

gestaltet werden kann, dass sie sowohl den Anforderungen der Expert:innen als auch den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger:innen gerecht wird. Damit wirkt der Artikel als Orientierungsleitfaden für Verantwortliche in Städten und Kommunen zur wirksamen Implementierung erfolgreicher Beteiligungsprozesse.

2 Methodik

Zur Beantwortung der genannten Fragestellungen wird eine zweistufige Methodik angewendet. In einem ersten Schritt werden Expert:inneninterviews mit Fachleuten aus den Bereichen Verwaltung, Planung, Wissenschaft, Wirtschaft sowie NGOs durchgeführt. Ziel dieser Interviews ist es, ein umfassendes und tiefgehendes Verständnis der Kriterien zu erlangen, die aus Expert:innensicht entscheidend für den Erfolg und den Impact von Beteiligungsverfahren sind. Die Auswahl der Expert:innen erfolgt dabei auf Basis ihrer Fachkenntnisse und Erfahrungen in der praktischen Umsetzung oder wissenschaftlichen Analyse von Öffentlichkeitsbeteiligung.

Im zweiten Schritt werden die in den Interviews identifizierten Kriterien durch eine Umfrage unter Bürger:innen validiert. Diese Umfrage zielt darauf ab, die Relevanz der Expert:innenkriterien aus Sicht der Bevölkerung zu prüfen und gegebenenfalls zusätzliche Kriterien zu identifizieren, die aus Bürger:innensicht von Bedeutung sind. Diese Kombination von qualitativen und quantitativen Befragungen ermöglicht es, ein differenziertes Bild der Impact- und Erfolgskriterien

zu zeichnen und somit fundierte Empfehlungen für die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung abzuleiten. Sie gewährleistet, dass die entwickelten Kriterien nicht nur theoretisch fundiert, sondern auch praktisch relevant und breit akzeptiert sind. Durch die Validierung kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse sowohl die Expert:innenperspektive als auch die Bürger:innenperspektive reflektieren und somit eine umfassende Grundlage für die Gestaltung zukünftiger Beteiligungsverfahren bieten.

3 Experteninterviews

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden insgesamt 18 Experteninterviews sowie zwei Workshops mit Städten mittlerer Größe durchgeführt [PTC 23]. Die Experteninterviews wurden unter Anwendung eines flexiblen Interviewleitfadens durchgeführt, der es ermöglichte, die Gespräche sowohl strukturiert als auch dynamisch zu gestalten. Dieser Leitfaden diente als grundlegendes Gerüst, wurde jedoch je nach Gesprächsverlauf und dem spezifischen Fachwissen der jeweiligen Expert:innen angepasst. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass alle relevanten Themen abgedeckt wurden, während gleichzeitig auf die individuellen Perspektiven und Erfahrungen der Expert:innen eingegangen werden konnte.

Die Interviews dauerten zwischen 30 und 90 Minuten, abhängig von der Tiefe und Komplexität der besprochenen Themen und des Zeitinvests und Gesprächsbereitschaft des Gegenübers. Die Auswahl der Expert:innen erfolgte

gezielt, um ein breites Spektrum an Perspektiven aus verschiedenen relevanten Bereichen abzudecken. So wurden fünf Interviews mit Experten aus der Forschung geführt, darunter drei internationale Expert:innen. Diese Gespräche lieferten wertvolle Einblicke in aktuelle wissenschaftliche Diskurse und Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Ländern, die eine wichtige Ergänzung zur nationalen Perspektive darstellten.

Neben den wissenschaftlichen Expert:innen wurden auch Interviews mit Vertretern von zwei Stadtverwaltungen geführt, davon eines im Ausland. Diese Interviews ermöglichten es, die Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der Öffentlichkeitsbeteiligung aus der Sicht derjenigen zu betrachten, die direkt mit der Umsetzung solcher Verfahren befasst sind. Zwei weitere Interviews wurden mit Planungsbüros geführt, die häufig in der praktischen Ausgestaltung von Beteiligungsverfahren involviert sind und somit wertvolle praxisnahe Perspektiven beisteuerten. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den Gesprächen mit Agenturen und Mediationsbüros. Hier wurden sechs Interviews geführt, um die Sichtweisen von Fachleuten zu erfassen, die häufig als Schnittstelle zwischen Bürger:innen, Verwaltung und weiteren Stakeholdern agieren. Diese Expert:innen konnten insbesondere ihre Erfahrungen in der Gestaltung und Moderation von Beteiligungsprozessen einbringen, was für das Verständnis der dynamischen Interaktionen in solchen Prozessen von großer Bedeutung ist. Ergänzt wurden diese Interviews durch drei Gespräche mit Vertreter:innen von

Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die oftmals eine kritische, aber auch konstruktive Rolle in Beteiligungsprozessen einnehmen. Diese Perspektive ist besonders wertvoll, da NGOs häufig als Sprachrohr für Bürger:innenanliegen fungieren und somit einen tiefen Einblick in die Bedürfnisse und Erwartungen der Zivilgesellschaft geben können. Neben den Interviews wurden zwei halbtägige Workshops mit Stadtverwaltungen mittlerer Größe durchgeführt, die ebenfalls die Inhalte des Interviewleitfadens bearbeitet haben. Die interaktive Natur der Workshops ermöglichte es den Teilnehmern, direkt aufeinander zu reagieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die über die individuelle Expertenmeinung hinausgehen.

Zusammengefasst, ermöglichte dieses methodische Vorgehen eine umfassende und differenzierte Erfassung der Impact- und Erfolgskriterien von Öffentlichkeitsbeteiligung. Durch die Kombination von Experteninterviews und Workshops konnten sowohl theoretische Einsichten als auch praktische Erfahrungen zusammengeführt werden, was eine solide Grundlage für die weiterführende Analyse und die anschließende Validierung durch eine Bürger:innenumfrage darstellt.

Analyse

Die Analyse der Experteninterviews wurde auf Basis mehrerer umfassender Mind Maps mit dem Tool miro durchgeführt, die die zentralen Themenfelder und Schwerpunkte der Gespräche abbilden. Zu den identifizierten Überpunkten gehörten: „Folgen von Öffentlichkeitsbeteiligung“, „Nutzung von Sprache und Technischer Kommunikation“, „Input-Verwertung und Feedback“, „Digitale Beteiligungslösungen und -plattformen“, „Erreichen von Bürger:innen“, „Beteiligungsscore“, „Unterschiede National und International“ sowie „Häufigkeit und Zeitpunkt des Dialogs“. Diese Kategorien dienten als Strukturierungsrahmen für die Auswertung der Interviews.

Die Auswertung erfolgte schrittweise, indem jedes Interview-Transkript einzeln und systematisch durchgegangen wurde. Dabei wurde immer ein Hauptpunkt aus den Mind Maps fokussiert und die relevanten Aussagen und Erkenntnisse der Expert:innen extrahiert und miteinander verknüpft. Diese systematische Vorgehensweise ermöglichte es, Muster und wiederkehrende Themen zu identifizieren.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den häufigsten Nennungen und den am stärksten betonten Aspekten in den Interviews gewidmet. Diese wurden anschließend tabellarisch aufgearbeitet und als relevante Impact- und Erfolgskriterien definiert. So konnten die zentralen Faktoren herausgearbeitet werden, die nach Ansicht der Expert:innen entscheidend für den Erfolg von Öffentlichkeitsbeteiligungsprozessen sind (Siehe Seiten 38-39).

4 Befragung der Öffentlichkeit

Konzeption der Umfrage

Bei der Gestaltung der Umfrage stand das Ziel im Vordergrund, eine möglichst hohe Teilnahmebereitschaft zu erzielen, indem die Befragung kompakt und fokussiert gehalten wurde. Aus diesem Grund wurde bewusst entschieden, soziodemografische Fragen auf ein Minimum zu reduzieren und lediglich nach Geschlecht und Altersgruppe zu fragen. Die Aufnahme weiterer demografischer Fragen wie etwa zum Haushaltseinkommen, obwohl potenziell interessant für die Auswertung, wurde also bewusst vermieden. Der Fokus lag darauf, die Hürden zur Teilnahme so niedrig wie möglich zu halten und sicherzustellen, dass sich die Befragten auf die inhaltlichen Fragen zur Öffentlichkeitsbeteiligung konzentrieren können.

Diese Entscheidung brachte außerdem die Herausforderung mit sich, dass nicht alle Kriterien der Öffentlichkeitsbeteiligung gleichermaßen detailliert überprüft werden konnten. Die Umfrage deckt alle Erfolgskriterien mindestens indirekt ab. Insbesondere zu den Kriterien „Aufsuchende Formate“, „Feedback- und Kommunikationskultur“, „Niederschwellige Informations- und Beteiligungsangebote“, „Multi-Channel“ und „Digitale Beteiligungslösungen und -plattformen“ können fundierte Validierungsaussagen getroffen werden, die später genauer erläutert werden.

Einige Kriterien, wie „Visualisierung“, erfordern eine tiefere Auseinandersetzung, die über eine einfache Online-Befragung hinausgeht. Um die Verständlichkeit und Wirksamkeit von Visualisierungen zu beurteilen, wäre beispielsweise eine Kombination aus praktischen Beispielen und detaillierten Feedbackprozessen nötig gewesen, was den Rahmen des Fragebogens gesprengt hätte. Ähnlich verhält es sich mit Kriterien wie der „Beteiligung der Jugend“, „Diskussionskultur“ oder „Übergreifende Dialoge“. Diese Bereiche sind eng mit spezifischen Zielgruppen oder kulturellen Praktiken verbunden und erfordern eine differenzierte Betrachtung, die durch allgemeine Umfragen schwer zu erfassen ist. Solche Kriterien würden eher qualitative Methoden wie Fokusgruppen oder vertiefende Interviews erfordern, um ein vollständiges Bild zu gewinnen. Ein weiteres Beispiel ist der „Zeitpunkt der Beteiligung“. Obwohl dieser Aspekt in gewissem Maße über allgemeine Fragen zur Informationsfrequenz und Projektkommunikation adressiert wurde, hätte eine detaillierte Erfassung dieses Kriteriums ebenfalls eine spezifischere, kontextbezogene Fragestellung erfordert, die nicht in einem kurzen, allgemein gehaltenen Fragebogen unterzubringen war.

Letztlich lag der Fokus darauf, die wichtigsten und am besten messbaren Kriterien innerhalb der gegebenen Begrenzungen zu validieren, während die tiefergehende Analyse anderer Kriterien möglicherweise in ergänzenden Studien oder durch spezifische Erhebungsmethoden erfolgen könnte. In Tabelle 1 ist ersichtlich, mit welcher Fragestellung welches Kriterium direkt (D) oder indirekt

(ID) validiert werden kann.

Eine Eingrenzung der Zielgruppe gab es nicht, da im Grunde jede:r Bürger:in gefragt ist. Lediglich durch das eingeschränkte Umfragedesign sind ggfls. schon bestimmte Zielgruppen schlechter erreichbar. Die Umfrage kann online ausgefüllt werden in den Sprachen Deutsch, Deutsch – Leichte Sprache und Englisch. Neben der Verbreitung über diverse Onlinekanäle wie LinkedIn, WhatsApp und Instagram, wurden auch 2.500 Flyer, mit dem Verweis auf die Online-Umfrage, in Briefkästen unterschiedlicher Stadtteile im Stadtkreis Karlsruhe verteilt.

Die für diese Umfrage konzipierten Fragestellungen sind [PTC 24]:

- a. In welcher Altersgruppe bist du?*
- b. Welches Geschlecht hast du?*

1. Deine Stadt oder Kommune möchte deine Meinung einholen. Wie möchtest du darauf aufmerksam gemacht werden?

2. Deine Stadt hat dich erreicht. Welche Möglichkeit würde dich jetzt ansprechen, um deine Meinung zu einem Projekt abzugeben?

3. Feedback zu meinen Beiträgen oder Meinungsäußerungen im Rahmen einer Beteiligung zu bekommen ist mir wichtig.

4. Ich wünsche mir eine gemeinsame Reflektionsveranstaltung mit Verwaltung und Projektträgern zum Abschluss eines Projekts.

5. Das Projekt geht voran. Wie soll dich die Stadt weiter informiert halten?

6. Und wie oft möchtest du über Projektfortschritte informiert werden?

7. Öffentlichkeitsbeteiligung stärkt das Demokratieverständnis.

8. Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht die Entwicklung gemeinsamer Leitbilder.

9. Ich habe das Gefühl, dass Öffentlichkeitsbeteiligung zu weniger Konflikten im späteren Projektverlauf führt.

10. Ich habe das Gefühl, Öffentlichkeitsbeteiligung bereichert die Qualität der Planung.

11. Ich fühle mich aktuell durch Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht.

12. Ich finde, meine Meinung wird momentan durch Öffentlichkeitsbeteiligung vertreten.

c. Möchtest du uns noch etwas anderes mitteilen?

		Kriterium									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Fragestellung	1	D			D		D				
	2	D			D			D			
	3		D								
	4		D								
	5		D				D	D			
	6		ID			ID					
	7								ID		ID
	8										ID
	9		ID			ID					
	10		ID			ID					
	11	ID			ID						
	12		ID								

Tabelle 1: Validierungsmatrix zwischen Fragestellung und zu validierendem Kriterium. D = direkte Validierung, ID = Indirekte Validierung.

Ergebnis der Umfrage

Es konnten im Befragungszeitraum vom 14.08.2024 bis 26.09.2024 insgesamt 213 vollständig abgesendete Fragebögen gesammelt werden. Obwohl die Stichprobengröße von 213 Befragten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Deutschlands relativ klein ist, bieten die Ergebnisse wertvolle Einblicke. Die Fehlermarge liegt bei etwa $\pm 7,2\%$, was auf eine gewisse Unsicherheit in den Schätzungen hinweist. Aufgrund der begrenzten Stichprobe können die Ergebnisse möglicherweise nicht vollständig repräsentativ für die gesamte Bevölkerung sein. So sind sicherlich Verzerrungen in Altersgruppen, Regionen und sozialen Schichten möglich. Für genauere und umfassendere Analysen sollten zukünftige Arbeiten Studien mit größeren Stichproben durchgeführt werden. Auf ausführliche Ergebnisse wird in diesem Artikel nicht eingegangen, sondern direkt mit der Validierung der Kriterien fortgeführt.

5 Validierung der Kriterien

Die Validierung beschränkt sich auf die Kriterien die mit den Ergebnissen der Umfrage fundiert durchgeführt werden können.

Kriterium 1: Aufsuchende Formate

Ergebnisse:

Frage 1: Deine Stadt oder Kommune möchte deine Meinung einholen.

Wie möchtest du darauf aufmerksam gemacht werden?

1. Flyer im Briefkasten (57,8 %)
2. Social-Media-Beiträge (46,0 %)
3. Informationen über eine städtische Website (34,3 %)

Frage 2: Welche Möglichkeit würde dich jetzt ansprechen, um deine Meinung zu einem Projekt abzugeben?

1. Online-Umfrage, z. B. über Social-Media (81,2 %)
2. Bürger-Apps, z. B. Mängelmelder (52,6 %)
3. Infoveranstaltungen (in Präsenz) (35,2 %)
4. Infoveranstaltung (online) (31,9 %)
5. „Frage der Woche“, z. B. im Bus oder in der Tram (30,5 %)

Frage 11: Ich fühle mich aktuell durch Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht.

- 16,0 % Stimme überhaupt nicht zu
- 43,7 % Stimme eher nicht zu
- 19,7 % Neutral
- 15,5 % Stimme weitgehend zu
- 4,2 % Stimme absolut zu

Interpretation:

Die Präferenzen aus Frage 1 zeigen, dass Bürger:innen eine Mischung aus digitalen (z. B. Social Media) und traditionellen (z. B. Flyer) Kommunikationskanälen bevorzugen. Die Ergebnisse aus Frage 2 zeigen eine hohe Zustimmung für digitale und leicht zugängliche Beteiligungsformate wie Online-Umfragen und Bürger-Apps. Ein beträchtlicher Anteil der Bürger:innen fühlt sich aktuell nicht ausreichend durch die vorhandenen Formate erreicht (ca. 59,7 % stimmen eher nicht oder überhaupt nicht zu).

Fazit:

Die Umfrageergebnisse unterstützen die Expert:innenmeinung, dass zielgerichtete und vielfältige Kommunikationskanäle entscheidend für den Erfolg von Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Die hohe Zustimmung zu digitalen und leicht zugänglichen Formaten und die kritische Rückmeldung zur aktuellen Erreichbarkeit der Bürger:innen deuten darauf hin, dass eine Verbesserung der zielgruppenorientierten Anspra

Kriterium 2: Feedback und Kommunikationskultur

Ergebnisse:

Frage 3: Jetzt hast du teilgenommen. Willst du Feedback zu deinem Beitrag?

- 0,5 % Stimme überhaupt nicht zu
- 08,5 % Stimme eher nicht zu
- 20,2 % Neutral
- 31,0 % Stimme weitgehend zu
- 38,0 % Stimme absolut zu

Frage 4: Ich wünsche mir eine gemeinsame Reflektionsveranstaltung mit Verwaltung und Projektträgern zum Abschluss eines Projekts.

- 4,2 % Stimme überhaupt nicht zu
- 16,9 % Stimme eher nicht zu
- 23,5 % Neutral
- 29,1 % Stimme weitgehend zu
- 24,9 % Stimme absolut zu

Frage 5: Das Projekt geht voran. Wie soll dich die Stadt weiter informiert halten?

- 1. Auf Social-Media-Kanälen (71,4 %)
- 2. Auf einer digitalen Plattform oder Website (68,1 %)
- 3. An öffentlichen Orten (47,0 %)

Interpretation:

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (69,0 %) wünscht sich Feedback zu ihren Beiträgen und mehr als die Hälfte der Befragten (54,0 %) wünscht sich eine gemeinsame Reflexion zum Abschluss eines Projekts. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürger:innen regelmäßige und vielseitige Information bevorzugen, insbesondere über digitale Kanäle.

Fazit:

Die Umfrageergebnisse unterstützen die Expert:innenmeinung, dass Feedback und eine gute Kommunikationskultur zentrale Elemente erfolgreicher Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Die Bürger:innen legen großen Wert auf kontinuierliche Rückmeldungen zu ihren Beiträgen und wünschen sich klare Informationen über den Fortschritt von Projekten. Die Präferenz für digitale Kommunikationskanäle zeigt zudem, dass die modernen Medien als wichtige Plattformen für die Bürgerkommunikation genutzt werden sollten.

Kriterium 4: Niederschwellige Informations- und Beteiligungsangebote

Ergebnisse:

Frage 1: Deine Stadt oder Kommune möchte deine Meinung einholen. Wie möchtest du darauf aufmerksam gemacht werden?

1. Flyer im Briefkasten (57,8 %)
2. Social-Media-Beiträge (46,0 %)
3. Informationen über eine städtische Website (34,3 %)

Frage 2: Welche Möglichkeit würde dich jetzt ansprechen, um deine Meinung zu einem Projekt abzugeben?

1. Online-Umfrage, z. B. über Social-Media (81,2 %)
2. Bürger-Apps, z. B. Mängelmelder (52,6 %)
3. Infoveranstaltungen (in Präsenz) (35,2 %)
4. Infoveranstaltung (online) (31,9 %)
5. „Frage der Woche“, z. B. im Bus oder in der Tram (30,5 %)

Frage 11: Ich fühle mich aktuell durch Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht.

- 16,0 % Stimme überhaupt nicht zu
43,7 % Stimme eher nicht zu
19,7 % Neutral
15,5 % Stimme weitgehend zu
4,2 % Stimme absolut zu

Interpretation:

Die hohen Zustimmungsraten für Flyer im Briefkasten und Social-Media-Beiträge deuten darauf hin, dass die Bürger:innen bevorzugt über leicht zugängliche und direkte Kanäle informiert werden möchten. Auch die Präferenz für Online-Umfragen und Bürger-Apps unterstreichen die Notwendigkeit von niederschweligen Beteiligungsangeboten, die schnell und unkompliziert genutzt werden können. Wie bereits in Kriterium 1 erläutert, fühlt sich ein Großteil der Befragten allerdings nicht ausreichend durch die aktuellen Formate erreicht.

Fazit:

Die Umfrageergebnisse bestätigen die Expert:innenmeinung, dass niederschwellige Informations- und Beteiligungsangebote notwendig sind, um eine breite Beteiligung zu ermöglichen. Insbesondere die hohe Zustimmung zu direkten und digitalen Kommunikationsformen wie Social Media und Online-Umfragen zeigt, dass Bürger:innen einfache und schnell zugängliche Beteiligungsangebote bevorzugen. Die Tatsache, dass viele Befragte sich derzeit nicht ausreichend erreicht fühlen, unterstreicht die Notwendigkeit, diese niederschweligen Angebote weiter auszubauen und zu optimieren.

Kriterium 6: Multi-Channel

Ergebnisse:

Frage 1: Deine Stadt oder Kommune möchte deine Meinung einholen.

Wie möchtest du darauf aufmerksam gemacht werden?

1. Flyer im Briefkasten (57,8 %)
2. Social-Media-Beiträge (46,0 %)
3. Informationen über eine städtische Website (34,3 %)

Frage 5: Das Projekt geht voran. Wie soll dich die Stadt weiter informiert halten?

1. Auf Social-Media-Kanälen (71,4 %)
2. Auf einer digitalen Plattform oder Website (68,1 %)

Interpretation:

Die Verteilung der Präferenzen zeigt, dass Bürger:innen eine Mischung aus analogen (z. B. Flyer im Briefkasten) und digitalen (z. B. Social Media, Website) Kanälen bevorzugen. Auch in Frage 5 zeigt sich eine starke Präferenz für digitale Kommunikationswege, insbesondere Social Media und Websites, kombiniert mit traditionellen Kanälen wie Informationsschildern an öffentlichen Orten.

Fazit:

Die Umfrageergebnisse bestätigen die Expert:innenmeinung, dass ein Multi-Channel-Ansatz, der sowohl digitale als auch analoge Kommunikationsformate integriert, entscheidend für den Erfolg der Öffentlichkeitsbeteiligung ist. Die Präferenzen der Bürger:innen für eine breite Palette von Kommunikationskanälen, von Social Media über Websites bis hin zu physischen Posteinwürfen und Informationsschildern, unterstreichen die Notwendigkeit, alle verfügbaren Kanäle zu nutzen, um eine breite und effektive Kommunikation sicherzustellen.

Kriterium 7: Digitale Beteiligungslösungen und -plattformen

Ergebnisse:

Frage 2: Welche Möglichkeit würde dich jetzt ansprechen, um deine Meinung zu einem Projekt abzugeben?

1. Online-Umfrage, z. B. über Social-Media (81,2 %)
2. Bürger-Apps, z. B. Mängelmelder (52,6 %)
3. Infoveranstaltungen (in Präsenz) (35,2 %)
4. Infoveranstaltung (online) (31,9 %)
5. „Frage der Woche“, z. B. im Bus oder in der Tram (30,5 %)

Frage 5: Das Projekt geht voran. Wie soll dich die Stadt weiter informiert halten?

1. Auf Social-Media-Kanälen (71,4 %)
2. Auf einer digitalen Plattform oder Website (68,1 %)
3. An öffentlichen Orten (47,0 %)

Interpretation:

Die hohe Präferenz für digitale Beteiligungsformen wie Online-Umfragen und Bürger-Apps zeigt, dass Bürger:innen digitale Plattformen als effektive und bevorzugte Methode zur Beteiligung betrachten. Auch in Frage 5 zeigt sich eine starke Präferenz für digitale Kommunikationswege, insbesondere Social Media und Websites.

Fazit:

Die Umfrageergebnisse validieren die Expert:innenmeinung, dass digitale Beteiligungslösungen und plattformen entscheidend für den Erfolg moderner Beteiligungsprozesse sind. Die hohe Akzeptanz und Präferenz für digitale Kanäle unter den Bürgern zeigt, dass diese Plattformen nicht nur eine Ergänzung, sondern ein zentraler Bestandteil der Beteiligungsstrategie sein sollten. Digitale Lösungen werden von den Bürgern als bequeme und effektive Mittel zur Teilnahme und Information geschätzt, was ihre Rolle im Multi-Channel-Ansatz bestätigt.

6 Fazit

Die Ergebnisse der Bürger:innenumfrage und dessen Validierung der Expert:innenmeinungen zeigen, dass eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung auf mehreren wesentlichen Säulen ruht: zielgerichtete und vielfältige Kommunikationsformate, eine starke Feedbackkultur, niederschwellige und leicht zugängliche Beteiligungsangebote sowie die Integration digitaler und analoger Kanäle. Gleichzeitig bleibt die Notwendigkeit, auch andere wesentliche Kriterien wie die Visualisierung von Informationen, die Einbindung der Jugend, übergreifende Dialoge und die Qualität der Diskussionskultur in zukünftige Beteiligungsprozesse einzubeziehen, um eine umfassende und nachhaltige Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Bei letztgenannte Kriterien gilt es noch eine Validierung durch Bürger:innen durchzuführen. Diese Erkenntnisse sollten in zukünftige Planungen und Umsetzungen von Beteiligungsprozessen einfließen, um die Akzeptanz und Effektivität von Projekten zu maximieren und eine breite, engagierte Bürgerbeteiligung zu fördern.

Literaturverzeichnis

- [PTC 23] – PART-COM (2022 – 2023): Experteninterviews zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM
- [PTC 24] – PART-COM (2024): Bürger:innenumfrage zur Validierung der Experteninterviews im Forschungsprojekt PART-COM

Die Konfliktfelder der Öffentlichkeitsbeteiligung als Abwärtsspirale

1 Hintergrund und Problematik

Bürger:innen als aktive Gestalter in kommunale Transformations- und Innovationsvorhaben einbinden zu können war das Ziel des Forschungsprojekts PART-COM. Vor diesem Hintergrund wurden national und international Interviews mit Expert:innen aus Verwaltungen, Ingenieurbüros, NGO's, Moderationsagenturen und Forschungseinrichtungen geführt. Basierend auf diesen Interviews konnten eine Reihe an Impact- und Erfolgskriterien für eine gelungene Partizipation identifiziert werden (siehe Artikel „Impact- und Erfolgskriterien gelungener Öffentlichkeitsbeteiligung“), sowie sich wechselseitig beeinflussende Konfliktfelder. Diese können, wenn unbeachtet, in einer gefährlichen Demokratieverdrossenheit gipfeln. Die Konfliktfelder wurden in einer Abwärtsspirale zusammengefasst und mögliche Ausbruchsszenarien bzw. Lösungsansätze erarbeitet. Das hierdurch entstandene Modell soll als Handlungsempfehlung für die Verantwortlichen im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung fungieren, und Verwaltungen und anderen in diesen Bereich tätigen Stakeholdern Werkzeuge an die Hand geben.

2 Konfliktfelder

Die oberste Ebene der Abwärtsspirale zeigt insgesamt sechs wesentliche Konfliktfelder. Mangelhafte Repräsentativität der Bürger:innen, Fehlender Wille seitens Verwaltung/Politik, Mangelhafte Kommunikation, Fehlende Transparenz, Mangel an Wissen seitens Bürger:innen sowie Hohe Hürden. Je intensiver und je stärker diese sechs Konfliktfelder ausgeprägt sind, desto stärker sind auch die weiterführenden und tiefer sitzenden Konfliktfelder Gleichgültigkeit, Scheinpartizipation und Entfremdung. Diese tiefer sitzenden Konfliktfelder sind in der Auswirkung deutlich gravierender sowie in der Problembehandlung wesentlich schwieriger zu lösen und führen im schlimmsten Fall zu einem Systemversagen.

Im Folgenden werden die einzelnen Konfliktfelder erläutert sowie Lösungsansätze dafür beschrieben. Eine Übersicht mit stichpunktartiger Zusammenfassung finden Sie in Kapitel 3.



Fact-Box:

1976 wurde im Bundesbaugesetz, Paragraph 2a zum ersten Mal die Beteiligung von Bürger:innen an der Bauleitplanung und somit überhaupt in der Planung von Infrastrukturprojekten gesetzlich verankert. Das Recht auf Anhörung wurde damit gegeben. Schon bei der Überarbeitung der Novelle im Jahre 1986 wurde offen darüber diskutiert, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung eine große Teilschuld an den langen Bearbeitungszeiten für die Aufstellung von Bebauungsplänen trägt [ZET 84]. Das Recht auf Beteiligung (ab 1986 in § 3 des BauGB) blieb zwar im Gesetzestext verankert, die Diskussion über den Aufwand und den Nutzen von Beteiligung blieb jedoch immer Teil der Diskussion.

2.1 Mangelhafte Repräsentativität der Bürger:innen



Erläuterung des Konfliktfelds

Pluralität und Diversität prägen die demografische Struktur und kulturelle Identität heutiger Gesellschaften. Das Zusammenbringen verschiedener Religionen, Herkunft, Gender, Kulturen und Altersgruppen ist herausfordernd und stellt oft ein politisch brisantes Thema dar. Die Frage der repräsentativen Meinungsbildung ist damit einhergehend ebenfalls ein zentrales und aktuelles Thema.

Die Recherchen im Rahmen des Projektes haben dabei ergeben, dass es in der aktuellen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturprojekten ohne entsprechend größeren Aufwands seitens der Verwaltung bzw. der Stadt oder Kommune nicht möglich ist, eine gemischte und repräsentative Gruppe an Menschen anzuhören.

„Ich glaube Bürgerbeteiligung ist für viele Menschen einfach so ein total abstraktes Konzept“ – Jakob Krieger, Fridays for Future Karlsruhe [JKF 23]

Dabei ist eben eine niedrige Beteiligung, die sich in der Dominanz einzelner Gruppen auswirkt, einer der Hauptargumente, die gegen direkte Demokratie ange-

bracht werden. Denn aus einer solchen Beteiligung resultiert automatisch, dass bestimmte Perspektiven übersehen oder unterrepräsentiert werden, woraus eine Verzerrung der öffentlichen Meinung entstehen kann. Im schlimmsten Fall führt das zu Entscheidungen, die die Entwicklung von Städten und Kommunen aus Sicht deren Bürger:innen zurückwerfen und unattraktiv machen.

Betrachtet man zuerst die Bevölkerungsgruppen, die an Öffentlichkeitsbeteiligungen im Rahmen der Infrastrukturplanung teilnehmen, trifft man auf zwei unterschiedliche, überrepräsentierte Gruppen [PTC 23]:

1. Es beteiligen sich hauptsächlich die „üblichen Verdächtigen“.
2. Es beteiligen sich hauptsächlich diejenigen, die dagegen sind.

Im Folgenden werden diese zwei Gruppen gesondert beleuchtet.

1. Die „üblichen Verdächtigen“

Im Zuge der durchgeführten Interviews manifestierte sich das Bild einer Gruppe von „üblichen Verdächtigen“, die typischerweise an Informations- und Beteiligungsveranstaltungen teilnehmen. Der Tenor der Interviewten charakterisierten diese Teilnehmergruppe als männlich sowie meist im fortgeschrittenen Berufslebensalter oder darüber hinaus. Damit bestätigen die Interviews die Ergebnisse der Studie der Universität Hohenheim (Siehe Seite 55).

Zu dieser ersten Charakterisierung wurde oft die Beschreibung hinzugefügt, dass es sich um Menschen handelte, die daran gewohnt sind oder waren, dass ihre Stimme ernst genommen wird, wie zum Beispiel pensionierten Akademikern aus dem Baubereich. [JLS 22, MBP 23, JEH 22]

„Es gibt als Zweites die Gruppe der – wir nennen sie manchmal Berufsbürger:innen. Das sind Menschen, die sich berufen fühlen zu allem irgendwas zu sagen“ – Matthias Burgbacher, PLAN:KOOPERATIV [MBP 23]

Die Akkumulation dieser spezifischen Teilnehmerkohorte wurde nicht nur aufgrund ihrer mangelnden Repräsentativität gegenüber der Gesamtbevölkerung als problematisch erachtet, sondern auch weil hier Menschen in fortgeschrittenem Alter über eine Zukunft entscheiden, die sie nur noch in Maßen betrifft.

„Wir haben ganz viele Leute bei solchen Veranstaltungen, die deutlich über dem Rentenalter liegen. Die nur bedingt durch die zeitliche Laufzeit der Projekte direkt betroffen sind“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

2. Die, die „dagegen“ sind

Eine weitere aktive Gruppe innerhalb der Beteiligungsformate von Städten und Gemeinden sind die Menschen, die ganz einfach gegen das vorgestellte oder besprochene Projekt sind.

„Wir gehen selten für etwas auf die Straße. Wir gehen eigentlich immer gegen etwas auf die Straße. [...] Dadurch entstehen

in der Beteiligung immer Verzerrungseffekte“ – Matthias Burgbacher, PLAN:KOOPERATIV [MBP 23]

Eine Beobachtung, die sowohl in Deutschland, als auch im internationalen Kontext gültig ist.

„Ich denke, dass zumindest in Kanada und wahrscheinlich auch anderswo die Menschen, die sich an der öffentlichen Beteiligung beteiligen, diejenigen sind, die eine starke Meinung zum Projekt haben oder sehr negativ gegenüber dem Projekt eingestellt sind. Daher erhält man zwar die Pole, aber selten das tatsächliche Spektrum der Meinungen der Öffentlichkeit.“ – Jeff Cassello, University of Waterloo, übersetzt aus dem Englischen [JCU 23]

Die Überrepräsentation von Gegnerinnen und Gegnern bei öffentlichen Beteiligungsverfahren lässt sich hauptsächlich darauf zurückführen, dass bei diesen Personen ein ausgeprägtes Gefühl der Betroffenheit entsteht. Sobald sie den Eindruck gewinnen, ihre Rechte könnten eingeschränkt oder ihre Lebensweise negativ beeinflusst werden, sind sie weitaus eher dazu geneigt, ihre Stimme zu erheben. In solchen Fällen dominiert eine angespannte, mitunter feindselige Atmosphäre, da sich diese Menschen in ihren Interessen beeinträchtigt fühlen. Im Gegensatz dazu sehen jene, die einem Projekt neutral oder positiv gegenüberstehen, oftmals keinen Anlass, aktiv zu werden oder ihre Position zu artikulieren.

„Derjenige, der was dagegen hat, geht auf die Barrikaden und demonstriert oder äußert seine Meinung. Und die, die es neutral oder positiv sehen, die gehen davon aus, das wird alles schon.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

Folgen unzureichender Repräsentativität

Je unzureichender die Repräsentativität in Formaten der öffentlichen Beteiligung ist, desto größer wird die Gefahr, dass Entscheidungen auf der Basis individueller Interessen einer kleinen Gruppe getroffen werden, anstatt im Sinne des Gemeinwohls. Insbesondere die ältere Generation, deren direkte Betroffenheit an den Entwicklungen der zukünftigen 15 – 20 Jahren begrenzt ist, tragen maßgeblich an der Entscheidungsfindung dabei.

„Und ich kann das bedingt verstehen, dass die sagen „das hat die letzten Jahrzehnte so funktioniert, warum soll ich mir noch auf die letzten Tage eine Baustelle vor die Tür geben lassen?“. Das ist absolut nachvollziehbar. Aber diese Möglichkeit herzugehen und zu sagen“ Hey, ihr macht das für eure Kinder und Enkelkinder. Ihr macht das für die nächste Generation. Ihr müsst da weiterdenken.“, kommt durch die breite Masse leider zu kurz.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

Gleichzeitig bleiben die Meinungen der jüngeren Generationen, die von solchen Entscheidungen betroffen sind und potenziell davon profitieren könnten, oft gänzlich unausgesprochen. Es wäre

verfehlt, die Ursache hierfür bei der älteren Generation zu suchen. Vielmehr sollte die Frage aufgeworfen werden: Warum bleiben viele Menschen stumm, und wie lässt sich dieser Umstand ändern? Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auch den stillen Gruppen gewidmet werden, wie etwa Migrant:innen, die sich von Sprachbarrieren betroffen fühlen, oder jenen, die der Überzeugung sind, dass ihre Teilnahme keinen Einfluss.

Lösungsansatz

(1) Allgemein: Niederschwellige und dezentralisierte Beteiligung

Um jene Menschen zur Partizipation zu bewegen, die darin bislang wenig Sinn und/oder Zweck sehen ist es entscheidend, ihnen die Möglichkeiten zu bieten, sich ohne großen Aufwand einzubringen. Ein bedeutsamer Schritt ist, die Partizipationsmöglichkeiten zu dezentralisieren, sprich: zu den Menschen zu gehen, anstatt sie aufzufordern, zu den etablierten Formaten zu kommen. Fällt die Notwendigkeit weg, einen bestimmten Ort aufsuchen zu müssen, um seine Meinung abzugeben, wird die Partizipation niedrigschwelliger und zugänglicher und eine breitere Beteiligung wird möglich.

„Deshalb sagen wir, wenn man wirklich das Beste erreichen will, muss man die Beteiligung dorthin bringen, wo die Menschen sind. Wenn man z. B. mit einem Programm den Lebensunterhalt von Frauen beeinflussen will und weiß, dass viele Frauen am Straßenrand oder auf dem Markt

Die Argumentation gegen Beteiligung, die über die üblichen Wahlen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene hinausgehen, basieren oft auf der Annahme, dass Bürger:innen mit der Entscheidungskompetenz überfordert sein könnten, aber auch darauf, dass bei einer niedrigen Beteiligung sich die Gefahr erhöht, dass kleine Gruppen oder einflussreichen Organisationen die Möglichkeiten der direkten Demokratie beeinflussen und instrumentalisieren [UAN 21].

Tatsächlich fand die Universität Hohenheim in einer Studie heraus, dass der Anteil an Menschen, die an einem Beteiligungsverfahren teilnehmen, mit dem Alter steigt [UHO 21]. Eine Sorge um die Nicht-Beachtung einer schweigenden Mehrheit erscheint also nicht unbegründet.

In einem Gastbeitrag in der Kölnischen Rundschau warnte Armin Laschet vor einem schleichenden Ende der Demokratie. Dabei definierte er die Demokratie mit den Worten: „Demokratie bedeutet, dass sich jeder dafür einsetzen muss, dass ein anderer auch eine Meinung äußern darf, die man ablehnt.“ [ALC 24]

Betrachtet man das insbesondere hinsichtlich der Planung von gebauter Infrastruktur findet man auch bei Wolfgang Braunfels einen Verweis auf die Wichtigkeit von Öffentlichkeitsbeteiligung: die „Freiheit der Bürger, das eigene Stadthaus mitzugestalten, war immer eine Voraussetzung für den Erfolg von Städten. Man kann nicht für Fremde planen[...]“ [ZET 84].

handeln, kann man die Öffentlichkeitsbeteiligung direkt auf dem Markt durchführen, so dass sie ohne großen Zeitaufwand teilnehmen können. [...] Und das ist das ganze Konzept hinter der Dezentralisierung.“
– Winnie Mitullah, University of Nairobi, übersetzt aus dem Englischen [WMU 23]

Die Niedrigschwelligkeit wird zusätzlich gesteigert, wenn das Beteiligungsformat einfach und unkompliziert gestaltet ist. Ein anschauliches Beispiel hierfür sind interaktive Poster, die es den Menschen ermöglichen, ihre Meinung durch einen einfachen Knopfdruck abzugeben. Durch die Integration eines Links oder QR-Codes kann ein solches Poster zudem als Mittel zur Informationsweitergabe und zur Weckung von Interesse dienen.



Abbildung 1: Beispiel eines interaktiven Posters zur Abstimmung für das Projekt GO Karlsruhe (Quelle: [GOK 19])

(2) Zielgruppenspezifisch: Barrieren abbauen

„Ich finde die Zielgruppen nicht schwierig. Nur ich muss erst entscheiden, dass ich ganz gezielt den Aufwand betreiben möchte, diese Menschen zu erreichen. Dann mache ich ein Konzept dazu. Aber das kostet natürlich auch wieder einen erhöhten Aufwand. Das dauert einfach länger, bis ich mir diese Community erschlossen habe. Da muss ich halt sagen: „es ist mir aber total wichtig, diese zu erschließen“ – und es reicht halt dann nicht in der Zeitung einen Artikel zu machen.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Zielgruppen, die bei Öffentlichkeitsbeteiligungen häufig entweder gar nicht oder nur unzureichend Gehör finden, werden gern als „stille Gruppen“ zusammengefasst. Es gestaltet sich jedoch als äußerst herausfordernd, diese Gruppen einheitlich zu erfassen, da ihre Bedürfnisse und Beweggründe für eine geringe Beteiligung höchst vielfältig sind. Die Bandbreite reicht von sprachlichen Barrieren über Angst vor Menschenmengen bis hin zu Zeitmangel oder körperlichen Einschränkungen. Darüber hinaus passiert es auch, dass bestimmte Gruppen schlichtweg übersehen werden – ein spezifisches Problem von Kindern und Jugendlichen und Menschen mit Behinderung.

Unabhängig davon, welche Zielgruppe gezielt angesprochen werden soll, muss der erste Schritt bei der Vorbereitung von Partizipationsprozessen darin bestehen, Barrierefreiheit von Anfang an mitzudenken. Dabei darf Barrierefreiheit,

zugespitzt formuliert, nicht nur auf einen treppenf freien Zugang reduziert werden. Vielmehr ist es von großer Bedeutung, zunächst zu identifizieren, welche Barrieren eine bestimmte Zielgruppe daran hindern könnten, an einem Beteiligungsformat teilzunehmen, und diese Hindernisse gezielt anzugehen. Dies kann beispielsweise durch die Wahl anderer Uhrzeiten, die Nutzung einfacher Sprache oder die Bereitstellung eines Dolmetschers oder einer Dolmetscherin geschehen.

Zugleich muss man sich bewusst machen, dass es unmöglich ist, allen Menschen auf gleichem Wege gerecht zu werden, da die Bedürfnisse, Lebensumstände und Präferenzen jedes Einzelnen zu unterschiedlich sind. Es erfordert daher unterschiedliche Formate, um je nach Zielgruppe den richtigen Ansatz zu finden.

Auch wenn es einen erheblichen Aufwand darstellt, jemanden in den Dialog zu integrieren, sollte dies keinesfalls dazu führen, dass der Versuch aufgegeben wird: jeder Mensch sollte die Gelegenheit erhalten, seine Meinung einzubringen. Sollte jedoch jemand entschieden ablehnen, teilzunehmen, ist es weder sinnvoll noch ratsam, diese Person zur Teilnahme zu drängen.

„Wo es kein Interesse daran gibt, sollte man die Finger davon lassen, weil man schnell ja auch sonst in eine Bevormundung kommt.“ – Jan Lange, Büro für Mitwirkung und Engagement, Stadt Karlsruhe [JLS 22]

(3) In die Zukunft investieren: Aufklärung und Bildung von Bürger:innen

„[...] wenn man das ernst meint mit dem Wort der Co-Kreation, dann ist das ja letztlich gemeinsames Lernen.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Was die Aufklärung und Bildung von Bürger:innen angeht muss in zwei Richtungen gedacht werden. Was bringt es als Bürger:in, an einer Öffentlichkeitsbeteiligung teilzunehmen? Heißt: Welche Macht habe ich und was kann ich entscheiden? Im Grunde muss klar werden, dass man durch das Teilnehmen an Öffentlichkeitsbeteiligung an der Gestaltung seiner Stadt oder Kommune auch teilhaben kann. Zum einen sollte das zu einer tatsächlichen erweiterten Verbundenheit mit seiner Stadt/seiner Kommune führen, zum anderen auch dazu, dass der Mensch das Gefühl bekommt in einer Demokratie zu leben, in der man als Bürger:in mit seiner Meinung auch tatsächlich etwas wert ist.

Das andere ist zu verstehen: Was kann ich tatsächlich beitragen? Es muss auch hier deutlich für die Bürger:innen sein, dass es sich nicht darum handelt, neue Pläne mit Bemaßung zu zeichnen. Jeder Input muss als bedeutend beachtet werden können, egal wie er ausgesprochen oder mitgeteilt wird.

Eine solche „Bildung“ der Bürger:innen kann durch Informationskampagnen stattfinden, in der erklärt wird, dass die Meinungen der Bürger:innen der Stadt oder Kommune wertvoll sind. Das kann über eine mediale Präsenz stattfinden,

durch die klar und weiträumig kommuniziert werden kann, welchen Einfluss die Öffentlichkeitsbeteiligung auf dieses oder jenes Vorhaben hatte.

Diese Art der Bildung kann schon in sehr jungen Jahren beginnen. Schulische Aktivitäten bieten eine wertvolle Gelegenheit, Kindern und Jugendlichen nahezubringen, dass Partizipation nicht nur möglich, sondern eine selbstverständliche Norm ist. Allerdings muss die Einbindung von Kindern und Jugendlichen anders betrachtet werden als die von Erwachsenen. Hierbei ist es entscheidend, zu reflektieren, welche Lernziele verfolgt werden.

Kürzere Projekte eignen sich besonders, um zu zeigen, dass sich Engagement und Beteiligung lohnen. Ihre Meinungen können beispielsweise bei der Neugestaltung eines Spielplatzes oder eines Schulhofs entscheidend sein, die sie später selber nutzen können. Solche kurzen Projekte bieten den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Entscheidungen umgesetzt zu sehen und selber davon zu profitieren.

„Kinder haben andere Zeitbezüge, da muss ich auch gucken, was mache ich zum Gegenstand der Beteiligung. Was kann schnell umgesetzt werden? Dann kann man die schnell begeistern.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Es wäre jedoch zu kurzfristig, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kurzzeitige Projekte zu beschränken. Eine solche Begrenzung würde ihnen nicht gerecht werden, da sie ihnen die Möglichkeit verwehrt, zu größeren und

langfristig relevanten Vorhaben Stellung zu nehmen. Schließlich sind auch sie die zukünftigen Nutzer:innen dieser Projekte und sollten daher in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden.

„Ich mag Architekturprojekte für Kinder sehr, denn Kinder sind sehr ehrliche Menschen [...]“ Karol Carminatti, UNIFEBE, übersetzt aus dem Englischen [KCU 22]

Sie sind bereits heute aktiv Nutzer:innen ihrer Umgebung, und ihre Perspektive und Wahrnehmung auf diese muss angemessen berücksichtigt werden. Daher ist es von großer Wichtigkeit, ihre Meinungen einzuholen und die Vielfalt ihrer Sichtweisen und Bedürfnisse angemessen in den Planungsprozess einzubeziehen.

„Da haben wir Sachen gelernt, da wären wir im Leben nicht darauf gekommen. Welche Pfade innerhalb von Mühlburg die Beliebtesten sind und warum und wo sie Angst haben und warum. [...] Kinder, super! Man muss sie bloß einfangen können.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Eine zentrale Frage bleibt: Wie kann man ihre Meinung effektiv einholen? Es ist offensichtlich, dass herkömmliche positiven Aspekte einer frühzeitigen und umfassenden Einbindung der Öffentlichkeit, wie die Verringerung von Konflikten, die Einsparung von Zeit und die Gewinnung wertvoller Erkenntnisse, werden nicht ausreichend erkannt. Infolgedessen fehlt es an Motivation, über die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse hinauszugehen. Der initiale Mehraufwand, der mit einer

intensiveren Öffentlichkeitsbeteiligung einhergeht, wird als abschreckend empfunden. Doch wenn dieser Weg beschritten wird, zeigt sich, dass die langfristigen Vorteile die anfängliche Mehrarbeit bei Weitem überwiegen.

2.2 Fehlender Wille seitens Verwaltung/Politik



Erläuterung des Konfliktfelds

„Wir sind da noch ein sehr hierarchisches Land und man hat das Gefühl, dass die Verwaltung das Gefühl hat, dass sie Bürger:innen verwalten muss im Sinne von „Wir haben uns ja unsere Projekte überlegt und wir wollen nicht, dass die das blockieren. Deswegen beziehen wir sie ein, damit sie uns das Projekt nicht hinterher zerschießen.“
– Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Dieses Konfliktfeld lässt sich in mehrere Bereiche unterteilen, die sich durchaus gegenseitig beeinflussen, aber auch alleine Geltung finden können.

(1) Machtabgabe

Der erste Aspekt basiert dabei auf die hierarchischen Strukturen, die in Deutschland weit vorherrschend sind. Merkmale einer solchen Struktur sind

zum einen eine klare Rollenverteilung, zum anderen eine vertikale Kommunikation. Interpretiert wird dieses Verständnis gerne damit, dass gewählte Vertreter sich bereits durch das Gewählt-sein legitimiert sehen, zu entscheiden, ohne die Öffentlichkeit abermals zu fragen.

„Da gibt es [in Deutschland] unheimlich viel Angst und Bedenken, zu viel Macht abzugeben.“ – Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Das gilt auch, wenn das behandelte Thema nicht spezifisch zur damaligen Wahl in der Diskussion stand. Bürger:innen wird dann das Mitspracherecht über die formelle Beteiligung hinaus abgesprochen. Dabei bezieht sich die formelle Beteiligung, wie im Bau-GB vorgeschrieben, nur auf das Recht auf Anhörung, also die Abgabe von Stellungnahmen zu offengelegten Bauleitplänen. Diese Art der Beteiligung ermöglicht keine effektive Teilnahme an Gespräch und Planung rund um das geplante Projekt und kann, je nach „Stimmung“ der Verwaltung bzw. Politik, in äußersten Fällen als reine Scheinpartizipation aufgebaut werden. So, dass die Verantwortlichen auf die Stellungnahmen antworten, ohne sich mit deren Inhalt über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus auseinanderzusetzen.

(2) Mangelhafte Repräsentativität

Der zweite Aspekt des hier beschriebenen fehlenden Willens seitens von Verwaltungen und Politik ist wiederum sehr viel direkter beeinflusst vom

zuvor beschriebenen Konfliktfeld der mangelhaften Repräsentativität. Denn eine mangelnde Repräsentativität bei von der Verwaltung organisierten Öffentlichkeitsbeteiligungen führt auch unweigerlich zu dem Gefühl, dass Bürger:innen ein mangelndes Interesse an der Mitgestaltung ihrer Stadt oder Gemeinde an den Tag legen. Die Bruchsaler Verwaltung erklärte diesbezüglich, dass die geringen Rücklaufquoten von Beteiligungsangeboten dazu führten, dass eine effiziente Zusammenarbeit auf Augenhöhe nicht möglich ist [WSB 23]. Der Sinn, mehr Energie und dadurch natürlich auch mehr ohnehin knappe Ressourcen (sowohl personaltechnisch als auch finanziell) in Öffentlichkeitsbeteiligung zu investieren, um am Ende doch nur eine kleine Kohorte zu erreichen, erschließt sich in einem solchen Fall oft nicht.

(3) Mangelnde Ressourcenfreigabe für Öffentlichkeitsbeteiligung

Ein wesentlicher Aspekt, der oft übersehen wird, ist das mangelnde Wissen innerhalb von Verwaltungen und politischen Gremien darüber, was es tatsächlich bedarf, um eine fundierte und effektive Öffentlichkeitsbeteiligung zu gestalten. Häufig wird der Prozess als weitaus unkomplizierter angesehen, als er in Wirklichkeit ist, was dazu führt, dass unzureichende Ressourcen bereitgestellt werden. Im Ergebnis fehlt es an den notwendigen Mitteln, um eine hochwertige Beteiligung zu ermöglichen.

„Und häufig ist alles was in die Richtung Marketing, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung geht so nach dem Motto: das ist das Sahnehäubchen auf der Torte. Aber das ist es halt eben nicht. Eigentlich ist es Grundvoraussetzung für den Erfolg von Projekten und Maßnahmen, hier eine gute Arbeit zu machen“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

4. Fehlendes Bewusstsein über die Vorteile von Öffentlichkeitsbeteiligung

Darüber hinaus herrscht oft Unklarheit darüber, welchen Mehrwert eine solche Beteiligung bieten kann. Die positiven Aspekte einer frühzeitigen und umfassenden Einbindung der Öffentlichkeit, wie die Verringerung von Konflikten, die Einsparung von Zeit und die Gewinnung wertvoller Erkenntnisse, werden nicht ausreichend erkannt. Infolgedessen fehlt es an Motivation, über die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse hinauszugehen. Der initiale Mehraufwand, der mit einer intensiveren Öffentlichkeitsbeteiligung einhergeht, wird als abschreckend empfunden. Doch wenn dieser Weg beschritten wird, zeigt sich, dass die langfristigen Vorteile die anfängliche Mehrarbeit bei Weitem überwiegen.

Folgen von fehlendem Willen seitens Verwaltung/Politik

Führt eine Stadt oder Kommune lediglich die formell vorgeschriebene Beteiligung durch, besteht die Gefahr, dass sie zu spät erkennt, dass die Bürger:innen das geplante Vorhaben nicht unter-

Barrierefreiheit

“Jeder Mensch... kann zeitweilig körperlich fit sein. Aber jeder... leidet irgendwann an mindestens einer oder mehreren chronischen Krankheiten und kann für einen erheblichen Teil seines Lebens vorübergehend oder dauerhaft behindert sein.“ – Irving Kenneth Zola, übersetzt [IKZ 83]

Dieser Gedanke eröffnet eine Perspektive, in der Behinderung nicht als ein statisches, unveränderliches Merkmal betrachtet wird, sondern vielmehr als eine Praxis des Behindert-Werdens verstanden wird. Diese Auffassung wird weiter gestützt durch die Erläuterung von Friedrich Dieckmann.

„Wird Behinderung [...] als Störung der Teilhabe begriffen, richtet sich der Blick auf die außerhalb der beeinträchtigten Person liegenden Umweltbedingungen, die die Teilhabe erschweren bzw. verhindern (Barrieren) [...]“ [FDI 21]

In diesem Kontext können Menschen mit Behinderungen als solche verstanden werden, die durch bestimmte Situationen behindert werden könnten, wie Hendrik Trescher und Kollegen präzisieren [HTI 20].

stützen. Die Verwaltung verliert zudem wertvolles Wissen, das in der Erfahrung und den lokalen Kenntnissen derjenigen liegt, die in den betroffenen Gebieten leben. Diesem Versäumnis, die Bevölkerung frühzeitig einzubinden, folgt zwangsläufig eine Reihe von Problemen: Die Verwaltung sieht sich gezwungen, eigenständig Lösungen zu entwickeln, während sich die Bürger:innen übergangen und nicht gehört fühlen. Dies verschärft nicht nur die Stimmung, sondern führt auch zu vermeidbaren Konflikten und erheblichen Zeitverzögerungen.

Fasst eine Stadt oder Kommune schließlich doch den Entschluss, die Bürger:innen breiter einzubeziehen, stößt sie auf ein neues Problem: Das zuvor versäumte Engagement führt zunächst einmal dazu, dass das Interesse an einer Beteiligung gering ist. Man hat zum einen seine Bürger:innen durch das bisherige Übergehen entmündigt, zum anderen ist das Vertrauen der Bürger:innen in die Praktiken und Möglichkeiten einer Partizipation eventuell erschüttert. Der Aufbau einer stabilen Vertrauensbasis und wertvollen Beteiligung gestaltet sich somit zeitaufwändig und schwierig.

Lösungsansatz

„Es gab diesen – so beobachte ich es zumindest – diesen Wechsel von: „Wir verhindern Blockade.“ zu: „Wir bereichern Planung.“. Das ist schon in vielen Köpfen angekommen, dass es nicht mehr aus diesem: „Wir müssen beteiligen.“ sondern: „Wir wollen beteiligen, das bringt was, die Prozesse werden

besser.“ heraus kommt.“ – Matthias Burgbacher, PLAN:KOOOPERATIV [MBP 23]

Eine effektive Öffentlichkeitsbeteiligung lässt sich unabhängig von hierarchischen Verständnissen aufbauen, in dem man zwei Fragestellungen direkt in dem Aufbau der Beteiligung mit bedenkt:

1. Welches Ziel verfolgt die geplante Beteiligung?
2. Wo liegt die endgültige Entscheidungsmacht?

Dabei beziehen sich diese Fragestellungen auf die genaue Definition und Grenzsetzung der Beteiligung. Klar ausgedrückt: Was können bzw. sollen Bürger:innen im Rahmen der durchgeführten Beteiligung entscheiden und was ist wiederum nicht Thema des Beteiligungsprozesses. Hier gilt es besonders, klare Grenzen zu setzen und gleich zu Beginn offen zu kommunizieren. Beginnt die Beteiligung bei Planungsphase 0 mit einem weißen Blatt Papier? Geht es darum, zwischen bereits in der Planung fortgeschrittenen Alternativen zu entscheiden oder haben die Bürger:innen nur die Möglichkeit über die Form und Farbe des Pflasters zu entscheiden?

Diese sorgfältige Festlegung der Beteiligungsgrenzen gewährleistet, dass weder politische Entscheidungsträger noch Verwaltungspersonen sich in ihrem Einflussbereich beeinträchtigt fühlen, während dennoch eine Form der Partizipation ermöglicht wird. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, darauf zu achten, dass die Bürger:innen nicht das Gefühl haben, lediglich sym-

bolisch beteiligt zu werden. Sollte ihre Mitbestimmung auf marginale Aspekte beschränkt bleiben, könnte dies leicht als Scheinpartizipation wahrgenommen werden, was das Vertrauen erheblich beschädigen würde.

Es gilt daher, ein ausgewogenes Verhältnis zu finden: Einerseits muss die Stadt oder Kommune bereit sein, echte Entscheidungskompetenzen abzugeben, andererseits muss sichergestellt werden, dass die Bürger:innen die Beteiligung als ernsthaft und bedeutungsvoll wahrnehmen. Eine frühzeitige und transparente Kommunikation über die Grenzen und Ergebnisse des Beteiligungsprozesses trägt maßgeblich dazu bei, Enttäuschungen zu vermeiden und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu wahren.

Die Schulung von Verwaltung und Politik ist unerlässlich, um die vielfältigen Vorteile der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Verwaltung zu verstehen und nutzen zu können. Eine effektive Beteiligung der Öffentlichkeit kann nicht nur Konflikte mindern und wertvolle Zeit sparen, sondern auch zusätzliches Expertenwissen erschließen, das in die Entscheidungsfindung einfließen kann. Dafür muss jedoch zunächst geklärt werden, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und wie weit die angebotene Beteiligung reichen kann. Kann eine eigene digitale Plattform eingerichtet und unterhalten werden? Können regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen organisiert werden? Ist personell gewährleistet, dass die Ergebnisse der Beteiligung ausgewertet und dadurch in den Entscheidungsprozess einfließen können?

„Ich glaube, Beteiligung und Demokratie braucht diesen lernenden Prozess, also die Reflexion dessen, was wir tun. Und das ist mir noch viel zu wenig etabliert. Das müsste, finde ich, regelhaft in politische, in öffentliche, in Verwaltungsprozesse eingebaut werden.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Hierarchische Strukturen können auch Chancen bieten: Durch eine zentrale Anordnung kann sichergestellt werden, dass Öffentlichkeitsbeteiligungen künftig stets auf einem definierten Qualitätsniveau durchgeführt werden. Dies kann den Wunsch vieler Verwaltungen erfüllen, eine einheitliche Vorgehensweise zu etablieren. Eine solche Vorgabe von oben kann dazu beitragen, alle Beteiligten auf eine gemeinsame Linie zu bringen und die Effizienz und Kohärenz der Partizipationsprozesse zu steigern.

„Mit diesen ‚Bausteinen-Maßnahmen‘ in einer neuen Leitlinie geht es ja darum, Sachen in die Routine zu bringen und auch nach einem bestimmten Schema durchlaufen zu lassen, die jetzt quasi immer individuell gelöst werden. Deswegen Systematisierung. Und das reduziert natürlich ganz stark auch Abläufe oder den Aufwand, den man in sie investieren muss. Insofern denke ich, das führt eher zu einer Verschlankung, weil die Sachen erwartbarer sind. Und gleichzeitig ist klarer, wenn sie kommen, was mit ihnen passieren muss.“ – Jan Lange, Büro für Mitwirkung und Engagement, Stadt Karlsruhe [JLS 22]

2.3 Mangelhafte Kommunikation



Erläuterung des Konfliktfelds

Bevor eine Beteiligung beginnen kann, muss die Stadt oder Kommune zunächst ihre Bürger:innen umfassend informieren und erreichen. Dies stellt ein größeres Problem dar, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Fehlt es seitens der Stadt oder Kommune an einem ernsthaften Willen zur Öffentlichkeitsbeteiligung, ist zu erwarten, dass auch die Kommunikationsbemühungen entsprechend gering ausfallen werden. Doch selbst in engagierten Städten und Kommunen sind häufig erhebliche Mängel in der Kommunikation zu beobachten.

Ein wesentlicher Faktor für diese Mängel ist der oft unzureichende Digitalisierungsgrad vieler deutscher Verwaltungen, der dazu führt, dass wichtige Informationen nicht effizient weitergegeben werden können. Viele Städte und Kommunen kämpfen mit veralteten Technologien und Prozessen, die den Anforderungen einer zunehmend digitalen Gesellschaft nicht gerecht werden. Zusätzlich spielen veraltete Kommunikationskanäle wie Zeitungen eine Rolle. Diese Medienform, obwohl immer noch verwendet, erfüllt nicht mehr die Bedürfnisse einer digital orientierten Bevölkerung, die schnelle und unmittelbare In-

formationen erwartet. Der Übergang zu zeitgemäßen Kanälen wie sozialen Medien, städtischen Apps oder interaktiven Online-Plattformen erfolgt nur langsam und unvollständig. Neben der Auswahl geeigneter Medienkanäle ist es daher ebenso entscheidend, dass der Inhalt und die Zielsetzung der Kommunikation klar und zielgerichtet formuliert werden. Nur durch eine umfassende und moderne Kommunikationsstrategie können Städte und Kommunen die Bürger:innen effektiv erreichen und deren Beteiligung sicherstellen.

(1) Mediale Arten der Ansprache

Die Bedeutung des digitalen Raums ist insofern auch dem Gesetzgeber aufgefallen, dass er im Baugesetzbuch Paragraph 3, Absatz 2 festgelegt hat, dass Bauleitpläne ebenfalls im Internet zu veröffentlichen sind: „Die Entwürfe der Bauleitpläne sind [...] für die Dauer eines Monats [...] im Internet zu veröffentlichen.“ Dass aber nur die Nutzung von „Internet“ oder digitalen Medien nicht dafür sorgen kann, dass alle Menschen erreicht werden, zeigt das Zitat, der Jugendorganisation Fridays for Future.

„Ich bekomme alle Vierteljahr dann vielleicht von diesem Newsletter eine E-Mail, die elend lang ist und dann brauche ich einen Abschnitt daraus. Und genau den lese ich dann wahrscheinlich, der für mich relevant ist. Und dann ist wahrscheinlich beim monatlichen Newsletter dann alles halbe Jahr in einem Abschnitt die relevante Information für mich drin. Aber die geht dann eben in der Masse

der Informationen unter.“ – David Liedtke, Fridays for Future Karlsruhe [DLF 23]

Diese gleiche Erfahrung machte auch Jan Riel während des Projekts GO Karlsruhe.

„Was wir gemerkt haben oder was wir lernen mussten ist, dass allein die Existenz einer App im Google Play Store noch lange nicht heißt, dass sie irgendjemand entdeckt.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Die Nutzung von digitalen Medien sagt also noch nichts drüber aus, ob man damit die Menschen erreichen kann oder nicht. Eine größere Aufwartung ist hier nötig. Das bedeutet also nicht nur auf der eigenen Webseite etwas hochzuladen oder einen Newsletter zu veröffentlichen. Projektspezifisch muss auch in den sozialen Medien Beiträge zu finden sein. Dabei ist auch wichtig, dass sie einfach zu finden sind und auch einfach zu verstehen sind. Eine Möglichkeit ist auch eine stadteigene individuelle Beteiligungsplattform. Dabei bedarf es aber auch hier den Willen der Stadt, in diese Richtung Investitionen zu tätigen und dadurch sicherstellen zu können, dass die Menschen damit erreicht werden.

(2) Grund der Ansprache

Um Menschen für eine Beteiligung zu gewinnen, muss man diesen Menschen auch die Beteiligung schmackhaft machen. Es geht darum, dass die Menschen, die angesprochen werden, von dem Projekt, für das sie angesprochen werden, auch betroffen fühlen.

„Ich denke, dass die Art und Weise, wie man Menschen dazu motiviert, an der Öffentlichkeitsbeteiligung teilzunehmen, dazu führen muss, dass die Entscheidung, die getroffen wird, für die Menschen, die man für das Gespräch gewinnen will, relevant gemacht wird.“ – Jeff Casello, University of Waterloo, übersetzt aus dem Englischen [JCU 23]

Denken Bürger:innen, dass das Projekt örtlich oder zeitlich weit weg liegt, sind Sie nicht unbedingt daran interessiert. Ebenfalls nicht interessiert sind sie, wenn sie nicht verstehen, worum es geht. Es muss also hier auch klar kommuniziert worden sein, was denn genau zu machen ist und wofür es diesen Beteiligungsprozess gibt.

Folgen mangelhafter Kommunikation

Werden Bürger:innen nicht erreicht, oder können sie nicht motiviert werden, an einer Beteiligung teilzunehmen, trifft man bald wieder auf das Problem der mangelnden Repräsentativität. Egal worauf der Mangel der Kommunikation basiert, das Ergebnis bleibt, dass das Bedürfnis, konstruktiv an einer Beteiligung teilzunehmen, nicht vorhanden ist. Je länger Menschengruppen nicht erreicht werden oder worden sind, desto höher wird der Aufwand, diese wieder in die Beteiligung einzubringen.

Dabei gilt wieder:

„Ich finde die Zielgruppen nicht schwierig. Nur ich muss erst entscheiden, dass ich ganz gezielt den Aufwand betreiben möchte, diese Menschen zu erreichen.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Eine Maßnahme die auch anderer Stelle bestätigt wird:

„So und deswegen betreiben wir einen sehr, sehr hohen Aufwand bei solchen Projekten, auch die Leute anzusprechen, die sich erstmal nicht angesprochen fühlen“ – Matthias Burgbacher, PLAN: KOOPERATIV [MBP 23]

Lösungsansatz

„Ich glaube, da sind Kommunen und Städte ein wenig in der Holschuld.“ – Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Im Gegenteil zur Bringschuld wird bei Holschuld nochmal hervorgehoben, dass es Aufgabe der Kommunen und Städten ist, seine Bürger:innen abzuholen. Zusammengefasst wird diese Holschuld gerne auch unter dem Aspekt der aufsuchenden Beteiligung. Hier geht es also darum, dezentral auf seine Bürger:innen zuzugehen um ihnen die Möglichkeiten der Beteiligung vorzustellen.

Grundsätzlich kann dabei zunächst einmal davon ausgegangen werden, dass eine niederschwellige Informations- und Beteiligungsmöglichkeit ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg ist, um Bürger:innen zu erreichen. Dabei impliziert Niederschwelligkeit, dass ein Angebot unmittelbar bei der Person ankommt und dieses schnell aufgefasst werden kann, wodurch eine sofortige Informationsaufnahme und/oder Beteiligung ermöglicht wird. Dabei kann allerdings die persönliche Definition von Niederschwellig für jeden zu Beteiligten etwas anderes bedeuten. Dass digital nicht die Lösung

für alles ist, ließ sich durch die Meinungen aus den Experteninterviews leicht erkennen:

„Und insofern glaube ich nicht, dass man über digitale Beteiligung jetzt neue Zielgruppen akquiriert.“ – Jan Lange, Büro für Mitwirkung und Engagement, Stadt Karlsruhe [JLS 22]

„Wir haben nur bedingt einen größeren Querschnitt an Altersstrukturen erreicht. Das war etwas überraschend für die Veranstalter.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

„Aber wenn ich irgendwo in der Stadt einen QR-Code sehe, werde ich den nicht einscannen, weil ich einfach nicht auf irgendwelche Random-Internetseiten gehe. Und ich glaube, da muss man schauen, wie man quasi die Hürde nimmt.“ – Daniel Liedkte, Fridays for Future Karlsruhe [DLF 23]

Besonders bedeutsam bleibt also die multimediale Ansprache. Hier sollte immer Hybrid gedacht werden.

„Man sollte Beteiligung nicht als offline oder online denken, sondern die Dinge müssen immer hybrid stattfinden um verschiedene Zielgruppen ansprechen zu können“ – Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Des Weiteren sollte in persönliche Kommunikation und allgemeine Kommunikation unterteilt werden.

Unter der persönlichen Kommunikation wird verstanden, direkt auf Bürger:innen zuzugehen, um das persönliche Ge-

sprach zu suchen. Dies kann zum Beispiel auf Stadtfesten stattfinden oder auf Marktplätzen. Periodisch wiederkehrende Treffen, z. B. auf Quartiersebene, können ebenfalls eine Möglichkeit sein. Die Nutzung von neutralem Terrain, heißt Räume, die nicht der Stadtverwaltung zugeordnet werden, kann dabei für einige Bürger:innen von großer Bedeutung sein. Die Meinungswiedergabe kann dabei freier ablaufen. Möglichkeiten für solche Räume können zum Beispiel auch Universitäten und Hochschulen sein.

Betreibt man eine solche Kommunikation auch im Sinne einer Dezentralisation, so können sehr viel detaillierter die Menschen aufgesucht werden. Möchte man z. B. junge Eltern erreichen, eignet es sich, sich in der Nähe von Kitas oder Grundschulen zu positionieren. Möglichkeiten allgemeiner Kommunikation sind bspw. eine ‚Frage der Woche‘, entsprechende Social-Media-Begleitung, Radio- und Tramwerbung, Interaktionselemente im Straßenraum (siehe interaktive Poster, Seite 56), Kummerkästen oder Plakate, insbesondere in der Nähe des thematisierten Projekts.

Bei der Art des Aufrufs geht es darum, eine Betroffenheit zu wecken. Dies kann man mithilfe von emotionalen Beteiligungsaufrufen erwirken. Dabei wird unterschieden in positive und negative Aufrufe.

Betrachtet man die Möglichkeit der negativen Aufrufe, so lässt sich feststellen, dass diese Form sehr viel Aufmerksamkeit erzeugen kann. Sei es beabsich-

tigt, also durch gezieltes Herausfordern einer Gegenmeinung oder unbeabsichtigt, also durch das Übergehen von Bürger:innen und im Grunde zu später Beteiligung derer.

„Also negativ motivieren: „Ihr dürft ab jetzt nicht mehr parken vorm Haus.“ Das funktioniert super! Allerdings hat man auch gleich eine gewisse geistige Grundhaltung im Raum.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Hat man einen emotional negativ geprägten Aufruf, ist es besonders wichtig, durch geeignete Moderation die Bürger:innen einzufangen und ihnen die Gelegenheit geben zu können, ihre Meinung in einer konstruktiven Art wiedergeben zu können.

„Gute Moderatoren können da durchaus ganz sinnvoll mit umgehen, [...]“ – Jochen Eckart, Hochschule Karlsruhe [JEH 22]

Die Erfahrung zeigte ebenfalls, dass eine negative Motivation durchaus zu einer größeren Beteiligung führt.

„Das, würde ich sagen, ist wie auf dem Schulhof: Je lauter die Schlägerei, desto größer ist auch der Kreis der Interessierten.“ – Christoph Ewen, team ewen [CET 23]

Grundsätzlich ist also eine negative Motivation nicht unbedingt schlecht. Sie aber von vornherein mit einzuplanen ist jedoch einfacher, als wenn sie aus Versehen geschieht und dann eingefangen werden muss. Hier kann zum Beispiel

mit Fake-Plakaten gearbeitet werden, oder mit gezielt übertriebenen Slogans. PLAN:KOOPERATIV stellt die Ergebnisse eines solchen gezielten Aufrufs mit den folgenden Worten dar:

„Wir regen dadurch eigentlich öffentliche Debatten an. Das funktioniert wirklich gut. Die Leute fangen an beim Bäcker, beim Friseur, sonst wo drüber zu diskutieren: ‚Hast du das Plakat gesehen. Die wollen da Hochhäuser hinbauen. Das funktioniert doch nicht. Das passt nicht zu uns.‘ Sie fangen automatisch an, sich zu überlegen – also sich diese Argumente zurecht zu legen, die wir genau von Ihnen hören wollen: ‚Was passt denn zu euch? Wie viel Wohnraum braucht ihr hier?‘“ – Matthias Burgbacher, PLAN:KOOPERATIV [MBP 23]

Positiv motivierte Aufrufe sind schwieriger zu formulieren, da sie darauf abzielen, Bürger:innen anzusprechen, die mit der aktuellen Situation zufrieden sind und deshalb normalerweise nicht teilnehmen würden. Ziel ist es, diese Menschen dennoch für das Thema zu sensibilisieren und einzubinden. Ein klarer Vorteil solcher positiven Aufrufe ist der von Anfang an freundlichere Umgangston. Hier ist auch ein gewisses Maß an Bildung der Bürger:innen notwendig. Das bedeutet auch, dass es zu Beginn eines erhöhten Aufwands seitens Stadt oder Kommune bedarf, insbesondere was erhöhte Personalressourcen angeht, um auf Bürger:innen sinnvoll zugehen zu können. Aufsuchende Beteiligung ist also auch hier wieder ein extrem sinnvolles Instrument.

Helfen kann man sich auch mit humorvollen Beteiligungsaufrufen. Gute Beispiele sind die in 2024 gestartete Plakataktion von Reutlingen, die bundesweit Schlagzeilen machte. Auch humorvolle Namen für Bauprojekte oder Städtische Beteiligungsseiten können durchaus helfen, wie zum Beispiel Buxtewho.de, die von PLAN:KOOPERATIV mitergestellt wurde.

Alle haben darüber gelacht und allein dadurch sind alle auf die Plattform gegangen, weil sie es witzig fanden.“ – Matthias Burgbacher, PLAN:KOOPERATIV [MBP23]

Ebenfalls möglich sind spielerische Aufrufe, im Sinne einer Gamification der Beteiligung. Ein Beispiel aus Brasilien war ein Wettbewerb zwischen Schulen:

„Ja, wir haben ein Wettbewerb gemacht. In der Schule, für die besten und die meisten Antworten und so weiter. Das war toll, denn es hat wirklich funktioniert.“ – Karol Carminnatti, UNIFEFE, übersetzt aus dem Englischen [KCU 22]

2.4 Fehlende Transparenz



Erläuterung des Konfliktfelds

Kommunikation alleinstehend ist ein sehr vielschichtiger Begriff. Über die oben erwähnte Kommunikation bzgl. Beteiligungsaufrufen hinaus kann Kommunikation ganz grundsätzlich als den Austausch von Informationen definiert werden, was wiederum eine Vielzahl an unterschiedliche Variablen beinhaltet. Abweichend zum obigen Paragraphen werden in diesem Konfliktfeld die folgenden zwei Schwierigkeiten betrachtet:

(1) Mangelhafte Informationsweitergabe verwaltungsintern

Wenn in einer Stadt oder Kommune eine neue Fragestellung aufkommt, wird mittlerweile bestrebt, möglichst integrativ eine Vielzahl unterschiedlicher Ämter in den Prozess einzubinden, um eine umfassende Berücksichtigung sämtlicher relevanter Aspekte zu gewährleisten. Diese Vorgehensweise ist grundsätzlich von hoher Plausibilität und Effizienz geprägt, bringt jedoch zugleich die Herausforderung mit sich, dass eine große Anzahl von Beteiligten in ein Projekt eingebunden werden.

Verwaltungsinterne Abstimmungsprozesse können sich dabei sehr zeitaufwendig gestalten. Dies ist einerseits auf

die begrenzten personellen Ressourcen in den städtischen und kommunalen Verwaltungen zurückzuführen, andererseits auf die nach wie vor stark ausgeprägte Hierarchie und Bürokratie innerhalb deutscher Behördenstrukturen.

Bürger:innen können dabei die Verwaltungsabläufe von außen gar nicht durchschauen. Herr Prof. Jan Riel fasst es folgendermaßen zusammen:

„Jetzt haben wir aus städtischer Sicht natürlich alle möglichen Gremiensitzungen, die in einem gewissen Turnus, manchmal monatlich, manchmal auch quartalsmäßig oder alle paar Monate stattfinden. Und jetzt müssen bei diesen Gremiensitzungen alle Beteiligten einen Konsens gefunden haben zu einer Sache, die im Rahmen von einer Bürgerbeteiligung von draußen kommt. Und das Ergebnis läuft dann über die Sachbearbeitung, dann kommen die Bereiche, dann kommen die Ämter und dann kommen die Dezernate. Und da läuft das so rauf und runter und wenn irgendein Thema noch nicht durchdiskutiert ist – dann gibt es manchmal auch irgendwelche Rückfragen und dann muss man nochmal was prüfen – dann gehen halt wieder ein paar Wochen ins Land bis die dünne Personaldecke irgendeine Fragestellung nochmal inhaltlich recherchiert hat. Dann ist der nächste Gremientermin rum, also kommt es in den nächsten. So entstehen immer so quartalsweise Verzögerungen bis überhaupt mal irgendwie irgendein Echo aus so einer Stadtverwaltung herauskommen kann. Ist natürlich für Außenstehende total unbefriedigend.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

(2) Mangelhafte Informationsweitergabe zwischen Stadt/Kommune und Bürger:innen:

Da die Kommunikation zwischen Verwaltungen und Bürger:innen oft ineffizient und unzureichend ist, kann mit einer Vielzahl an Gründen zusammenhängen. Eine zentrale Herausforderung sind die Bedenken der Verwaltungen, sich durch die Veröffentlichung von Informationen angreifbar zu machen - insbesondere dann, wenn interne Absprachen noch nicht abgeschlossen sind. Dabei herrscht auch Unsicherheit darüber, welche Informationen überhaupt mitgeteilt werden sollten.

Im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa, wie z. B. in der Schweiz oder den Niederlanden, ist ein Start der Öffentlichkeitsbeteiligung zur „Planungsphase 0“ nicht üblich. Dabei beschreibt der Begriff „Planungsphase 0“ eine Planungsphase, die vor den in der HOAI definierten Planungsphasen anfängt.

Wenn aufgrund von Unvollständigkeit oder unvollendeten Abstimmungen Informationen zurückgehalten werden, kann dies bei Bürger:innen den berechtigten Eindruck erwecken, dass die Verwaltung etwas zu verbergen hat. Eine solche Zurückhaltung kann zu erheblichem Misstrauen seitens der Öffentlichkeit führen. Werden Planungsstände kommuniziert, kommt es wiederum durchaus vor, dass die Kommunikation unverständlich gestaltet ist – sei es, weil sie zu technisch, wissenschaftlich, detailliert, langatmig oder oberflächlich gestaltet ist.

„Wenn sie sich durch 26 Ordner durchlesen müssen und das Wichtigste rausholen; also das erfordert einiges [...]. Das will nicht jeder, das kann nicht jeder.“ - Artur Bossert, NABU Kreisverband Karlsruhe [ABN 23]“

Die vorherrschende dünne Personaldecke, die die Kommunikation verwaltungsintern stört, ist natürlich auch bei der Kommunikation mit Bürger:innen nicht von Vorteil. Es fehlen oft die Ressourcen, um regelmäßig Updates bereitzustellen, was zu Informationslücken führt.

Folgen fehlender Transparenz

Ein Mangel an Transparenz in Bezug auf Abläufe, Ergebnisse und Ziele von Beteiligungsprozessen kann schnell zu Missverständnissen und Frustration zwischen Verwaltung, Politik und Bürger:innen führen. Die effiziente Meinungsbildung wird durch unzureichende Informationsvermittlung stark behindert oder sogar gänzlich verhindert. Besonders kritisch wird es, wenn fehlende Transparenz das Vertrauen der Bürger:innen in die städtische Verwaltung erschüttert. Dies geschieht verständlicherweise, wenn der Eindruck entsteht, dass Informationen absichtlich zurückgehalten oder verschleiert werden. Die Wiedergewinnung dieses Vertrauens erfordert in der Regel erheblichen Aufwand. In extremen Fällen kann der Mangel an Transparenz zu schwerwiegenden Konflikten führen. Unabhängig vom Ausmaß dieser Konflikte resultieren sie häufig in zeitlichen Verzögerungen und einem erhöhten

Ressourcenaufwand auf allen Seiten. Zudem bewirkt der Transparenzmangel eine Demotivation der Bürger:innen, die sich in ihrem Engagement nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen.

“Das schreckt die Leute wirklich ab, denn sie denken: ‚Was hat es für einen Sinn, sich zu beteiligen und mitzumachen, wenn man mir nicht zuhört?’“ – Winnie Mitullah, University of Nairobi, übersetzt aus dem Englischen [WMU 23]

Betrachtet man die internen Abläufe der Verwaltung, so wird deutlich, dass ein Mangel an Transparenz gravierende Auswirkungen auf die Arbeitsprozesse haben kann. Unzureichende Klarheit über Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten können Missverständnissen und Verwirrung nach sich ziehen. Fehlende oder unzureichend kommunizierte Informationen behindern die Koordination zwischen Abteilungen und führen zu ineffizienten Arbeitsabläufen. Die Produktivität sinkt dadurch erheblich und wertvolle Zeit und Ressourcen müssen aufgewendet werden, um Missverständnisse aufzuklären oder Aufgaben nachträglich zu korrigieren. Langfristig beeinträchtigt dies nicht nur die Effizienz, sondern auch die Motivation der Beschäftigten.

Lösungsansätze

Letztlich ist es ein Abwägungsprozess: hat die Verwaltung mehr zu verlieren, wenn Informationen zurückgehalten werden, weil sie noch nicht fertig sind oder dadurch, dass das Vertrauen der Bürger:innen verspielt wird? Die Ant-

wort dürfte in aller Regel sein: Verprelle die Bürger:innen nicht.

„Vertrauen in den Prozess heißt, dass es ein glaubwürdiger, transparenter, ehrlicher Prozess ist, finde ich. Ein Beteiligungsprozess.“ – Jochen Plückelmann, CP/COMPARTNER [JPC 23]

Eine effektive Dialog- und Konsenskultur ist von zentraler Bedeutung, um Bürger:innen aktiv in einen Projektverlauf einzubeziehen und ihre fortdauernde Beteiligung sicherzustellen. Da Projekte oft über Jahre hinweg laufen, ist es entscheidend, eine regelmäßige und transparente Kommunikation aufrechtzuerhalten. Bürger:innen, die über längere Zeiträume hinweg keine Rückmeldungen zu ihrem Beitrag erhalten, neigen verständlicherweise dazu, sich aus einer Beteiligung zurückzuziehen. Die Kommunikation über Zwischenstände des Projekts sollte daher kontinuierlich erfolgen. Eine konsistente Kommunikation, selbst wenn es keine neuen Entwicklungen gibt, trägt zur Transparenz bei. Sollte es keine Neuigkeiten geben, sollte außerdem erklärt werden, warum dies der Fall ist, welche Hindernisse bestehen und welche Schritte als nächstes geplant sind. Diese Herangehensweise hilft, Unsicherheiten zu minimieren und das Vertrauen in den Projektprozess zu stärken.

„Man hat beteiligt, man hat sich eingebracht und hat Zeit investiert. Gefühlt tut sich dann erst mal drei Jahre nichts. [...] Mit welchem Ergebnis müssen die Leute rausgehen, damit sie am Küchentisch sagen ‚Ja, Mensch, bei der nächsten Veranstaltung komme ich wieder.’“ – Jochen Eckart, Hochschule Karlsruhe [JEH 22]

Hat eine Beteiligung stattgefunden, ist die Kommunikation von Feedback besonders wichtig. Den Bürger:innen sollte konkret mitgeteilt werden, was aus ihrem Beitrag wird und wie dieser in den weiteren Prozess integriert werden kann. Eine transparente Darstellung der Auswirkungen der Beiträge stärkt das Vertrauen in die Beteiligungsprozesse. Das Engagement und die Motivation der Bürger:innen, sich auch in zukünftige Projekte einzubringen, wird damit erhöht. Es ist daher unerlässlich, auch entsprechende Ressourcen für die effektive Kommunikation des Feedbacks einzuplanen. Es ist ebenfalls essenziell, sicherzustellen, dass Anfragen von Bürger:innen zeitnah beantwortet werden, um deren Engagement und Vertrauen zu erhalten.

„Schade war nur, dass man auf die Rückmeldungen der Bürger in den Besprechungen eingegangen ist, aber dies nicht an die Bürger zurück kommuniziert hat.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

Es ist darüber hinaus von zentraler Bedeutung, darauf zu achten, dass die Kommunikation mit Bürger:innen klar und verständlich erfolgt. Die Verwendung von Fach- oder Amtssprache kann leicht zu Unverständnis führen und bewirken, dass sich Bürger:innen ausgeschlossen fühlen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die internen Verwaltungsabläufe sowie rechtliche Rahmenbedingungen für Außenstehende oft schwer nachvollziehbar und undurchsichtig sind. Eine ausführliche Erklärung dieser Prozesse trägt nicht nur dazu bei, die Bürger:innen zu informieren, sondern fördert auch ihr Verständnis für die Komplexität der Ab-

läufe. Die transparente Vermittlung von Verwaltungsprozessen und rechtlichen Einschränkungen stärkt also nicht nur das Vertrauen, sondern erhöht auch die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei aktuellen, aber auch bei zukünftigen Projekten. Unterbleibt eine solche Erklärung – insbesondere in Fällen, in denen bestimmte Maßnahmen nicht umgesetzt werden können oder viel Zeit in Anspruch nehmen – kann dies leicht zu Frustration führen.

„Es gibt rechtliche Rahmenbedingungen, an die sind Kommunen gebunden. [...] das sind Dinge, die machen dann eine Partizipation nicht einfach. [...] Das sorgt am Ende natürlich zu Frust bei der Bevölkerung, weil alles nicht geht aus irgendwelchen Gründen.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Die Wahl der Kommunikationsmittel kann vielfältig erfolgen, orientiert sich jedoch meist an den bereits etablierten Kanälen der Stadt oder Gemeinde. Dazu gehören etwa Newsletter, Informationsplakate oder digitale Beteiligungsportale (siehe auch Abschnitt ‚Mangelhafte Kommunikation‘).

Ein entscheidender Punkt bleibt dabei: Wenn Projektinformationen zwar öffentlich zugänglich gemacht werden, aber niemand sie findet, ist es fast so, als wären sie nie veröffentlicht worden. Die Reichweite der Informationen ist also ebenso wichtig wie ihre Veröffentlichung an sich. Es gelten die Empfehlungen aus dem Konfliktfeld „Mangelhafte Kommunikation“.

Lösungsansätze für interne Verwaltungsprozesse sind insbesondere bei großen Projekten, an denen mehrere Ämter beteiligt sind, von zentraler Bedeutung. In solchen Fällen kann die Benennung einer oder mehrerer Koordinationspersonen hilfreich sein, um den Überblick über das gesamte Projekt zu gewährleisten und eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen zu fördern. Oft zeigt sich, dass Mitarbeiter:innen innerhalb der Verwaltung, vor allem in größeren Strukturen, kaum persönliche Verbindungen zueinander haben, was die Kommunikation erschwert. Eine zentrale Koordination kann somit entscheidend dazu beitragen, Abstimmungsprobleme zu vermeiden und die Effizienz im Projektmanagement zu steigern.

„Wir haben quasi immer eine Stelle kreiert, die Sprecher für alle Ämter ist. Die eine Person war bei allen Besprechungen dabei und diese Person hat dann auch quasi intern in allen Ämtern die Informationen verteilen können und hat dann auch als Ansprechpartner fungiert für die Ämter. Das heißt es war quasi eine Moderationsperson, die aber aus den eigenen Reihen der Ämter kam und dann entsprechend auch weisungsbefugt war, bzw. auch entscheidungsbefugt war.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

2.5 Mangel an Wissen seitens Bürger:innen



Erläuterung des Konfliktfelds

Zur Erläuterung dieses Konfliktfeldes muss zwischen drei grundsätzlichen Punkten unterschieden werden

1. Allgemeines ingenieurtechnisches Wissen

Bürger:innen sind zum Großteil weder ausgebildeten Planer:innen, Ingenieur:innen oder ähnliches. Einen technischen Text zu verstehen oder einen Plan zu erfassen mag den jeweiligen Mitarbeitenden aus der Verwaltung einfach fallen, weil sie jeden Tag damit konfrontiert sind. Für Bürger:innen kann das aber durchaus eine zu komplexe Aufgabe bedeuten.

Dies gilt im Übrigen auch bezüglich der Verwaltungsabläufe und rechtlichen Rahmenbedingungen an sich, wie im vorherigen Kapitel angesprochen. Das heißt, Bürger:innen wissen nicht, warum ein Projekt gerade nicht vorwärts kommt oder warum eine Idee, die sie besonders sinnvoll fanden, nicht angewendet werden kann.

„Beteiligte, die keinerlei planerisches Wissen und Erfahrung haben, die können zum Teil keinen Plan lesen „ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Besonders hervorzuheben ist dieser Punkt auch im Hinblick auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen. Hier kann nicht erwartet werden, dass sie sich mit städtebaulichen, verkehrsrechtlichen oder anderen technischen Aspekten auskennen. Schon das Verstehen von Stadtplänen kann eine Hürde darstellen, Entwurfs- und Ausführungsplanungen sind zum Großteil für diese Zielgruppe absolut unverständlich.

(2). Spezifisches Wissen zu Projekten

Werden Informationen zu Projekten nicht oder unzureichend weitergeleitet, können sich Bürger:innen kein Bild von dem Thema machen. Das Zurückhalten von Informationen ist dementsprechend nicht nur als ein Problem für das Verhältnis zwischen Bürger:innen und Stadt bzw. Kommunen zu sehen. Können sich Bürger:innen nicht informieren, wird zum einen das Interesse, an einer Veranstaltung teilzunehmen, sinken. Zum anderen werden Bürger:innen nicht so gut vorbereitet, wie sie es sein könnten. Fehlende Informationen können also zu einem Zeit- und Wissensverlust für das Projekt führen.

(3) Wissen zu den Möglichkeiten der Partizipation und der Teilhabe

Schon die alleinige Tatsache, dass es bei Infrastrukturprojekten mindestens ein Recht auf Anhörung geben muss, ist keine allgemeingesellschaftlich bekannte Tatsache. Damit fehlt das Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung, über das Recht, sich einzubringen und aktiv Einfluss zu nehmen. Doch auch wenn das Recht bekannt ist, wird durch intranspa-

rente Kommunikation nicht immer klar, wo und wie das geschehen kann. Solange aber Kommunikationsdefizite nicht behoben und Bürger:innen nicht umfassend über ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten informiert werden, bleibt ihre Teilhabe stark eingeschränkt.

Folgen mangelnden Wissens seitens der Bürger:innen

Wenn Bürger:innen zu wenig über ein Projekt wissen oder keine ausreichenden Informationen erhalten, kann dies zu einem Mangel an Interesse führen. Bürger:innen sehen keinen Grund, sich einzubringen, oder wissen gar nicht, dass sie sich einbringen könnten.

Fehlen klare und verständliche Erklärungen, können sich Bürger:innen ignoriert oder ausgeschlossen fühlen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn Bürger:innen ein Projekt als persönlich relevant erachten, zugleich jedoch nicht nachvollziehen können, weshalb bestimmte Entscheidungen getroffen wurden oder Verzögerungen eintreten.

Eine zu komplexe oder schwer verständliche Sprache oder Information kann den Eindruck erwecken, dass die Stadtverwaltung bewusst intransparent kommuniziert. Fehlt den Bürger:innen der Zugang zu bzw. das Verständnis einer Informationen, ist ein konstruktives Einbringen in ein Prozess oder Projekt erschwert und behindert. Es kann zu einem Verlust an Zeit und Feedback führen, wie auch zu einem gespannteren Verhältnis zwischen Bürger:innen und Stadt/Kommune.

Lösungsansätze

„Wenn man eine gute Öffentlichkeitsbeteiligung will, muss man auch ein bisschen politische Bildung betreiben, immer wieder Kapazitäten aufbauen und den Menschen das geben, was sie brauchen, um sich effektiv zu beteiligen.“ – Winnie Mitullah, University of Nairobi, übersetzt aus dem Englischen. [WMU 23]

Was bedeutet Beteiligung? Wie kann man sich einbringen? Was sind die Rahmenbedingungen? Das sind Informationen die Bürger:innen mitgegeben werden müssen, wenn man nicht möchte, dass sie sich abwenden.

Werden die Punkte nochmal einzeln betrachtet, muss zum einen die Nutzung der Sprache betrachtet werden.

„Dass man dieses Beamtendeutsch abschafft, dass man weitaus zugänglichere Sprache irgendwie macht – wäre schon mal ein erster Schritt.“ – Jakob Krieger, Fridays for Future Karlsruhe [JKF 23]

Sowohl durch zu technische Sprache als auch durch das sogenannte „Beamtendeutsch“ verliert die Stadt oder Kommune Bürger:innen. Die Nutzung einfacher bzw. verständlicher Sprache ist ein wesentlicher Punkt. In diesem Sinne ist es auch von Vorteil, die Kommunikation in verschiedenen Sprachen anzubieten, speziell wenn eine Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden möchte. Nicht zu vergessen ist hier auch die Nutzung von einfacher Sprache und Gebärdensprache als eigenständige Sprache (mit Untertiteln

erreicht man nicht immer Menschen mit Hörbeeinträchtigungen).

„Ich versuche dafür zu sorgen, dass die Bürger nicht verärgert, wütend rausgehen, weil sie da von arrogant erscheinenden Ingenieurinnen oder Ingenieuren was an die Wand geknallt bekommen, was aber kein Mensch versteht und wo offenkundig wird, dass auch niemand Interesse daran hat, dass sie mitreden.“ – Christoph Ewen, team ewen [CET 23]

Ebenso wichtig, wie die Übersetzung der technischen Sprache ist die „Übersetzung“ in die andere Richtung. Nimmt eine Person an einer Beteiligung teil und bringt Ideen mit, braucht sie jemanden, der sie unterstützt um sie auszudrücken, so dass einer technischen Umsetzung nichts im Wege steht. Hier eignen sich besonders Ideenwerkstätten, wo den Bürger:innen Mitarbeitende an die Hand gegeben werden, die beim Ausdruck der Ideen helfen können. Sie können sowohl Hürden aufzeigen, als auch Möglichkeiten finden, um diese Hürden zu überwinden und so Ideen umsetzbar formulieren. Dabei kann es sich um scheinbare Nichtigkeiten handeln, bspw. wenn an einer bestimmten Stelle kein Baum gepflanzt werden kann, weil darunter eine bestimmte Leitung verläuft, die zugänglich bleiben muss. Wissen Bürger:innen das, können sie sofort mit dieser Information weiterarbeiten.

„Man übersetzt zunächst Fachbegriffe, und dann muss man die allgemeinen Begriffe in Fachbegriffe übersetzen – das ist Teil des Spiels.“ – Karol Carminatti, UNIFEBE, übersetzt aus dem Englischen [CKU 22]

Das Ziel ist, das Verständnis zu fördern und Bürger:innen auf entsprechendem Level verstehen zu lassen, wie eine Stadt, eine Kommune oder übergreifend, wie Infrastruktur funktioniert.

„Es geht nicht nur darum, einen Plan zu kommunizieren. Es geht auch darum, die Menschen für andere Dinge zu erziehen.“
– Karol Carminatti, UNIFEBE, übersetzt [CKU 22]

Sprachbarrieren aufheben gelingt auch, indem man statt nur auf geschriebenen Text auch auf visuelle Darstellung setzt.

„Verständlichkeit ist ja nicht nur eine Frage von Text, sondern auch von Bildern.“
Christoph Ewen, team ewen [CET 23]

Besonders hilfreich für gute Öffentlichkeitsbeteiligung sind Visualisierungen als Verständnishilfen. Diese sind in der Regel einfacher zu verstehen als 2D-Pläne und bewirken, dass Bürger:innen sogleich ein Gefühl für das Projekt entwickeln können. Visualisierung helfen also auch, die Betroffenheit zu wecken, indem sie direkt bildlich darstellen können, was die Folgen bzw. das Ziel des Projektes sein sollen.

„Mit dem Lageplan oder dem Regelquerschnitt kommst du heutzutage nicht mehr weiter. Da fehlt einfach das Verständnis und da muss es natürlich visualisiert werden und entsprechend aufbereitet sein damit die Leute mit prägnanten Gebäuden oder Straßenzügen sich das einfach plastischer Vorstellen können.“ – Christian Müller, Mailänder Consult [CMM 22]

Mit Visualisierungen zu arbeiten bedeutet aber auch, dass diese nicht übertrie-

ben oder provokant dargestellt werden dürfen. Sie müssen übersichtlich und realistisch darstellen, wie etwas aussehen soll. Stellt man etwas zu schön dar, kann das durchaus zur Folge haben, dass Bürger:innen einer Stadt oder Kommune vorhalten, ein zu schönes Bild zu zeichnen.

„Aus meiner Sicht darf die Visualisierung nicht zu hübsch sein und zu märchenhaft. Das war glaub ich ein großer Fehler zu der Zeit als die Kombilösung [in Karlsruhe] diskutiert wurde. Da wurden Visualisierungen gezeigt wie die Unterführungen aussehen. [...] Da ist alles strahlend weiß und die Menschen schweben auf einem komplett weißen sphärischen Teppich den es eigentlich gar nicht gibt. Es besteht alles aus Luft und Licht.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

Hilfreich kann sein, einen Vorher-Nachher-Vergleich aufzubauen. Außerdem sollte die Visualisierung so gestaltet sein, dass der Fokus nicht nur auf eine einzelne Stelle gerichtet ist, sondern ein breiterer Abschnitt des Projekts erfasst werden kann.

Der Einsatz von Virtual Reality verbindet die Visualisierung noch zusätzlich mit dem Aspekt der Gamification. Dass diese Variante aber nicht in jedem Projekt möglich ist oder finanziell angebracht, liegt auf der Hand.

„Die Pflicht ist, dass die Menschen verstehen, worum es geht und ein ausgewogenes Bild, ein neutrales, ein objektives Bild von Risiken und Chancen haben. So dass Fake News keinen Platz haben, dass die verschiedenen Interessengruppen zu

Wort kommen, dass – wir benutzen das Bild von der Bühne – dass auf der Bühne ein ausgewogenes und der Wirklichkeit entsprechendes Bild der Auseinandersetzung gezeigt wird, damit die Leute sich wirklich ein Bild machen können.“ – Christoph Ewen, team ewen [CET 23]

Bei aller Bildung der Bürger:innen sollte jedoch beachtet werden, dass sie nicht völlig überfordert werden. Nicht alles muss und sollte von Bürger:innen entschieden werden, denn sie sind nicht Planer:in oder Ingenieur:in.

“Ich glaube nicht, dass die Öffentlichkeit in der Lage ist, Verkehrslösungen zu entwickeln oder die Stärken und Schwächen dieser Lösungen zu quantifizieren. Und manchmal denke ich, dass wir das von ihnen verlangen. Und ich glaube, dass unser Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht so gut funktioniert, wie er sollte.“ – Jeff Casello, University of Waterloo, übersetzt aus dem Englischen [JCU 23]

2.6 Hohe Hürden



Erläuterung des Konfliktfelds

Unter den hier aufgeführten Hürden im Bereich der Partizipation sind Barrieren gemeint, die Menschen daran hindern, sich aktiv an Entscheidungs- oder Planungsprozessen zu beteiligen. Dabei handelt es sich nicht nur um physische oder sprachliche Barrieren und Hürden, sondern um alle Arten von Hürden, die im Allgemeinn einen Menschen daran hindern können, aufgrund seiner Lebensweise und seines Alltags an Partizipationsveranstaltungen teilzunehmen. In diesem Abschnitt werden daher sowohl Hürden bzgl mangelnde Informationen und partizipativer Bildung, wie auch zeit-technische, ortsgebundene und digitale Aspekte betrachtet.

(1) Mangel an Information und Bildung

„Information ist der erste Schritt hin zu einer co-kreativen Prozessgestaltung. Und wenn ich gut informiere, dann kann ich auch motivieren und aktivieren.“ Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Aufbauend auf den vorherigen Abschnitten lässt sich der Mangel an (verständlicher) Information in der Öffentlichkeitsbeteiligung als Hürde betrachten. Einerseits erschwert er es, bei Bürger:innen ein Gefühl der Betrof-

fenheit zu erzeugen. Andererseits wird dadurch ein einfaches Verständnis der Problematik nicht gewährleistet. Die Motivation zur Teilnahme ist verringert, da die Auseinandersetzung mit der Thematik für Bürger:innen einen erhöhten Aufwand darstellt.

Ähnliches passiert, wenn Informationen den Bürger:innen auf eine Weise bereitgestellt werden, die für sie schwer zugänglich ist (Siehe auch Abschnitt „Mangelhafte Transparenz“).

(2) Mangel an Zeit

„Also mit meiner Arbeit hätte ich ja schon Schwierigkeiten, mich zu beteiligen – zur Informationsveranstaltung um 17:00 Uhr zu gehen.“ – Jochen Plückelmann, CP/COMPARTNER [JPC 23]

Die Terminierung von Beteiligungsveranstaltungen erfolgt häufig zu Zeiten, die für viele Bürger:innen schwer mit ihrem Alltag vereinbar sind. Verantwortliche Mitarbeitende haben verständlicherweise nur begrenzt die Möglichkeit, Veranstaltungen nach 17 Uhr zu organisieren, da auch sie ein Familienleben, Freizeitinteressen oder schlicht einen langen Arbeitstag hinter sich haben. Dadurch sind Veranstaltungen oft an die regulären Arbeitszeiten der Verwaltung gebunden, die jedoch üblicherweise mit den Arbeitszeiten vieler Bürger:innen übereinstimmen.

Für die Teilnahme bedeutet dies, dass Bürger:innen entweder berufliche Verpflichtungen unterbrechen, Betreuungsaufgaben für Kinder oder pflege-

bedürftige Angehörige organisieren oder persönliche Aktivitäten, wie etwa Trainingstermine, verschieben müssen. Solche Hindernisse sind für viele eine erhebliche Belastung und führen dazu, dass Veranstaltungen vor allem von jenen besucht werden, die zeitlich flexibel sind. Besonders häufig nimmt daher die ältere Generation teil, insbesondere Rentner:innen, die zu diesen Zeiten verfügbar sind.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zum Abschnitt mangelhafter Repräsentativität, bzw. zur Überrepräsentativität von älteren Männern mit akademischem Hintergrund.

„[...] dass wir ja die Beteiligungen in der Regel zu Zeiten durchführen sollten die man auch den Beschäftigten der Stadt noch irgendwie zumuten kann, aber gleichzeitig auch, wo man das Potenzial sieht, dass die Bewohner, dass die Betroffenen eben auch können. Das sind dann meistens so spätnachmittag bis früher Abend. In der Theorie ist das so die Schnittmenge. In der Praxis ist es so, dass die Leute – die Beteiligten – vor Ort sind, die halt Zeit haben. Das sind nicht die jungen Berufstätigen, erst recht nicht die Familienväter und -mütter, sondern das sind die Rentner.“ – Jan Riel, Hochschule Karlsruhe [JRH 22]

(3) Ungeeigneter Veranstaltungsort

Stellt der Ort der Veranstaltung für die Interessierten einen erhöhten Reiseaufwand dar, wird sich das negativ auf die Teilnehmerquoten auswirken. Das Stichwort Dezentralisation (siehe auch Abschnitt „Mangelhafte Repräsentativität“).

tät der Bürger:innen') sollte auch hier nochmal zum Tragen kommen. Ebenfalls zu bedenken muss die multimodale Erreichbarkeit des Ortes sein. Ist ein Standort gewählt, muss wiederum auf ortsgebundene Hürden geachtet werden. Welche physischen Barrieren können auf die Teilnehmer:innen zukommen? Das impliziert unter anderem fehlende oder nicht funktionierenden Aufzüge oder schlechte Akustik.

Ebenfalls zu berücksichtigen sind die spezifischen Anforderungen der Veranstaltung. Die Größe der Räumlichkeit sollte entsprechend der Aufgabe und der geplanten Anzahl an Menschen ausgesucht werden.

Besonders in ausgeprägten Konfliktsituationen kann es zudem sinnvoll sein, einen Ort auszusuchen, der eine gewisse Neutralität vermittelt und als unvoreingenommen wahrgenommen werden kann. Dadurch lässt sich der Eindruck vermeiden, sich auf „feindlichem Terrain“ zu befinden.

(4) Mangel an digitaler Affinität

Als vierten Punkt ist die Hürde der Digitalität zu nennen. Nicht jede Person hat das passende Endgerät, das nötige Wissen oder auch die passende technische Ausstattung um an einer digitalen Beteiligungsveranstaltung teilzunehmen. Besonders ältere Menschen, Menschen mit Seh- oder Hörbehinderung oder aber auch Kinder können auf Schwierigkeiten stoßen, die eine digitale Teilnahme nicht ermöglichen.

Lösungsansätze

Überwindet man sowohl die Verständnishürde, wie auch die zeitlichen und örtlichen Beschränkungen, eröffnen sich also für viel mehr Bürger:innen die Möglichkeit, sich in der Beteiligung einzubringen.

Viele Punkte, die an dieser Stelle helfen, sind in den Abschnitten „Mangel an Wissen der Bürger:innen“ und „Fehlende Transparenz“ aufgeführt. Besonders zu beachten sind die Nutzung einer verständlichen Sprache, die Darstellung von Informationen und die sinnvolle Weiterleitung dieser an Bürger:innen.

Grundsätzlich muss das Ziel einer Stadt oder Kommune sein, eine niedrighürde Beteiligung als Selbstverständlichkeit zu etablieren. Gelingt das, wird festgestellt werden, dass die Motivation von Bürger:innen bei der Partizipation erheblich gesteigert ist.

Betrachtet man die zeitliche Hürde, so sind unterschiedliche Punkte zu betrachten:

(1) Analoge Veranstaltungen: Ausschließlich in Präsenz

„Der Mensch ist ein soziales Wesen. Wir wollen uns erleben und wir wollen miteinander sein. Und das ist etwas, das sollten wir nicht vergessen. Wir sind keine Avatare.“ – Kristina Oldenburg, KOKONSULT [KOK 23]

Einen Termin zu finden, an dem alle interessierten Bürger:innen Zeit haben, ist völlig unrealistisch und sollte auch nicht

der Anspruch an eine zeitliche Planung darstellen. Was jedoch möglich und durchaus sinnvoll ist, ist eine Veranstaltung an unterschiedlichen Tagen und zu unterschiedlichen Uhrzeiten zu wiederholen.

Entscheidet sich eine Verwaltung für mehrere Termine, so kann auch im vorab definiert werden, welche Zielgruppe angesprochen werden soll. Darauf basierend lässt sich nicht nur der Termin spezifischer wählen, sondern eventuell auch die Örtlichkeit anpassen.

(2) Digitale und hybride Angebote

Bei der Betrachtung von digital nutzbaren Angeboten sollte zuerst unterschieden werden zwischen denjenigen, die einer festen Uhrzeit zugeordnet sind und denjenigen, die asynchron stattfinden können.

Zur ersten Kategorie zählt zum Beispiel die Übertragung einer Informationsveranstaltung. Diese kann dabei so aufgebaut werden, dass eine Fragestellung oder ein Beitrag online möglich ist. Örtliche Hürden sowie zum Teil zeitliche können so umgangen werden.

Asynchrone Beteiligung heben die zeitliche Barriere wiederum vollständig auf, da sie die Möglichkeit bieten, dann teilzunehmen, wenn es zeitlich passt. Möglich sind asynchrone Beteiligung durch zum Beispiel Umfragen, oder wenn Informationsveranstaltung aufgenommen und später online abgerufen werden können. Das Thema der Gamification kann auch hier nochmal in den Fokus gerückt werden.

Durch geeignete Programme können Bürger:innen Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, einfache Areale zu entwerfen oder mögliche Routen einzuzeichnen. Möglich ist auch die Teilnahme im Rahmen von Kommentierung und Diskussion eingebrachter Ideen und Meinungen. Das kann in Formen wie „Liken“ bis zu eigenen Forenbeiträgen stattfinden. Hier ist natürlich zu beachten, dass genug personelle Ressourcen auf Seiten der Verwaltung vorhanden sein müssen, um auf diese Kommentare oder Ergebnisse auch einzugehen sowie Spam- oder Hasskommentare zu verwalten.

„Man sollte Beteiligung nicht als offline oder online denken, sondern die Dinge müssen immer hybrid stattfinden um verschiedene Zielgruppen ansprechen zu können.“ Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Hybride Veranstaltungen sollte man aber nicht nur als Kombination von digital und analog betrachten. Genauso wichtig wie die zeitliche Flexibilität der Teilnahme ist die Möglichkeit, örtlich so mitzuwirken, wie es den Bedürfnissen der Bürger:innen entspricht. Neben klassischen Online-Formaten oder zentralen analogen Treffpunkten lassen sich auch dezentrale Lösungen effektiv umsetzen. Ein anschauliches Beispiel sind interaktive Beteiligungsposter, die gezielt an Orten angebracht werden können, die direkt von einem Projekt betroffen sind. Diese bieten eine niedrighschwellige Möglichkeit zur Meinungsäußerung, die direkt vom Kontext des Ortes beeinflusst wird. Solche interaktiven

Poster sind nicht nur relativ kostengünstig, sondern erlauben auch eine asynchrone Teilnahme. Gleichzeitig können sie Aufmerksamkeit auf das Projekt lenken und durch zusätzliche Hinweise wie Plakate, Links oder QR-Codes weiterführende Informationen bereitstellen. Praktisch und vielseitig einsetzbar, bieten sie eine ideale Ergänzung zu anderen Beteiligungsformaten.

2.7 Gleichgültigkeit



Erläuterung des Konfliktfelds

Gleichgültigkeit entsteht dort, wo nicht nur das Engagement der Bürger:innen, sondern auch ihr Interesse an den Geschehnissen ihrer lokalen Umgebung schwindet. Eine Stadtverwaltung wird das insbesondere daran spüren, dass sie den Eindruck bekommen, dass die Menschen kein Interesse mehr daran haben, ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten. Es geht dann längst nicht mehr nur um ein Erreichbarkeitsproblem – die Menschen sehen schlicht keinen Sinn mehr darin, über Projekte zu diskutieren.

Eine effiziente Zusammenarbeit, geschweige denn eine Partnerschaft auf Augenhöhe, wird hier unmöglich. Die Rücklaufquoten bei Beteiligungsangeboten sinken drastisch, und die Bür-

ger:innen distanzieren sich zunehmend von der Arbeit und den Ideen der Stadtverwaltung. Es entsteht ein Gefühl von Entfremdung und eine Polarisierung entsteht. Das Ergebnis ist ein Verlust an Dialog und an Innovationsmöglichkeiten, sowie ein stagnierendes soziales und politisches Miteinander.

Haben Bürger:innen nun ein Problem mit einem Projekt, suchen sie eventuell nicht mehr den direkten Austausch mit der Stadtverwaltung. Fragestellungen, die in einer Stadt oder Kommune mit funktionierender Öffentlichkeitsbeteiligung durch Dialog beantwortet werden, sind in Städten und Kommunen, die ihre Bürger:innen verloren haben, gleich ein Grund zur Infragestellung ganzer Projekte.

Lösungsansätze

Die Gleichgültigkeit der Bürger:innen ist das Ergebnis unterschiedlicher, nicht angegangener Konfliktfelder. Lösungsansätze sind deshalb in erster Linie aus den Lösungsansätzen der vorigen sechs unterschiedlichen Konfliktfeldern herauszusuchen.

Um das Vertrauen der Bürger:innen nachhaltig zurückzugewinnen, ist eine aktive und aufsuchende Beteiligung unerlässlich. Die Stadtverwaltung darf nicht darauf warten, dass die Menschen den ersten Schritt machen, sondern gezielt auf sie zugehen, um den Dialog zu fördern. Dies muss durch dezentrale Beteiligungsmöglichkeiten geschehen, die direkt im Lebensumfeld der Bürger:innen stattfinden – sei es auf öffentlichen

Plätzen, in Schulen oder bei lokalen Veranstaltungen. Es ist dabei besonders wichtig, auf Augenhöhe zu kommunizieren und verständlich zu erklären, indem man einfache Sprache und anschauliche Visualisierungen anwendet. Spielerische Elemente, sogenannte Gamification-Ansätze, können ebenfalls das Interesse steigern, da der Fokus nicht mehr nur auf das Projekt gerichtet ist, sondern auch auf die Aktivität. Auch wirksam ist es, mit Emotionen zu arbeiten. Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen durch die sich die Bürger:innen betroffen fühlen.

Eine Verbindung solcher Aktionen mit bestehenden Stadtfesten oder lokalen Veranstaltungen kann die Sichtbarkeit zusätzlich erhöhen und eine Beteiligung in einer entspannten, sogar feierlichen Atmosphäre ermöglichen. Allgemein ist die Informationsverbreitung auf vielfältigen Kanälen durchzuführen, besonders eine verstärkte Präsenz auf Social Media ist essenziell.

Kinder und Jugendliche, die in der Regel noch nicht von möglicher Frustration betroffen sind, sollten gezielt angesprochen werden, um sie frühzeitig für Beteiligungsprozesse zu begeistern und ihr Engagement zu fördern. So wird nicht nur eine neue Generation von aktiven Bürger:innen herangezogen, sondern durchaus auch die Eltern und Großeltern dieser Kinder angesprochen, die durch die Erzählung der Kinder erfahren, was in der Stadt gemacht wird.

Ist die Verwaltung selbst unsicher, wie sie eine erfolgreiche Öffentlichkeitsbeteiligung aufbauen soll, so kann sie sich

sowohl bei speziellen Agenturen, wie auch bei Forschungseinrichtungen Hilfe einholen. Empfehlenswert ist, einen systematisierten Ablauf aufzustellen, so dass die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht jedes Mal von neuem neu erfunden werden braucht. Sowohl für die Verwaltung wie auch für die Bürger:innen bedeutet das, dass man im Voraus weiß, was als nächstes passieren wird.

„Viele unserer Studierenden versuchen zu entscheiden, wie es für sie weitergehen soll, wo sie leben wollen, wenn sie ihr Studium abgeschlossen haben oder wenn sie mit ihrem Graduiertenprogramm fertig sind. Und sie wollen entscheiden, ob ein Verbleib in Waterloo das Richtige für sie sein könnte. Sie beschäftigen sich mit diesen Dingen, denn die Alternative wäre, zurück nach Toronto zu gehen – oder woanders hinzugehen. Und ich glaube, dass sie sich für die Zukunft von Waterloo interessieren, weil sie versuchen, für sich selbst zu entscheiden, wo sie als nächstes leben wollen.“
– Jeff Casello, University of Waterloo, übersetzt [JCU 23]

2.8 Scheinpartizipation



Erläuterung des Konfliktfelds

Ein gewisses Maß an Öffentlichkeitsbeteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben. Das bedeutet, dass es einer Stadt oder Kommune nicht erlaubt ist, jegliche Partizipation zu verweigern. Allerdings geht das Gesetz kaum über das Recht auf Information und die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen hinaus. Was heißt das konkret? Es bedeutet, dass eine Stadt oder Kommune – zugespitzt formuliert – Stellungnahmen der Bürger:innen einfach oberflächlich zur Kenntnis nehmen und ihre eigenen Pläne umsetzen kann, unabhängig von der Meinung ihrer Bürger:innen. Die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung erlaubt im Grunde Scheinpartizipation. Resignation.

„Meiner Meinung nach ist schlechte Beteiligung schlimmer als gar keine Beteiligung, weil die Leute dann beim nächsten Mal einfach nicht mehr kommen.“ – Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Werden Bürger:innen zwar formal beteiligt, aber nicht ernst genommen wird das schnell dazu führen, dass jene, die sich noch die Mühe machen, Stellung-

nahmen zu Projekten abzugeben, enttäuscht und frustriert werden. Besonders kritisch wird es, wenn die Stadt mehr als nur formale Beteiligung anbietet, die daraus gewonnenen Erkenntnisse jedoch dann einfach ignoriert.

„Das schreckt die Leute wirklich ab, denn sie denken: ‚Was hat es für einen Sinn, sich zu beteiligen und mitzumachen, wenn man mir nicht zuhört?‘.“ – Winnie Mitullah, University of Nairobi, übersetzt [WMU 23]

Bürger:innen werden regelrecht vor den Kopf gestoßen. Sie investieren Zeit und Energie, nehmen an Veranstaltungen teil, überlegen sich konstruktive Beiträge – und letztlich umsonst. Die Mühe, die sie sich machen, bleibt ohne Wirkung. Ihre Vorschläge und Einwände scheinen nur pro forma angehört zu werden, ohne dass sie irgendeinen Einfluss auf die Entscheidung haben. Das Gefühl, ernst genommen zu werden, fehlt, und die Enttäuschung über die fehlende Wertschätzung ihres Engagements führt unweigerlich zu Frust und Resignation.

„Scheinpartizipation, ist definitiv ein Problem. Man macht die Leute erst heiß auf irgendwas und betreibt ein völlig falsches Erwartungsmanagement“ – Jelena Gregorius, Go Vocal [JGG 23]

Eine Stadt oder Kommune kann aber auch mit den besten Absichten Beteiligung durchführen. Es scheitert allerdings am Ende daran, dass man die Ergebnisse nicht verwerten kann. Das kann an ganz unterschiedlichen Grün-

den liegen. Ist die Aufgabenstellung zu grob formuliert, bekommt man Rückmeldungen, die eventuell nichts mit dem Thema zu tun haben oder das Format komplett sprengen. Diese Rückmeldungen können nicht verwendet werden. Hat man die Problematik nicht genau genug erklärt, kann es aber auch sein, dass Rückmeldungen eingehen, deren Ausführung technisch einfach nicht zu lösen ist.

Lösungsansatz

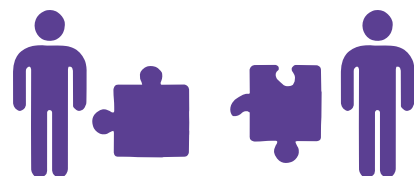
Um Scheinpartizipation zu überwinden und echte Mitgestaltung zu ermöglichen, gilt es, den Bürger:innen mehr Möglichkeiten der Einbindung an die Hand zu geben, als das gesetzlich vorgeschriebene Minimum. Statt eines reinen Anhörungsrechts braucht es ein echtes Diskussionsrecht, das ihnen die Möglichkeit gibt, aktiv Einfluss zu nehmen.

„So ändern, dass wir, dass die Bürgerinitiativen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Anhörungsrecht haben, sondern Diskussionsrecht“ – Jakob Krieger, Fridays for Future [JKF 23]

Dies erfordert eine Abkehr von rein hierarchischen Strukturen hin zu einer Konsens- und Diskussionskultur, in der alle Beteiligten gleichberechtigt miteinander agieren. Moderierte Formate schaffen dafür einen Raum für einen respektvollen Austausch auf Augenhöhe. Das führt zum Punkt einer starken Feedback- und Kommunikationskultur: Eine transparente Darstellung wie Beiträge der Öffentlichkeit in die Planung einfließen, welche realistischen Möglichkeiten

und Grenzen der Beteiligung bestehen und Begründungen zu akzeptierten oder abgelehnten Vorschlägen fördern das Vertrauen und zeigen, dass Partizipation ernst genommen wird. Die Beteiligungsangebote müssen außerdem zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die grundlegenden Ziele und Rahmenbedingungen noch mitgestaltet werden können. Damit wird verhindert, dass die Beteiligung nur als ein Abnicken durch die Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Niederschwellige Beteiligungsangebote und eine gute Visualisierung sind weitere Schlüssel. Durch einfach gestaltete Formate, die barrierefrei sind, leicht verständliche Sprache beinhalten und anschauliche Visualisierungen, werden Bürger:innen besser mitgenommen und der Eindruck eines Pro-Forma-Angebots verhindert.

2.9 Entfremdung



Erläuterung Konfliktfeld Entfremdung

Dieses Konfliktfeld beschreibt eine Situation, in der sich Bürger:innen emotional von ihrer Stadt oder Kommune distanzieren haben. Es ist ein Ergebnis mehrerer bereits stark ausgeprägter Konfliktfelder der Abwärtsspirale. Bürger:innen haben an dieser Stelle zunehmend das Gefühl, dass ihre Bedürfnisse in der Mitgestaltung des Lebensumfeldes keine Rolle mehr spielen.

„[...] wir arbeiten daran, dass ein Platz im Viertel San Lorenzo als Fußgängerzone umgestaltet werden soll. [...] Also werden wir dort etwas vorschlagen, und es ist nicht die Schwierigkeit das Vorschlagen dieser Sache selbst, aber es geht um die Bürger, die sich über etwas anderes beschweren. [...] So wie „Schau, wir können über alles reden, auch das was du möchtest, aber zuerst musst du diese vier, fünf wichtigen Probleme lösen, und dann werden wir darüber reden.“ – Fabrizio Benvenuti, Roma Servizi per la Mobilità, übersetzt aus dem Italienischen [FBR 23]

Das Zitat zeigt beispielhaft die Entfremdung der Stadt zu seinen Bürger:innen, in dem die Lebenswirklichkeit und die Probleme der Bürger:innen nicht erkannt oder zumindest nicht ausreichend behandelt wird. Die Folgen von Entfremdung begrenzen sich nicht nur unmittelbar auf die Partizipation. Neben der abnehmenden Teilnahme an öffentlichen Prozessen, lockert sich der soziale Zusammenhalt, einzelne Gruppen könnten frustrationsbedingt extreme Positionen einnehmen und das Fehlen von Inklusion verstärkt die Isolation von marginalisierten Gruppen. Entfremdung kann also im Extremfall demokratiefeindliche Tendenzen stärken. Resignation.

Lösungsansätze

An dieser Stelle muss umfassend gedacht werden um eine Wiederannäherung zu ermöglichen, denn einzelne technische Anpassungen reichen hier nicht mehr aus.

Auch hier gelten bereits die erwähnten Lösungsansätze voriger Konfliktfelder, insbesondere sollte sich aber zu Beginn auf folgende Punkte konzentriert werden: Den Bürger:innen fehlt im Wesentlichen der Bezug zur Stadt oder Kommune und eine gemeinsame Identität. Der Aufbau kleiner aber lokaler Projekte schafft neue Identifikationspunkte und fördert den Austausch zwischen Bürger:innen und Verwaltung. Beispielweise eignen sich Quartiersprojekte wie Nachbarschaftsgärten, kulturelle Veranstaltungen oder die Implementierung lokaler Märkte. Bibliotheken, Parks und Grünflächen oder Gemeindezentren können als dezentralen Treffpunkten genutzt werden. Auch kleine Projekte wie die Gestaltung einer Grünfläche oder Spielplatzes mit Entscheidungsmöglichkeit durch die Bürger:innen schafft schnell ein positives Beteiligungserlebnis. Es gilt also wieder eine emotionale Bindung herzustellen und Vertrauen nachhaltig aufzubauen, denn partizipative Prozesse sollten eine Mitentscheidung ermöglichen. Darüber hinaus müssen die Prozesse transparent sein und gut kommuniziert werden. Regelmäßige Berichte in einfacher Sprache auf mehreren Kanälen signalisieren, dass es der Verwaltung ein Anliegen ist die Bürger:innen informiert zu halten. Aber es müssen auch Feedback-Schleifen eingebaut

werden in denen erläutert wird, weshalb ein Vorschlag akzeptiert oder abgelehnt wird. Damit wird den Bürger:innen vermittelt, dass Vorschläge ernst genommen werden. Eine besondere Herausforderung allerdings, und umso wichtiger in diesem Stadium, ist die Identifikation und direkte Inklusion marginalisierter Gruppen durch spezifische Programme, damit diese stärker in die Gesellschaft eingebunden werden.

Es sollte ein Master-Plan aufgesetzt werden mit einer kurz- bis langjährigen Strategie. Der Plan beinhaltet eine Identifikation der Problematiken und deren Schweregrad. Daneben eine Auswahl an geeigneten spezifischen Maßnahmen zur Lösung des Problems mit Kosten, Leichtigkeit der Umsetzung und Dauer bis zur Wirksamkeit der Maßnahme. Relevant ist hier auch die Betrachtung, dass einzelne Maßnahmen erst ihre volle Wirksamkeit in Kombination mit anderen Maßnahmen erhalten. Im Anschluss sollte eine Maßnahmenpriorisierung erfolgen und – vor allen Dingen – umgesetzt werden.



2.10 Systemversagen

Was passieren kann, wenn Bürger:innen das Gefühl haben, der Meinungsfreiheit beraubt zu sein, zeigte sich im Projekt „Stuttgart 21“. Das Berliner Institut für Partizipation beschrieb die damalige vorherrschende Gefühl bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung folgendermaßen: „Von Beginn an sei das Projekt durch die „offizielle“ Politik und Bahnmanagement möglichst wirksam aus dem öffentlichen, demokratischen Verhandlungsprozess herausgehalten worden.“ Als eine Beteiligung einsetzte waren gemäß dem Berliner Institut für Partizipation alle wichtigen Entscheidungen bereits getroffen.

Das vorherrschende Gefühl seitens der Bürger:innen, dass sie nicht angehört werden konnten, führte zu verhärteten Fronten und großen Protesten, die am 30. September 2010 im „Schwarzen Donnerstag“ gipfelten, wo ein rechtswidriger Polizeieinsatz zur Räumung des Schlossgartens mit mehr als 100 verletzten Demonstranten endete. [DLF 21] Stuttgart 21 wurde in Baden-Württemberg zu einem großen Wendepunkt, ab dem ein Umdenken im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Planung von Infrastruktur begann [BIP 15]. Hürden bei Volksabstimmungen, Bürgerentscheiden und -begehren wurden gesenkt und auch das Einbeziehen von Bürger und Bürgerinnen für die Planung geschieht nun früher, und zwar möglichst noch bevor konkrete Planungen und Beschlüsse getroffen werden. [DLF 21] Aber: „Die Beteiligung anbieten ist was ganz anderes als die Beteiligten erreichen und auch motivieren sich überhaupt zu beteiligen.“ [JRH 22]

3. Übersicht

3.1 Mangelhafte Repräsentativität der Bürger:innen

Beschreibung

1. Überrepräsentation bestimmter Gruppen:

- Meist die „üblichen Verdächtigen“: ältere, männliche und privilegierte Personen, oft pensionierte Akademiker.
- Gegner:innen dominieren die Diskussion, da sie sich stärker betroffen fühlen.

2. Ausgrenzung stiller Gruppen:

- Junge Menschen, Migrant:innen und andere unterrepräsentierte Gruppen bleiben ungehört.
- Sprachliche, zeitliche oder kulturelle Barrieren erschweren ihre Beteiligung.

3. Gefahr der Verzerrung:

- Entscheidungen basieren oft auf den Interessen einer kleinen Gruppe und vernachlässigen das Gemeinwohl.

Lösungsansätze

1. Niedrigschwellige und dezentralisierte Formate:

- Beteiligungsprozesse an Orte anpassen, wo sich Menschen aufhalten (z. B. Märkte, öffentliche Plätze).
- Nutzung von Tools wie interaktiver Poster oder QR-Codes zur einfachen Beteiligung.

2. Barrieren gezielt abbauen:

- Sprachliche Hürden durch Sprach- und Gebärdendolmetscher:innen oder einfache Sprache überwinden.
- Zeitlich flexible Formate und spezifische Zugänge schaffen.

3. Aufklärung und Bildung fördern:

- Informieren, wie Bürger:innen Einfluss nehmen können.
- Frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kurze aber auch langfristige Projekte, etwa durch interaktive Methoden.



3.2 Fehlender Wille seitens Politik/ Verwaltung

Beschreibung

1. Hierarchische Strukturen:

- Entscheidungen werden oft ohne umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung getroffen, da gewählte Vertreter:innen sich bereits durch ihre Wahl legitimiert fühlen.
- Beteiligungsprozesse enden häufig in Scheinpartizipation, was Bürger:innen frustriert.

2. Fehlende Ressourcen und Wissen:

- Öffentlichkeitsbeteiligung wird oft als optionales „Sahnehäubchen“ betrachtet, statt als essenzieller Bestandteil.
- Unzureichende personelle und finanzielle Mittel sowie Kenntnisse verhindern die Umsetzung effektiver Beteiligung.

3. Unterschätzter Mehrwert von Beteiligung:

- Vorteile wie Konfliktvermeidung und Einbindung lokaler Expertise werden nicht erkannt.
- Der initiale Mehraufwand schreckt Verwaltungen ab.

Lösungsansätze

1. Ziele und Grenzen definieren:

- Klare Kommunikation der Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger:innen.
- Transparenz, um Vertrauen aufzubauen und Enttäuschungen zu vermeiden.

2. Ressourcen bereitstellen:

- Schulung von Verwaltung und Politik, um den Nutzen von Beteiligung zu verstehen.
- Sicherstellen, dass personelle und finanzielle Ressourcen für kontinuierliche Beteiligung vorhanden sind.

3. Hierarchie als Chance nutzen:

- Zentrale Vorgaben können standardisierte, effiziente und qualitativ hochwertige Beteiligungsprozesse sicherstellen.



3.3 Mangelhafte Kommunikation

Beschreibung

1. Veraltete Kommunikationswege:

- Verwaltungen nutzen oft lediglich ineffektive Kanäle wie Zeitungen oder unauffällige digitale Formate (z. B. E-Mail-Newsletter).
- Ein Unzureichender Digitalisierungsgrad behindert die zielgerichtete Ansprache der Bevölkerung.

2. Unklare Ansprache:

- Entsprechende Informationen sind oft schwer auffindbar, komplex oder nicht relevant für die jeweiligen Zielgruppen.
- Bürger:innen fühlen sich nicht wirklich betroffen, wenn Projekte zu abstrakt wirken.

3. Fehlende Zielgruppenausrichtung:

- Kommunikation erreicht nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen.
- Aufwändige Ansprache der jeweiligen Zielgruppen wird oft vernachlässigt.



Lösungsansätze

1. Multi-Channel und hybride Kommunikation:

- Kombination aus Online- und Offline-Angeboten, in diverser Art, um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen.
- Nutzung von sozialen Medien, Plakaten, interaktiven Plattformen und spielerischen Ansätzen (z. B. Wettbewerbe oder Gamification).

2. Aufsuchende Beteiligung:

- Bürger:innen proaktiv aufsuchen, z. B. bei Stadtfesten, in Kitas oder auf Marktplätzen.
- Dezentrale Formate und die Nutzung neutraler Orte wie Hochschulen oder Bibliotheken fördern eine niederschwellige Teilnahme.

3. Emotionale und kreative Ansprache:

- Triggernde negative Aufrufe (z. B. provokative Plakate) regen Diskussionen an.
- Positive oder humorvolle Aufrufe (z. B. witzige Projekt-Namen) schaffen einen freundlichen Zugang.

3. Transparenz und Bildung:

- Klar kommunizieren, warum die Beteiligung wichtig ist, welche Einflussnahme es gibt und welche Auswirkungen sie hat.
- Bürger:innen durch verständliche Inhalte und humorvolle oder spielerische Formate aktivieren.

3.4 Fehlende Transparenz



Beschreibung

1. Interne Informationsdefizite:

- Zeitaufwändige Abstimmungen zwischen Ämtern und Verwaltungseinheiten aufgrund begrenzter Ressourcen und vorgegebener Hierarchien.
- Komplexe Verwaltungsprozesse bleiben für Bürger:innen schwer verständlich und intransparent.

2. Externe Informationslücken:

- Zurückhaltung von Informationen aus Angst vor Kritik oder unvollständigen Planungen.
- Fehlende oder schwer verständliche Kommunikation von Informationen (z. B. Fachsprache, zu technische Darstellungen).

3. Negative Auswirkungen:

- Misstrauen gegenüber der Verwaltung durch intransparente Abläufe und unzureichende Rückmeldung.
- Demotivation und Frustration bei Bürger:innen durch fehlende Wertschätzung ihrer Beiträge.

Lösungsansätze

1. Regelmäßige und transparente Kommunikation:

- Kontinuierliche Updates zu Projekten, auch bei fehlenden Neuigkeiten, um Vertrauen zu wahren.
- Klar kommunizieren, warum bestimmte Maßnahmen Zeit brauchen oder Ideen nicht umgesetzt werden können.

2. Feedback und Verständlichkeit sicherstellen:

- Rückmeldungen zu Beiträgen von Bürger:innen verständlich kommunizieren.
- Fachsprache vermeiden und komplexe Abläufe in einfacher Sprache, bzw. zielgruppenorientiert Sprache erklären.

3. Koordination und Struktur stärken:

- Einrichtung zentraler Koordinationsstellen für große Projekte, um Abstimmungen zwischen Ämtern zu verbessern.
- Moderationspersonen innerhalb der Verwaltung einsetzen und mit Entscheidungs- und Weisungsbefugnis ausstatten.

4. Erweiterung der Kommunikationskanäle:

- Nutzung etablierter zusammen mit neuen Kanäle wie Newsletter, digitale Plattformen oder Plakate.
- Reichweite und Sichtbarkeit von Informationen erhöhen, wie in „Mangelhafte Kommunikation“ empfohlen.

3.5 Mangel an Wissen seitens der Bürger:innen

Beschreibung

1. Fehlendes technisches und planerisches Wissen:

- Bürger:innen haben häufig Schwierigkeiten, technische Pläne und komplexe Prozesse zu verstehen.
- Kinder und Jugendliche sind besonders von Wissens- und Verständnisbarrieren betroffen.

2. Unzureichende Informationen über Projekte:

- Fehlende oder schwer zugängliche Informationen verhindern eine fundierte Vorbereitung der Bürger:innen.
- Mangelnde Information über Projekt-hintergründe reduziert das Interesse und mindert die Motivation zur Teilnahme.

3. Unklarheit über Beteiligungsrechte:

- Viele Bürger:innen wissen nicht, dass sie ein Recht auf Mitwirkung haben.
- Fehlende Transparenz darüber, wie und wo sie sich beteiligen können, schränkt die Beteiligung zusätzlich ein.



Lösungsansätze

1. Nutzung einfacher Sprache und Visualisierungen:

- Vermeidung von Fachsprache und „Beamtendeutsch“ zugunsten verständlicher und zielgruppengerechter Sprache.
- Visuelle Hilfsmittel wie realistische Visualisierungen, Vorher-Nachher-Vergleiche oder Virtual Reality erhöhen das Verständnis und wecken damit Betroffenheit.

2. Sprachbarrieren abbauen:

- Bereitstellung von Informationen in mehreren Sprachen, dazu zählt auch einfache Sprache oder Gebärdensprache.
- Einsatz von unterstützenden Tools, wie z. B. interaktiven Erklärungen oder Videos.

3. Bildung und Unterstützung anbieten:

- Aufbau von Wissenskapazitäten durch die Aufklärung über Beteiligungsprozesse und -rechte der Bürger:innen.
- Durchführung von sogenannten Ideenwerkstätten, in denen Bürger:innen bei der Formulierung ihrer Vorschläge aktiv unterstützt werden.

4. Realistische Erwartungshaltung schaffen:

- Projekte und deren Konsequenzen objektiv aber nachvollziehbar darstellen, um Missverständnisse und unrealistische Erwartungen zu vermeiden.
- Klare Abgrenzung und Kommunikation darüber, welche Aspekte Bürger:innen mitentscheiden können und welche in der Verantwortung der Fachleute liegen.

3.6 Hohe Hürden



Beschreibung

1. Mangel an Information und Bildung:

- Schwer verständliche oder schwer zugängliche Informationen erschweren die Teilnahme an Beteiligungsformaten.
- Fehlen von klaren Erklärungen mindert die Motivation zur Beteiligung.

2. Zeitliche Hürden:

- Veranstaltungen finden oft zu Zeiten statt, die mit beruflichen und privaten Verpflichtungen kollidieren.
- Bürger:innen müssen berufliche, familiäre oder persönliche Prioritäten zugunsten der Teilnahme vernachlässigen.

3. Örtliche Barrieren:

- Hoher Reiseaufwand oder schwer erreichbare Veranstaltungsorte wirken abschreckend.
- Physische Barrieren wie mangelnde Barrierefreiheit oder schlechte Akustik erschweren die Teilnahme.

4. Digitale Barrieren:

- Fehlen von technischem Know-how oder geeigneten Geräten verhindert digitale Teilnahme.
- Bestimmte Zielgruppen, wie ältere Menschen oder Kinder, sind hier besonders betroffen.

Lösungsansätze

1. Niedrigschwellige und verständliche Kommunikation:

- Bereitstellung klarer, einfacher Informationen über geeignete Kanäle.
- Kombination von Texten, Visualisierungen und digitalen Hilfsmitteln, um Verständnis zu fördern.

2. Zeitliche Flexibilität bieten:

- Veranstaltungen zu verschiedenen Tageszeiten und an unterschiedlichen Tagen wiederholen.
- Asynchrone Beteiligungsmöglichkeiten bereitstellen, wie Kommentierung, Online-Umfrage oder abrufbare Inhalte.

3. Dezentrale und barrierefreie Veranstaltungsorte:

- Veranstaltungen an leicht erreichbaren und barrierefreien Orten mit multi-modaler Zugänglichkeit organisieren.

4. Digitale und hybride Formate fördern:

- Kombination aus analogen und digitalen Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen
- Nutzung von interaktiven Tools wie Poster, Umfragen oder VR-Simulationen zur niederschweligen Teilnahme.
- Sicherstellen, dass digitale Formate benutzerfreundlich sind.

5. Partizipation durch Gamification:

- Spielerische Ansätze, wie einfache Planungs-Tools oder Wettbewerbe, motivieren zur Beteiligung.

3.7 Gleichgültigkeit



Beschreibung

1. Desinteresse an lokalen Projekten:

- Bürger:innen sehen durch mangelnde Berücksichtigung keinen Sinn in Diskussionen über Projekte und ziehen sich zurück.
- Sympathieverlust zwischen Bürger:innen und Verwaltung führt zu sinkenden Rücklaufquoten bei Beteiligungsangeboten.

2. Verlust von Dialog und Innovation:

- Fehlender Austausch führt zu Polarisierung und Misstrauen gegenüber der Verwaltung.
- Projekte werden schneller infrage gestellt, da konstruktive Diskussionen fehlen.

3. Stagnation des sozialen und politischen Miteinanders:

- Die Verbindung zwischen Verwaltung und Bevölkerung wird schwächer, was gesellschaftliche Innovationen und Fortschritt behindert.

Lösungsansätze

1. Aufsuchende Beteiligung fördern:

- Beteiligung dezentralisiert direkt in Lebensumfeldern wie Schulen, öffentlichen Plätzen oder lokalen Veranstaltungen organisieren.
- Emotionale und affektive Beteiligung durch kreative, spielerische (Gamification) oder visuelle Ansätze.

2. Informationsverbreitung und Sichtbarkeit erhöhen:

- Präsenz auf Social Media ausbauen, um Bürger:innen gezielt und zeitgemäß zu erreichen.
- Verbindung von Beteiligungsformaten mit Stadtfesten oder anderen lokalen Events in entspannter und neutraler Atmosphäre.

3. Frühzeitige Ansprache neuer Zielgruppen:

- Kinder und Jugendliche gezielt ansprechen, um eine neue Generation aktiver Bürger:innen zu fördern.

4. Systematisierte Beteiligungsprozesse einführen:

- Klare und vorhersehbare Abläufe für Beteiligungsprozesse entwickeln, die sowohl für Verwaltung und Bürger:innen nachvollziehbar sind.
- Unterstützung durch Agenturen oder Forschungseinrichtungen einholen, um Expertise und Struktur aufzubauen.

3.8 Scheinpartizipation

Beschreibung

1. Rechtliche Mindestanforderungen:

- Öffentlichkeitsbeteiligung wird häufig auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung reduziert, ohne echten Einfluss der Bürger:innen.
- Ergebnisse aus Beteiligungen werden oft ignoriert, was Frust und Resignation bei den Bürger:innen auslöst.

2. Falsches Erwartungsmanagement:

- Die Bürger:innen investieren Zeit und Energie, fühlen sich jedoch nicht ernst genommen, wenn ihre Vorschläge ohne Wirkung bleiben.
- Mangelhafte Kommunikation über die Gründe für die Nichtumsetzung von Vorschlägen verstärkt das Gefühl von Scheinpartizipation.

3. Herausforderungen bei der Verwertung:

- Eine zu breite oder unklare Aufgabenstellung führt zu Vorschlägen, die nicht umsetzbar sind.
- Technische und inhaltliche Grenzen der Umsetzung werden oft nicht transparent gemacht.

Lösungsansätze

1. Echtes Mitspracherecht schaffen:

- Einführung eines Diskussionsrechts, das Bürger:innen ermöglicht, aktiv Einfluss zu nehmen.
- Beteiligung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, wenn Ziele und Rahmenbedingungen noch mitgestaltet werden können.

2. Transparente Feedbackkultur etablieren:

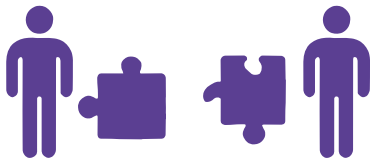
- Offene Kommunikation über die Verwertung von Vorschlägen und die Gründe für deren Annahme oder Ablehnung.
- Moderierte, professionelle Formate für respektvollen Austausch und Konsensbildung auf Augenhöhe.

3. Niederschwellige und visuelle Formate nutzen:

- Einfache, barrierefreie Beteiligungsangebote mit verständlicher Sprache und anschaulichen Visualisierungen.
- Formate, die den Zugang und das Verständnis für alle Bürger:innen erleichtern.



3.9 Entfremdung



Beschreibung

1. Emotionale Distanz:

- Bürger:innen fühlen sich von ihrer Stadt oder Kommune nicht mehr repräsentiert. Ihre Bedürfnisse werden als irrelevant oder unbeachtet wahrgenommen.

2. Schwächung des sozialen Zusammenhalts:

- Frustration führt ggfls. zu Polarisierung und extremen Positionen.
- Isolation marginalisierter Gruppen und demokratiefeindliche Tendenzen können sich verstärken.

3. Abnehmende Beteiligung:

- Sinkendes Interesse an Mitgestaltung führt zu geringerer Partizipation.

Lösungsansätze

1. Lokale und kleine Projekte zur Wiederannäherung:

- Schaffung neuer Identifikationspunkte durch bspw. Nachbarschaftsgärten, kulturelle Veranstaltungen, lokale Märkte oder kleine Quartiersprojekte.
- Gestaltung von Grünflächen, Spielplätzen oder anderen öffentlichen Räumen mit Bürger:innenbeteiligung.

2. Transparenz und Kommunikation stärken:

- Regelmäßige Berichte in einfacher Sprache auf mehreren Kanälen.
- Feedback-Schleifen einbauen, um die Ernsthaftigkeit von Bürger:innenvorschlägen zu zeigen.

3. Inklusion marginalisierter Gruppen:

- Direkte Programme zur Einbindung isolierter oder unterrepräsentierter Gruppen entwickeln.
- Spezifische Maßnahmen, um Inklusion und sozialen Zusammenhalt zu fördern.

4. Masterplan für eine langfristige Strategie:

- Identifikation von Problemen und Erstellung eines Maßnahmenkatalogs mit Priorisierung.
- Kombination kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen, deren Wirksamkeit aufeinander abgestimmt ist.

Literaturverzeichnis

[ABN 23] – Artur Bossert (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[ALC 24] – Armin Laschet (2024): Wir Demokraten stehen zusammen gegen Hass und Hetze!, Gastbeitrag in Kölnische Rundschau, <https://www.rundschau-online.de/debatte-kr/gastbeitrag-von-armin-laschet-wir-demokraten-stehen-zusammen-gegen-hass-und-hetze-748488>, zuletzt abgerufen am 02.12.2024

[BIP 15] – Bürgerbeteiligung in Deutschland – Ein Überblick, <https://bipar.de/buergerbeteiligung-in-deutschland-ein-ueberblick/>, zuletzt abgerufen am 07.11.2024

[CET 23] – Christoph Ewen (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[CMM 22] – Christian Müller (2022): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[DLF 23] – David Liedke (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[DLF 21] – Deutschlandfunk, Katharina Thoms (2021): Zwischen Protest und Partizipation, Zehn Jahre nach der Volksabstimmung über Stuttgart 21, <https://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-nach-volksabstimmung-stuttgart-21-100.html>, zuletzt abgerufen am 02.12.2024

[FBR 23] – Fabrizio Benvenuti (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[FBU 22] – Brettschneider, Frank (2022): Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie aus Sicht der Bürger:innen in Baden-Württemberg, https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2022-10_Buergerbeteiligung.pdf, zuletzt abgerufen am 02.12.2024

[FDI 21] – Friedrich Dieckmann (2021): Verständnis und empirische Erfassung von Barrieren aus ökologisch-psychologischer Sicht, erscheint in „Barrierefreiheit – Zugänglichkeit – Universelles Design“ von Markus Schäfers, Felix Welti

[GOK 19] – GO Karlsruhe (2019), Interaktive Poster, <https://www.gokarlsruhe.de/interaktive-poster/>, zuletzt abgerufen am 02.12.2024

[HTI 20] – Hendrik Trescher / Teresa Hauck (2020), Inklusion im kommunalen Raum, Sozialraumentwicklung im Kontext von Behinderung, Flucht und Demenz, Erschienen in Gesellschaft der Unterschiede, Bd. 65

[IKZ 83] – Irving Kenneth Zola (1983): Sociomedical Inquiries

[JCU 23] – Jeff Casello (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JEH 22] – Jochen Eckart (2022): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JGG 23] – Jelena Gregorius (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JKF 23] – Jakob Krieger (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JLS 22] – Jan Lange (2022): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JPC 23] – Jochen Plückelmann (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[JRH 22] – Jan Riel (2022): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[KCU 22] – Karol Carminatti (2022): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[KOK 23] – Kristina Oldenburg (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[MBP 23] – Matthias Burgbacher (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbe-

teiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[PTC 23] – PART-COM (2022 – 2023): Experteninterviews zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[UAN 21] – Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.) (2021): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2021

[UHO 21] – Universität Hohenheim (2021): Bürgerbeteiligung aus Sicht der Bürger*innen in Baden-Württemberg, https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/2021-03_Buergerbeteiligung2.pdf, zuletzt abgerufen am 02.12.2024

[WMU 23] – Winnie Mitullah (2023): Experteninterview zu Öffentlichkeitsbeteiligung und digitaler Beteiligung im Forschungsprojekt PART-COM

[WSB 23] – Stadt Bruchsal (2023): Workshop mit der Stadtverwaltung Stadt Bruchsal zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Stadt Bruchsal

[ZET 84] – ZEIT (1984): Es rührt sich etwas (Aus der ZEIT Nr. 45/1984), <https://www.zeit.de/1984/45/es-ruehrt-sich-etwas/komplettansicht>, zuletzt abgerufen am 11.12.2024

Bildquellenverzeichnis

Icons generiert mit OpenAI, 2024, Seite 50, 52, 59, 65, 70, 74, 78, 82, 84, 86, 88, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97

Impressum

Partizipative Transfer-Communities

Kommunale Innovationssysteme als neue Dimension des Wissens- und Technologietransfers (PART-COM)

Band 1:

Innovations- und Digitalisierungsförderung für eine nachhaltige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der kommunalen Infrastruktur durch Analyse von Problemfeldern und Entwicklung von lösungsorientierten Erfolgsmodellen (HKA).

Herausgeber

Prof. Dr. Rose Marie Beck
Rektorin der Hochschule Karlsruhe (HKA)
E-Mail: rektorin@h-ka.de
Tel.: +49 (0)721 925-1001

Projektbeteiligte

Dr. Loba Sagnol
Johannes Penka M.Sc.
Ian Brow M.Sc.
Dominique Avancini Tjaden M.Eng.
Nergis Kuru M.Sc.
Prof. Dr.-Ing. Markus Stöckner
Prof. Dr. Carsten Hahn

Autor:innen

Ian Brow M.Sc.
Dr. Loba Sagnol
Johannes Penka M.Sc.
Prof. Dr.-Ing. Markus Stöckner
Prof. Dr. Carsten Hahn

Layout

Justine Hartwig M.A.

Redaktionsanschrift

Hochschule Karlsruhe
University of Applied Sciences
Moltkestraße 30, 76133 Karlsruhe
Ian Brow
ian.brow@h-ka.de
www.part-com.de
Karlsruhe, Dezember 2024